

Nachstehend eine Bearbeitung der Schrift:

**Die Religionsunruhen in Aachen  
und die beiden Städtetage zu Speier und Heilbronn  
1581 und 1582.**

**Von Heinrich Pennings.**

Quelle: [Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, 27. Band, 1905](#)

Für eine Einsichtnahme ist es ratsam, die Datei herunterzuladen. Über den Adobe Acrobat Reader gelangt man durch Eingabe von 31 unter „Seitennavigation“ unmittelbar zu dem Beitrag: **Heinrich Pennings, Die Religionsunruhen in Aachen und die beiden Städtetage zu Speier und Heilbronn 1581 und 1582.**

Weitere Angaben zu diesen Ereignissen finden sich in der Datei:

[Die religiösen Unruhen in Aachen 1530 bis 1614](#)





Heinrich Pennings wurde 16. 2. 1872 als ältestes von den 13 Kindern des Schreinermeisters Paul Pennings in Eilendorf geboren

Ein Verwandter der Familie hatte es in Köln zum Domkapitular gebracht und zum Regens des Montaner Gymnasiums. Dieser Wilhelm Lovius hatte 1685 in einer Stiftung den Nachkommen seiner Geschwister die Erträgnisse von 7.124 Reichstalern vermacht "für die Gymnasialstudien bis zum Magisterium sowie für die theologischen und juristischen Studien". Im Jahre 1892 betrug das Stiftungsvermögen 58.210 Mark, von denen jährlich 2001,47 Mark gezogen wurden (Schoenen, a.a.O., S. 334). Diese „Lovianische Stiftung“ ermöglichte es Heinrich Pennings u.a. im Jahre 1901 am Kaiser-Karls-Gymnasium das Abitur zu machen und Philologie zu

studieren. Von der Stiftung konnten nämlich um diese Zeit auch Philologen gefördert werden, nicht aber Studenten der Naturwissenschaften oder der Technik.

Nach dem Studium von Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Latein beendete der junge Eilendorfer mit der Promotion seine akademische Laufbahn und legte anschließend das Staatsexamen ab. Der nachstehende Beitrag ist auch der Text der Dissertation, welche er am 2. März 1905 der „Königlichen Universität Münster“ vorgelegt hat.

Im Jahre 1911 wurde Dr. H. Pennings Oberlehrer am 1421 gegründeten Gymnasium Petrinum in Recklinghausen. In diesem Jahr schloss er auch die Ehe mit der aus Eilendorf gebürtigen Elisabeth Thelen (gest. 1972), der leiblichen Schwester der späteren Generaloberin der „Armen Schwestern vom Heiligen Franziskus“.

1915 wurde der Offiziersstellvertreter Heinrich Pennings schwer verwundet.

Am 22. August 1939 starb er nach kurzer schwerer Krankheit.

Die Stadt Recklinghausen ehrte Dr. Heinrich Pennings, der sich als Lehrer, Stadtarchivar, Leiter des Vestischen Museums und Verfasser vieler Publikationen um die Stadt verdient gemacht hat, indem sie 1942 eine Straße nach ihm benannte.

Quelle: Paul Emunds (†) in Eilendorfer Heimatblätter, Bd. 9, S. 62ff.

# **Die Religionsunruhen in Aachen und die beiden Städtetage zu Speier und Heilbronn 1581 und 1582.**

**Von Heinrich Pennings.**

## **I. Einleitung.**

Einen Markstein in der Geschichte unseres Vaterlandes bildet der 25. September des Jahres 1555, an dem nach langen, unerquicklichen Verhandlungen der Religionsfrieden publiziert und damit zum Gesetz erhoben wurde. Der Riss, den die Reformation verursacht hatte, war hiermit in der Tat vollendet und Deutschland für immer in zwei Religionsparteien gespalten, die von nun an in scharfer Feindschaft sich gegenüberstanden und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpften.<sup>1)</sup>

Und welches war schliesslich das Resultat der mit gegenseitigem Argwohn geführten Verhandlungen? Unter harten und scharfen Auseinandersetzungen hatte man sich zu einer Reihe von Bestimmungen geeinigt, über deren Sinn und Geltung die beiden Parteien entgegengesetzte Anschauungen und Absichten hegten. Kein Wunder daher, dass dieser Frieden Veranlassung zu fortgesetzten Zerwürfnissen bot. War er doch in seinen Bestimmungen so unklar, dass er unmöglich dauernde Ruhe zur Folge haben konnte.

Diese Unzulänglichkeit des Augsburger Religionsfriedens tritt besonders in der über die Städte getroffenen Bestimmung zu Tage. Nach ihr sollte in denjenigen Städten, in denen bisher beide Religionen in Übung gewesen waren, es auch in Zukunft also bleiben und kein Teil sich unterstehen, den anderen in seiner Religion irgendwie zu beeinträchtigen.<sup>2)</sup>

---

<sup>1)</sup> Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreissigjährigen Krieges, Bd. I, 1555—1586, Stuttgart 1889, S. 84. — Droysen, Geschichte der Gegenreformation, Berlin 1893, S. 10 ff., 291 ff.

<sup>2)</sup> Lehmann, De pace religionis acta publica et originalia, Frankfurt 1707, S. 64.

In dieser Bestimmung ist nur von den zwiereligiösen Städten die Rede, nicht von rein katholischen und nicht von ganz evangelischen. Folgt daraus, dass diesen als Reichsständen das Recht zustand, gegebenenfalls die Religion zu wechseln? Die Katholiken und insbesondere Ferdinand I., der Hauptförderer des Religionsfriedens, waren der Ansicht, dass eine ganz katholische Stadt nach dem Abschlusse des Religionsfriedens nicht mehr zum Protestantismus übertreten könne, indem sie behaupteten, dass eine jede Stadt in dem Religionszustand zu verbleiben habe, in dem sie sich zu der Zeit, als der Religionsfrieden abgeschlossen wurde, befunden habe <sup>3)</sup>. Aber entspricht diese Auslegung dem Wortlaute des Religionsfriedens, fragten sich die Protestanten und, diese Frage verneinend, erklärten sie, dass eine rein katholische Stadt als Reichsstand ihre Religion wohl ändern könne.<sup>4)</sup>

Waren die Reichsstädte überhaupt Reichsstände im Sinne der Fürsten und Kurfürsten, das war im letzten Grunde die Streitfrage, um die sich der ganze Kampf später drehte. Sie musste aktuell werden, sobald eine bisher ganz katholische Reichsstadt es versuchte, den Protestantismus in ihre Mauern einzuführen. Der Kaiser billigte den Reichsstädten bei dem Abschlusse des Religionsfriedens keine Reichsstandschaft im Sinne des Religionsfriedens zu. Seine Absicht war nach seiner eigenen Erklärung die, „dass in den von der Ketzerei schon angesteckten Städten die eine Partei die andere nicht herauswerfen dürfe, nicht aber, dass in den noch katholischen Städten die Ketzerei eingeführt werden solle“ <sup>5)</sup>. Wenn Ferdinand indessen politischen Scharfblick besessen hätte, dann hätte er wenigstens die Möglichkeit in Erwägung ziehen müssen, dass eine ganz katholische Stadt sich dem Protestantismus zuwandte. Indem er dies unterliess, sei es, dass er überhaupt nicht hieran dachte, sei es, dass er die an sich schon langwierigen Verhandlungen nicht noch mehr in die Länge ziehen wollte, beging er einen schweren politischen Fehler, der sich unter seinen Nachkommen noch bitter rächen sollte. Dieser Fehler trug wesentlich dazu bei, die Zahl der Reibungen zwischen Katholiken und Protestanten, die das Reich in seinen Grundfesten erschütterten, noch

---

<sup>3)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I. S. 225.

<sup>4)</sup> Droysen a. a. O. S. 83.

<sup>5)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 225.

zu vermehren <sup>6)</sup>. Möglich ist allerdings auch, dass sich Ferdinand für den Fall, dass eine bisher rein katholische Stadt sich dem Protestantismus zuneigte, noch die Macht zutraute, dies hindern zu können, da ja der Kaiser gegen die Reichsstädte eine ganz andere Stellung einnahm wie gegen die höheren Stände. Hatte doch zudem noch vor einigen Jahren Ferdinands Bruder Karl V. den süddeutschen Städten das Interim ziemlich mühelos aufzwingen können. Allein diesem hatte noch eine Fülle von Machtmitteln zu Gebote gestanden, die Ferdinand I. und seinen Nachfolgern auf dem deutschen Kaiserthron versagt waren. War auch die Machtstellung der Reichsstädte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht besonders gross, so war doch Gefahr vorhanden, dass sich ihnen die protestantischen Fürsten zugesellten, die nach den Schlägen des Schmalkaldischen Krieges betäubt waren und die Massnahmen Karls V. nicht zu hindern vermochten. Da ferner, als der Religionsfriede abgeschlossen wurde, die Mehrzahl der Reichsstädte bereits zum Protestantismus übergetreten war, mochte Ferdinand wohl glauben, dass nunmehr die Entwicklung des Protestantismus in den Reichsstädten abgeschlossen sei. Es vergingen indessen nur wenige Jahre, und schon sah er sich veranlasst, in die religiösen Verhältnisse Aachens, wo sich eben die ersten protestantischen Regungen bemerkbar machten, einzugreifen. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch schon die protestantischen Stände sich in die Aachener Verhältnisse einmischen, um die Forderungen der Protestanten zu unterstützen. Es war dies das erste Wetterleuchten eines heranziehenden Gewitters, das in Zukunft noch viel Unheil über die Stadt bringen sollte.

Beim Abschlusse des Religionsfriedens waren die Reichsstädte sich dessen wohl bewusst, dass ihnen keine Freiheit in religiösen Dingen zugebilligt war. Denn bereits damals empfanden sie es bitter, dass man die ihre religiöse Freiheit einschränkende Sonderbestimmung in den Religionsfrieden aufgenommen hatte, und schon damals hatten sie den, wenn auch vergeblichen Versuch gemacht, durch eine eingereichte Petition sie zu beseitigen <sup>7)</sup>. Lag doch in ihr nur allzu deutlich ausgedrückt, dass man die Reichsstädte in religiöser Beziehung

---

<sup>6)</sup> Müller, Der Konflikt Kaiser Rudolfs II. mit den deutschen Reichsstädten; in der Westd. Zeitschr. Jahrg. XIV, Heft 3, Trier 1895, S. 257 ff.

<sup>7)</sup> Lehmann a. a. O. S. 83.

durchaus nicht als gleichberechtigt mit den höheren Ständen ansah. Ihr Bestreben in den nächsten Jahrzehnten nach dem Abschlusse des Religionsfriedens war es daher, diese ihnen fehlende Gleichberechtigung auf religiösem Gebiete sich zu erkämpfen. Hierin haben wir die Ursache für die späteren Konflikte mit der obersten Reichsgewalt zu suchen.

Zwar waren die Reichsstädte im 16. Jahrhundert zu den Reichstagen zugelassen; aber noch keineswegs war die Frage entschieden, ob ihr Gutachten das Gewicht einer entscheidenden Stimme oder eines blossen Ratschlages habe. Diese Frage wurde von den Städten im ersten Sinne, von der Mehrzahl der Fürsten jedoch im letzten Sinne beantwortet <sup>8)</sup>. Wir befinden uns eben noch auf dem schwankenden Boden werdender Verhältnisse, die erst im Frieden zu Münster und Osnabrück ihren Abschluss finden sollten. Zwar beanspruchten die Reichsstädte als Reichsstände die religiöse Gleichberechtigung mit den höheren Ständen, aber über die für diesen Fall überaus wichtige Frage, wer denn eigentlich in den Reichsstädten der Träger der Reichsstandschaft sei, waren sie sich selber nicht einig. Stellte der Rat, sei es in seiner Gesamtheit, sei es in seiner Majorität, die Reichsstandschaft dar, und konnte er die Änderung der Religion seinen Mitbürgern einfach befehlen? Oder war die Reichsstandschaft in der Gesamtheit der Bürger oder in ihrer Majorität oder schliesslich in jedem einzelnen verkörpert? Alle diese Fragen fanden, je nachdem in den Reichsstädten das aristokratische oder das demokratische Element die Oberhand hatte, von den reichsstädtischen Gewalten eine grundverschiedene Beantwortung <sup>9)</sup>. Auf dem Reichstage aber blieben sie, ebenso wie die

---

<sup>8)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 16.

<sup>9)</sup> Lehmann a. a. O. S. 438. Nach der Ansicht des Augsburger Rates beruhte die Religionsform allein auf obrigkeitlicher Anordnung: „So ist nun auch unseres ermessens sogar in dem fall, da gleich die von Aach im grund der Augspurgischen confession zugethan weren (d. h. nicht etwa dem Calvinismus huldigten), hierin noch zu distinguieren, ob man bestreit, daz die e. reichtstett selbst des religionsfridens fehg und reichstend seien, auch ire sessiou und vota im reichsrat haben, oder aber ob den burgern in den reichsstetten solliches gebür. Der privatburger halben halten wirs nit darfur, daz sy macht haben sollen, als stend des reichs enderung der religion in den stetten ires gefallens furzunemmen, dann sonst wurd es dahin komen, daz die e. stett irn burgern, sy wem gleich zwinglich oder andern secten anhengig, derselben religion offen exercitium frey lassen muesten, welliches ein grosse confusion geben wurd.“ Instruktion des Augsburger Rates für



Hauptfrage nach der Reichsstandschaft der Städte überhaupt, unbeantwortet. Ungelöst bargen sie einen ungeheuren Zündstoff in sich, der sofort zur Explosion kommen musste, sobald die neue Lehre in einer bisher ganz katholischen Stadt Anhänger gewann.

Die Bestimmungen des Religionsfriedens waren also im höchsten Grade unzulänglich, wenn man auch nur die Reichsstädte an und für sich betrachtet. Aber manche von ihnen standen in mehr oder weniger grossem Abhängigkeitsverhältnisse zu benachbarten Fürsten. Auch nach dieser Seite hin vergass man vollständig, auch nur die notwendigsten rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Wie verhielt es sich nämlich, wenn, wie in Aachen, ein benachbarter Fürst tief in das religiöse Leben der Stadt einschneidende Rechte besass? War dieser im Falle einer Religionsänderung verpflichtet, auf seine Rechte zu verzichten oder aber sich zwingen zu lassen, sie in einer der neuen Religion entsprechenden Weise zu ändern? Dass auch in diesem Falle Streitigkeiten von den weitgehendsten Folgen entstehen mussten, bedarf keiner weiteren Erörterung <sup>10)</sup>.

Leicht löste sich der Widerspruch in der verschiedenen Auffassung des Religionsfriedens, soweit er die Städte betraf, unter Maximilian II., der überhaupt Zeit seines Lebens eine starke Hinneigung zum Protestantismus zeigte und zu Zugeständnissen bereit war, die den Absichten und Anschauungen Ferdinands gerade entgegengesetzt waren <sup>11)</sup>. Kaum aber hatte Maximilian II. die Augen geschlossen, da trat dieser Widerspruch unter seinem Sohne Rudolf II., der auf gleichem Standpunkte stand wie Ferdinand I., wieder hervor. Hatte Aachen das Recht, zum Protestantismus überzutreten, das war die Frage, die von den protestantischen Ständen und vor allem von den protestantischen Reichsstädten bejaht, die aber ebenso sehr vom Kaiser und den katholischen Ständen — wenigstens soweit sie an der Aachener Sache beteiligt waren — verneint wurde. Und mit dieser Frage war in Aachen noch eine andere verbunden, die nämlich, ob auch

---

seine Gesandten zum Speirer Städtetage. Städtetagsakten des Augsb. Stadtarchivs (künftig citiert: St. A. A.). Nach der Ansicht anderer Reichsstädte stand jedoch dem Privatbürger die Bekenntniswahl frei. Vgl. Häberlin, Neueste Teutsche Reichsgeschichte, Halle 1782, XII, S. 380 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu Droysen a.a.O. S. 308. Ritter a.a.O. Bd. I, S.580.

<sup>11)</sup> Über die beiden Fälle Hagenau und Aalen vgl. Müller a. a. O. S. 257 ff. Über Hagenau im besonderen Ritter a. a. O. Bd. I, S. 225.

dem Calvinismus die Wohltat des Religionsfriedens zukomme, eine Frage, in deren Beantwortung sich die protestantischen Stände selber nicht einig waren.

In die erste Reihe der Streiter drängten sich, trotz ihrer landkundigen Ohnmacht, die protestantischen Reichsstädte, die in einer Schwesterstadt dem Protestantismus zum Siege zu verhelfen für eine ihrer vornehmlichsten Pflichten ansahen. Aber auch in eigenem Interesse griffen sie in den Kampf ein. Den anderen Ständen war nach der kaiserlichen Auslegung des Religionsfriedens die Religion freigestellt, und ihnen sollte es nicht erlaubt sein, sie nach Gutdünken zu ändern? Die Reichsstädte griffen daher mit Begierde nach der Gelegenheit, sich auf religiösem Gebiete Gleichberechtigung mit den anderen Ständen zu erkämpfen. Einmütig sehen wir darum am 24. August 1581 ihre Vertreter sich auf dem Städtetage zu Speier versammeln, um über diese hochwichtige Angelegenheit mit einander Rats zu pflegen.

Es ist jedoch, bevor wir an die Geschichte dieses Städtetages herantreten, durchaus erforderlich, in kurzen Zügen ein Bild von den Vorgängen in Aachen zu entwerfen, die Schwierigkeiten, mit denen der dortige Protestantismus zu kämpfen hatte, in einigen Linien zu charakterisieren und die besondern Verhältnisse, die den Aachener Protestantisierungsversuchen ihr individuelles Gepräge aufdrückten, des Näheren zu erörtern.

Nur so lassen sich die auf dem Städtetage zu Speier geführten Verhandlungen im einzelnen verstehen und in ihrer Gesamtheit zu einem vollständigen Bilde zusammenfassen.

## **II. Die Entwicklung des Protestantismus in Aachen bis zum Speierer Städtetage.**

Die geographische Lage Aachens war der Entwicklung des Protestantismus äusserst günstig <sup>12)</sup>. Die Flüchtlinge, die, verfolgt von dem Schreckensregimente der burgundischen Regierung, in deutschen Landen Schutz und Zuflucht suchten, trafen zunächst auf das hart an der Grenze des burgundischen Gebietes gelegene Aachen. Es waren zumeist Unglückliche, die, hauptsächlich ihres Glaubens willen

---

<sup>12)</sup> Ebenda S. 221 ff.

verfolgt, ihre Heimat verlassen mussten<sup>13)</sup>. Von diesen Flüchtlingen waren bereits in den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts einige Familien nach Aachen gelangt<sup>14)</sup>. Doch war Aachen bis zum Augsburger Religionsfrieden durchaus katholisch, und auf dem Reichstage des Jahres 1555 betonte sein Gesandter ausdrücklich den katholischen Standpunkt der Stadt<sup>15)</sup>. Indessen gewann der Protestantismus allmählich an Boden, sodass sich seine Anhänger bereits auf dem Reichstage des Jahres 1559 an die protestantischen Stände wandten, um durch ihre Intercession einen Prädikanten und eine öffentliche Kirche zu erlangen<sup>16)</sup>. Sofort aber machte sich ein nachdrücklicher Widerstand von Seiten des Herzogs von Jülich, der burgundischen Regierung und des Kaisers bemerkbar<sup>17)</sup>.

Bei dem Abschlusse des Religionsfriedens hatte es durchaus nicht in dem Sinne des Kaisers gelegen, dass die katholischen Reichsstädte gleich den anderen Ständen ihre Religion ändern könnten. Daher schickte er am 16. Juli 1559, kurz nachdem der Gesandte der protestantischen Stände in Aachen eingetroffen war, ein Schreiben an den Aachener Rat, bis zur Ankunft einer Gesandtschaft seinerseits alles beim Alten zu lassen.

Auch die burgundische Regierung meinte eingreifen zu müssen. Das Recht hierzu leitete sie als Rechtsnachfolgerin der alten burgundischen Herzöge aus einem zwischen der Stadt Aachen und Karl dem Kühnen

---

<sup>13)</sup> Boos, Rheinische Städteverfassungen mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Worms, Bd. IV, Berlin 1901, S. 879.

<sup>14)</sup> Petri a Beeck, Aquisgranum, Aquisgrani 1620, S. 258. Meyer, Aachensche Geschichten, Bd. I, Aachen 1781, S. 447. Demmer, Geschichte der Reformation am Niederrhein und der Entwicklung der evangelischen Kirche daselbst bis zur Gegenwart, Aachen 1885, S. 70 ff. Jacobson, Geschichte der Quellen des evang. Kirchenrechts der Provinzen Rheinland und Westfalen mit Urkunden und Regesten, Königsberg 1844, S. 372.

<sup>15)</sup> P. a Beeck 1. c. p. 260.

<sup>16)</sup> Ibid. p. 260. Moser, Staats-Recht des hl. röm. Reichs Statt Aachen, Leipzig und Franckfurt 1740, S. 5. Meyer a. a. O. Bd. I, S. 453. Häberlin a. a. O. Bd. II, S. 47.

<sup>17)</sup> P. a Beeck 1. c. p. 262 ff. Noppius, Aacher Chronick, Cölln 1632, Buch II, S. 179. Meyer a. a. O. S. 454. Haagen, Geschichte Achens von seinen Anfängen bis zur neuesten Zeit, Achen 1874, Bd. II, S. 147. Da die letztgenannten drei in allem Wesentlichen, zumal in ihrer Auffassung, dem Peter a Beeck folgen, brauchte auf sie für die Folge weniger Rücksicht genommen zu werden.

von Burgund im Jahre 1469 abgeschlossenen Verträge ab<sup>18)</sup>. Es unterliegt indessen kaum einem Zweifel, dass dieser Vertrag lediglich zum Vorwande diene. Denn unter keinen Umständen war die burgundische Regierung gewillt zuzugeben, dass sich in der Nachbarschaft der Niederlande Sammelpunkte des Protestantismus bildeten. Bekannt ist, wie sie sich in eben diesem Jahre in die Trierschen Religionshändel mischte<sup>19)</sup> und welche Eingriffe sich einige Jahre später Herzog Alba in die inneren Verhältnisse des Herzogtums Jülich erlaubte<sup>20)</sup>. Die Politik der Spanier in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ging dahin, die den Niederlanden benachbarten Fürsten und Städte zu veranlassen und, wenn nötig, zu zwingen, den kalvinischen Flüchtlingen den Aufenthalt in ihren Gebieten zu versagen, damit von dort aus keine rückläufige, den Aufständigen günstige Bewegung auf die Entwicklung der Verhältnisse in den Niederlanden Einfluss gewinnen könne. So sah sich denn auch die burgundische Regierung veranlasst, eine Gesandtschaft mit der Mahnung nach Aachen zu schicken, den Protestantismus zu unterdrücken und die niederburgundischen Flüchtlinge in der Stadt nicht zu dulden.

Mehr Berechtigung zum Einschreiten hatte der Herzog von Jülich kraft seiner ausgedehnten Rechte über die Stadt<sup>21)</sup>. Denn der Herzog besass zunächst das Vogteirecht, d. h. das Recht den Vogt zu ernennen. Dieser führte den Vorsitz in dem Schöffengericht, vor das fast alle todeswürdigen Vergehen gehörten, die von Fremden begangen worden waren, sowie alle sonstigen Verbrechen, die mit dem Strange, dem Rade oder durch Feuer zu bestrafen waren<sup>22)</sup>. War nun auch wenig

---

<sup>18)</sup> Irrtümlich nennt P. a Beeck das Jahr 1479. P. a Beeck 1. c. p. 263. Moser, Reichsstädtisches Magazin oder Sammlung ungedruckter und rarer die Kaiserliche freye Reichsstätte betreffender Aufsätze, Urkunden usw. Teil I. Frankfurt und Leipzig 1774, S. 32 ff. Brüning, Herzog Karl der Kühne von Burgund und die Reichsstadt Aachen: Aus Aachens Vorzeit, Bd. XIII, S. 37 ff.

<sup>19)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 221. Über den Einfluss Spaniens auf den Nordwesten Deutschlands überhaupt siehe Hansen, Kriegsdrangsale Aachens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. VII, S. 65 ff.

<sup>20)</sup> Keller, Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein, Leipzig 1881, Bd. I, S. 10 ff.

<sup>21)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 222.

<sup>22)</sup> Quix, Historisch-topographische Beschreibung der Stadt Aachen und ihrer Umgebungen, Köln und Aachen 1829, S. 153.

Gefahr vorhanden, dass diese jurisdiktionellen Rechte durch den Übertritt der ganzen Stadt oder eines Teiles derselben beeinträchtigt würden, so kamen andere Rechte, die der Herzog in der Stadt ausübte und die das religiöse Leben unmittelbar berührten, schon mehr in Betracht. So unterstand dem Herzoge, allerdings in Verbindung mit dem Rate, die Scholasterei, d. h. das gesamte Schulwesen in der Stadt. Es ist klar, dass in jener Zeit ein harmonisches Zusammenwirken auf dem Gebiete des Schulwesens bei Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses geradezu unmöglich gewesen wäre. Welche Stellung hätte vollends der ebenfalls vom Herzoge einzusetzende Erzpriester eingenommen, der die Pfarrer in den vier Pfarrkirchen der Stadt zu ernennen hatte, wenn diese sich dem Protestantismus zugewandt hätte! Auch war der Erzpriester Vorsitzender des Sendgerichtes, das für alle irgendwie mit der Religion unmittelbar zusammenhängenden Vergehen zuständig war. Würden die Protestanten auch fernerhin dessen Kompetenz anerkannt haben<sup>23)</sup>? War aber dann der Herzog verpflichtet, auf diese Rechte des von ihm zu ernennenden Erzpriesters zu verzichten oder aber sie den protestantischen Anschauungen anzupassen? Daher ist es wohl zu verstehen, dass der Herzog von Jülich dem Versuch der Protestanten, in Aachen Boden zu fassen, von vornherein die heftigste Opposition entgegen brachte. Am 27. Juni 1559 schrieb er an den Aachener Rat, dass der Abgesandte der protestantischen Reichsstände schriftlich und mündlich bei ihm um Überlassung der Foillanskirche eingekommen sei. Weit entfernt, dem Gesuche seine Zustimmung zu geben, ermahnte er den Rat, keine Neuerung zuzulassen oder zu gestatten<sup>24)</sup>.

---

<sup>23)</sup> Vgl. hierzu Häberlin a. a. O. Bd. XII, S. 424 ff.

<sup>24)</sup> Über das Verhältnis des Herzogs von Jülich und der burgundischen Regierung zu Aachen handelt ausführlich: Summarischer bericht, was seidt den jaren der geringern zal etc. 58 und 59 bis ins yetzig etc. 82 jar in disem königlichem stul und stadt Ach so wol in religions- als ändern politischen Sachen sich zugetragen und in was gevelich und hochbeschwerlichen stand dieselbe jetzo beruhen (de dato 15. Jan. 1582). St. A. A. Siehe auch Moser, Reichsstätt. Magazin, S. 51. Müller a. a. O. S. 263 ff. Die Rechte des Herzogs wurden freilich von der Stadt Aachen aus naheliegenden Gründen später fast alle bestritten; vgl. hierzu Keussen, Der Kölner Prozess gegen Gerhard Ellerborn und seine Aachener Vorgeschichte 1590—1594: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. XV, S. 28 ff. und 55 ff.

Der Rat, in seiner Majorität so wie so noch dem Katholizismus treu ergeben, gab denn auch auf alle Schreiben und Gesandtschaften die feierliche Zusage, den Protestantismus in der Stadt nicht zu dulden<sup>25)</sup>. Ja, am 7. März 1560 ward sogar der Beschluss gefasst, dass in Zukunft nur erprobte Katholiken in den Rat aufgenommen werden dürften, ein Beschluss, der, den Zünften zur Bestätigung vorgelegt, von allen gutgeheissen wurde<sup>26)</sup>.

Da in Zukunft der Kaiser und die benachbarten katholischen Mächte sich fortgesetzt auf diesen Ratsbeschluss beriefen, ist es nötig, bei ihm einen Augenblick zu verweilen. Hatte der Rat überhaupt das Recht, einen derartigen Beschluss zu fassen? Wie verhielt es sich, wenn trotzdem die Stadt oder doch die Mehrzahl der Bürgerschaft sich dem neuen Glauben zuwandte? Nur dann konnte dieser Beschluss Geltung haben, wenn überhaupt den katholischen Reichsstädten nach der Auffassung des Rates und der zustimmenden Zünfte vom Jahre 1560 nicht das Recht der Religionsänderung zustand, d. h. wenn sie nicht als vollberechtigte Reichsstände angesehen wurden. Denn sonst stand über diesem Ratsstatut der Religionsfrieden von Augsburg, der als oberstes Reichsgesetz doch höhere Geltung hatte als derartige örtliche Abmachungen<sup>27)</sup>. In der Tat nahmen die Protestanten

diesen Standpunkt ein, indes die Katholiken den entgegengesetzten vertraten. Bitter empfanden es die Protestanten im Reiche und

---

<sup>25)</sup> Anfang der newer religion in Aach etc. Aachener Stadtarchiv, Religionsunruhen fasc. I.

<sup>26)</sup> Frhr. H. A. von Fürth, Beiträge und Material zur Geschichte der Aachener Patrizierfamilien, Bd. II, Bonn 1892, S. 37 ff. H. F. Macco, Die reformatorischen Bewegungen während des 16. Jahrhunderts in der Reichsstadt Aachen, Leipzig 1900, S. 13 ff. Siehe hier die Streitigkeiten, die vorgehingen; vgl. dagegen P. a Beeck 1. c. p. 264 ff.

<sup>27)</sup> J. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes, Bd. V, S. 19. Jacobson a. a. O. S. 373. Unrichtig ist die hier aufgestellte Behauptung, dass Heinr. Beyer, ein Karmelitermönch, im Jahre 1578 zum Prediger von St. Peter bestellt worden sei. Dieser wurde vielmehr schon früher ordnungsmässig zum katholischen Pfarrer ernannt, trat aber im Jahre 1578 zum Protestantismus über und fand hierbei die Unterstützung des Volkes. Summarische deduction oder anzeigung dessen, was die kais. subdelegierte commissarien in religionssachen im monat Novembri nechst abgelofnen 80. jars bei einem erb. rat des koniglichen stuls und statt Ach erworben und darauf ferner hinc inde furgelaufen (ohne näheres Datum) St. A.A. (ferner citiert als: Summarische deduction und anzeigung etc.).

besonders in den protestantischen Reichsstädten, dass in den katholischen Städten derartige der Entwicklung des Protestantismus ungünstige Beschlüsse gefasst wurden <sup>28)</sup>. Wenn aber Ferdinand I., auf dessen Einfluss dieses Ratsstatut nicht zum mindesten zurückzuführen ist, nunmehr glaubte, die Folgen seines 1555 begangenen politischen Fehlers umgangen zu haben, so befand er sich in einem Irrtume, der sich nur zu bald aller Welt offenbaren sollte.

Denn der Protestantismus in Aachen gewann immer grössern Anhang; mächtig wuchs er infolge des Schreckensregimentes der spanischen Regierung, das fortwährend Flüchtlinge über die deutsche Grenze trieb, empor <sup>29)</sup>. Diese Calvinisten, die in den Niederlanden Klöster gestürmt und in den Kirchen die Bilder zerschlagen hatten, entwickelten in den deutschen Städten alsbald eine von Gemeinsinn erfüllte Tätigkeit, die sie rasch zu den angesehensten Bewohnern machte. Indem sie als Handwerker und Kaufleute sich den Katholiken vielfach überlegen zeigten, gewannen sie einen grossen Einfluss, den sie auf die Verbreitung ihrer religiösen Anschauungen verwandten. Auf katholischer Seite wurde dies selbstverständlich nur ungerne gesehen, und man kann es wohl begreifen, dass insbesondere der Klerus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen die Neuerungen, die seine Stellung im höchsten Grade bedrohten, aufzunehmen für eine seiner ersten Pflichten hielt.

So stösst denn auch das Gesuch, das die Protestanten einreichten, um zur Teilnahme an Rat und Ämtern zu gelangen, zunächst auf

---

<sup>28)</sup> Lehmann a. a. O. S. 191, 201, 203, 204 ff. Häberlin a. a. O. Bd. XII, S. 366 ff., S. 380 ff. und S. 416 ff. Moser, Staats-Recht etc. S. 6 ff.

<sup>29)</sup> P. a Beeck 1. c. p. 268. Hier heisst es: *Prolabentibus annis, posteaquam in primis motibus Belgicis Ferdinandus Alvarez Albae dux Belgicae administrationem suscepisset rigidiusque in alienatos a fide catholica animadvertisset, complures ex iis relictis sedibus suis Aquis Graneis domicilia fixerunt ea spe freti liberius ibi non minus quam impunius se acturos; qui ad referendam meritam gratiam seu novam aucupandam senatum Aquensem munere scyphi aurati honorant, cui superincumbentis peregrini cernebatur imago incisis his inscriptionibus: La parole de Dieu demeure éternellement. Jai 40. 8. Hospes fui et collegistis me. Matt. 25. ad pedem: Tu n'outrageras et n'opprimeras point l'étranger.* Über die Einwanderung nach dem Jahre 1567 siehe Hansen, Beiträge zur Geschichte von Aachen, Heft I, Bonn 1886, S. 28. Zur Charakteristik dieser Calvinisten vgl. Ritter a. a. O. Bd. I, S. 556 ff. Ennen, Geschichte der Stadt Köln, Düsseldorf 1880, Bd. V, S. 320 ff.

energischen Widerstand. Immer dringlicher werden indes die Forderungen der Neuerer, die, obwohl sie zum grössten Teile dem Calvinismus huldigten, sich hier in Aachen sowohl als anderwärts <sup>30)</sup> als Anhänger der Augsburger Konfession hinstellten, um leichter zum Ziele zu gelangen. Noch am 29. Juni 1574 nahm der Rat eine ablehnende Haltung ein <sup>31)</sup>. Doch da die Protestanten fort und fort „die eigentliche, gewisse, ungezweifelte zusag und anglubt, in religionssachen geine newerung oder enderung inzufuhren oder infuhren zu lassen“ wiederholten, entschloss sich der Rat endlich mit Zustimmung der Zünfte am 23. Juli 1574 um des Friedens willen das Statut vom Jahre 1560 fallen zu lassen und den Mitgliedern der Augsburger Konfession den Zutritt zu den Ratsämtern zu gestatten unter der Bedingung, dass in Religionssachen keine Änderung eingeführt werde <sup>32)</sup>.

Diese Änderung des Statuts vom Jahre 1560 war ein folgenschweres Ereignis, das sich so ohne weiteres nur unter der den Protestanten keineswegs ungünstigen Regierung Maximilians II. vollziehen konnte. Auch war die burgundische Regierung in den Niederlanden allzusehr in Anspruch genommen, um sich in demselben Masse wie früher um die Nachbarländer kümmern zu können. Aber die Konsequenzen dieses Vorganges konnten nicht lange auf sich warten lassen.

Zugegeben, dass der Rat die Berechtigung hatte, den Anhängern der Augsburger Konfession die Teilnahme an der Verwaltung der Stadt zu gestatten, konnte er dann auch den Calvinisten — denn um diese handelte es sich doch hauptsächlich — diese Vergünstigung gewähren? War ferner nicht vor auszusehen, dass die Neuerer sich mit dem blossen Zutritt zu den Ratsämtern nicht begnügen würden? Mussten aber nicht ihre weitem Bestrebungen auf den energischsten Widerstand stossen und zu Kämpfen führen, deren Ende nicht abzusehen war?

---

<sup>30)</sup> Ennen a. a. O. Bd. V, S. 335.

<sup>31)</sup> Haagen a. a. O. Bd. II, S. 160.

<sup>32)</sup> Ratsschluss vom 23. Juli 1574. St. A. A. Wahre erzellung und anzeig, wahin das itzig achisch religion- und politisch unwesen erstanden und warauf dasselbig dieser zeit berauwe. Aach. Stadtarch. Religionsunruhen, fasc. I. Dieser Bericht trägt als Datum der Abfassung den 24. April 1582. P. a Beeck I. c. p. 269 ff. Janssen a. a. O. Bd. V, S. 17. Demmer a. a. O. S. 107. Ausführlicher v. Fürth a. a. O. Bd. II, S. 41 ff.



Indessen scholl die protestantische Bewegung in Aachen zu einem immer mächtiger werdenden Strome an. Mit grosser Konsequenz sehen wir die Protestanten vordringen <sup>33)</sup>. Ihre führenden Kreise entstammten den Niederlanden, wo die äussere Not eine politische Schule für sie gewesen war. Hier hatten sie im Kampfe gegen eine erdrückende Übermacht, die durch Scheiterhaufen und Folterknechte den Katholizismus zu verteidigen suchte, jenes vorsichtige Abwägen ihrer Massnahmen, jene überlegende Rücksichtnahme auf alle in Betracht kommenden Faktoren gelernt, welche sie den Katholiken, die wir mehr und mehr in den Hintergrund treten sehen, so gefährlich machte. Noch war für sie die Zeit nicht gekommen, da sie in den Entscheidungskampf um die volle Gleichberechtigung mit den Katholiken treten konnten. Denn noch war nicht allzulange Zeit verflossen, da sie das Versprechen abgegeben hatten, in Religionssachen keine Neuerung einzuführen oder einführen zu lassen. Zudem war Aachen noch immer von katholischen Gebieten umgeben, deren Fürsten ihren Blick mit Argusaugen auf die Stadt gerichtet hielten, bereit, bei der ersten Gelegenheit ihre Truppen im Interesse des Katholizismus gegen die Stadt marschieren zu lassen. Um gegen sie ein Gegengewicht zu schaffen, mussten die Protestanten darauf bedacht nehmen, mit den protestantischen Ständen im Reiche und insbesondere den Reichsstädten Fühlung zu gewinnen. Erst dann durften sie es wagen, mit grösserer Kühnheit zu Werke zu gehen, erst dann durften sie daran denken, ihren schon längst gehegten Bestrebungen zum Siege zu verhelfen.

Es ist selbstverständlich, dass die Katholiken diesem Vordringen des Protestantismus nicht tatenlos zuschauten. Bereits im Jahre 1578 liessen die Katholiken den durch seine Beredsamkeit hervorragenden Licentiaten der Theologie Johannes Haesius von Löwen nach Aachen kommen <sup>34)</sup>. Nach dessen alsbald erfolgtem Tode ersuchte der Stiftsdechant Franz Fuchs den rheinischen Jesuitenprovinzial Franz

---

<sup>33)</sup> Vgl. hierzu Ritter a. a. O. Bd. I, S. 565. P. a Beeck I. c. p. 270.

<sup>34)</sup> Alfons Fritz, Gehörte der Aachener Domprediger Johannes Haesius († 1579) dem Jesuitenorden an? in den Mitteilungen des Vereins „Aachens Vorzeit“, Bd. XVIII, S. 107 ff.

Coster, zwei Patres nach Aachen zu entsenden<sup>35)</sup>. Als aber vollends die Protestanten, gestützt darauf, dass die Majorität des Rates ihnen keinen Widerstand entgegensetzen würde, am 26. April 1580 das offizielle Gesuch einreichten, ihnen die öffentliche Religionsübung zu gestatten, da setzte die katholische Reaktion in verschärfter Masse ein. Namentlich suchte der Dechant Franz Fuchs in heftigen, ganz im Tone der damaligen Zeit gehaltenen Kanzelreden<sup>36)</sup> das Volk gegen diese Forderung zu ereifern<sup>37)</sup>. Auch der Herzog von Jülich erfuhr von dem Gesuche und schickte bereits am 2. Mai eine Gesandtschaft, die vor Neuerungen warnen sollte. Daher sah der Rat davon ab, dem Wunsche der Protestanten zu willfahren<sup>38)</sup>. Aber schon erteilte er den Gesandten des Jülichers folgende Antwort: „obwol ein erber rat als ain ungemittelter stand des heiligen reichs vermog des im reich eingewilligten religionsfridens die gepetene exercitia zu vergönnen, genugsam mechtig, das man doch dises begeren, wie auch jedermals zu vorn beschehen, in bedenken gezogen“<sup>39)</sup>. Das war die Auslegung des Religionsfriedens im protestantischen Sinne. Wie zu erwarten war, trat der Herzog von Jülich wie auch der Kaiser dieser Auffassung entgegen. So war der Kampf entbrannt: Ansicht stand gegen Ansicht, und die Aachener Religionsfrage war zur Machtfrage geworden<sup>40)</sup>.

Diese zweideutige Antwort des Aachener Rates veranlasste den Herzog von Jülich, Schreiben auf Schreiben an die Stadt zu senden,

---

35) Joseph Hansen, Rhein. Akten zur Geschichte des Jesuitenordens 1542 - 1582, Bonn 1896, S. 743. (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Bd. XIV.)

36) Über den in dieser Zeit herrschenden Ton der Polemik vgl. Droysen a. a. O. S. 43 und 53. Janssen a. a. O. Bd. V, S. 311 ff.

37) P. a Beeck I. c. p. 270 ff. Schreiben und Gesandtschaften des Prinzen von Parma vermochten die in Fluss geratene Bewegung nicht aufzuhalten: *E contra haereseon labe contaminati res suas stabiliunt in Aquis; semina novae luis in viscera rei publicae disseminant, confisque plerosque e magistratu voluntati eorum haud reluctaturos anno 1580 mensibus Aprile et Maio libellos snpplices exhibent, in quibus urgent et veluti suo iure imperando poscunt liberum suorum dogmatum exercitium convenientemque ei locum.* Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.

38) Ibid. p. 271. Müller a. a. O. S. S61 ff., ferner Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.

39) Ebenda. Die Abschriften der sowohl von den Lutheranern als von den Reformierten eingereichten Bittschriften finden sich in den St. A. A.

40) Fürth a. a. O. Bd. II, Abt. II, S. 47.

unter deren Eindruck die Religionsübung der Protestanten nochmals wiederholt bei Strafe der Verbannung verboten wurde. Ja, im August gingen sogar die Bürgermeister Peter von Zevel und Johann Luntzen<sup>41)</sup> persönlich mit beruhigenden Erklärungen zu dem Hoflager des Herzogs nach Hambach. Da indessen diese Verbote lediglich von der politischen Notwendigkeit erheischt wurden, so fehlte ihnen der Nachdruck energischer Durchführung<sup>42)</sup>. Die Protestanten konnten ruhig in ihren religiösen Übungen fortfahren, ohne befürchten zu müssen, ernstlich in ihnen gestört zu werden. Der Herzog wurde durch die Katholiken von allem unterrichtet, und so erfuhr er denn bald, dass allen Versprechungen unangesehen im September und Oktober in Privathäusern protestantischer Gottesdienst abgehalten worden war. Unglaublich aber schien ihm die Kunde, „daz bei einem magistrat uberkomen sein soll, als solte daz lesen mit beschlossnen thurn inen vergundt und nit verbotten sein“<sup>43)</sup>.

Die Entscheidung der Aachener Sache spitzte sich zu. Denn auch Rudolf II. bekam durch den Herzog von Jülich und den Prinzen von Parma<sup>44)</sup>, der ebenfalls Aachen nicht aus den Augen verlor, Kunde von den Aachener Vorgängen. Rudolf, bekanntlich am spanischen Hofe erzogen und infolgedessen von absolutistischen Ideen durchdrungen, vertrat den Standpunkt, dass die Reichsstädte nicht das Recht hätten, Neuerungen innerhalb ihrer Mauern zu dulden, geschweige denn zu fördern. Hierbei stützte er sich auf denselben Religionsfrieden, mit dem auch die Protestanten im Aachener Rate ihr Recht begründeten.

---

41) Nur ersterer war indessen eigentlicher Bürgermeister; letzterer führte bloss den Titel. Das Recht hierzu hatte in Aachen jeder, der einmal das Bürgermeisteramt bekleidet hatte.

42) Kurtze und wahre erzellung und anweisung, wohin und durch wem daz itzich Achische unruhig wesen verursacht und in welchem stand dasselbig anitzo berawe (24. April 1582) St. A. A. Hier heisst es: welchs furnemblich dahin komen, das beider religionsgenossen, doch die Calvinisten in grosser anzal als die confessionisten im rat meisten gewesen und also die Catholischen numero et suffragiis bei weitem überschritten und die ungehorsamen sich deshalb destoweniger einiches insehens oder straf befaret. Diese Stelle ist um so interessanter, als die „erzellung“ die Vorgänge durchaus vom protestantenfeindlichen Standpunkt aus darstellt. Freilich kann man hieraus nicht ohne weiteres den Schluss ziehen, dass, wenn auch die Majorität des Rates protestantisch war, dies auch bei der Mehrzahl der Bürger der Fall war.

43) Summarische deduction oder anzeigung etc. St. A. A.

44) P. a Beeck I. c. p. 275.

Rudolf hoffte, dass eine kaiserliche Kommission hinreichen würde, Aachen wieder zum Katholizismus zurückzuführen. Doch diese Kommission, die dem Herzoge von Jülich und dem Kardinal Gerhard von Groisbeck, Bischof von Lüttich, übertragen wurde <sup>45)</sup>, sollte in Aachen auf den nachdrücklichsten Widerstand stossen. Der Protestantismus hatte hier in kurzen Jahren die weitesten Kreise ergriffen und namentlich in den Zünften zahlreiche Anhänger gefunden. Wie in andern Städten, so hatten auch in Aachen die von auswärts eingewanderten Protestanten, namentlich der reformierten Richtung, eine ungeheuere propagandistische Kraft bewährt. Als Gelehrte und Künstler, Industrielle und Kaufleute waren viele von ihnen den Einheimischen durchaus überlegen. Bald gewannen sie einen derartigen Einfluss, dass sie in den Zünften ein entschiedenes Übergewicht erlangten <sup>46)</sup>. Man kann es daher verstehen, dass sie auch in kurzer Zeit im Aachener Rate eine die Katholiken überragende Stellung einnahmen. Denn der Rat setzte sich zum weitaus grössten Teile aus „Zunftgeschickten“ zusammen, die von den Zünften in Vorschlag gebracht wurden. Jährlich am St. Johannistag trat die eine Hälfte des Rates, der von 1513 - 1584 aus 128 Mitgliedern bestand, vom Amte zurück, und die verbleibende Hälfte ersetzte aus den von jeder Zunft Vorgeschlagenen die Austretenden <sup>47)</sup>. So war es gekommen, dass bereits mehr als die Hälfte des Rates aus erklärten Protestanten bestand, die nicht gewillt waren, sich von der einmal betretenen Bahn abdrängen zu lassen, die im Gegenteil mit allen Mitteln ihre Stellung zu behaupten und zu befestigen suchten.

Hatten sie sich doch an den im August 1580 zu Ulm tagenden Städtetag um ein Gutachten gewandt, das vollständig ihrer Auffassung vom Religionsfrieden entsprechend ausgefallen war <sup>48)</sup>. Durch dieses mochten sie nicht wenig in ihrer Haltung gestärkt worden sein, da sie nunmehr ganz genau wussten, dass sie nötigenfalls an den Reichsstädten einen Rückhalt finden würden. Allzu kühn indessen vorzugehen, verbot einstweilen noch die politische Klugheit. Man hatte genug erreicht, wenn es gelang, den voraussichtlichen Forderungen der

---

<sup>45)</sup> Wahre erzellung und anzeig, wahin etc. Aach. Stadtarchiv. Religionsunruhen, fasc. I. Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 275 ff.

<sup>46)</sup> Vgl. hierzu Boos a. a. O. Bd. IV, S. 379 ff.

<sup>47)</sup> Quix a. a. O. S. 143.

<sup>48)</sup> Müller a. a. O. S. 263.

Kommission aus dem Wege zu gehen. Noch hatte man erst auf dem Ulmer Städtetage Fühlung mit den protestantischen Reichsstädten genommen, aber deren Streitkräfte waren noch keineswegs zur Stelle. War man aber einmal der kaiserlichen Kommission glücklich ausgewichen, dann hatte man Zeit genug, die protestantischen Stände und in erster Linie die Reichsstädte ins Treffen zu führen. Der Wucht eines von der Gesamtheit der protestantischen Reichsstädte gestellten Ansinnens, mochten die Aachener Protestanten weiter rechnen, würden weder der Kaiser noch die benachbarten Potentaten widerstehen können.

Als daher am 17. November die von den beiden genannten Fürsten, dem Herzoge von Jülich und dem Kardinal Gerhard von Groisbeck, abgesandten subdelegierten Räte ihre Kommission vortrugen, gab der Rat zunächst eine ausweichende Antwort. Da diese aber nach Ansicht der Kommissare so ausgefallen war, als ob im Rate „sich nicht eine katholische Person mehr fände“ — bezeichnend genug dafür, wie sehr die Katholiken im Rate in den Hintergrund gedrängt waren — so gingen sie am 29. November energischer vor und verlangten von jedem Ratsherrn klare Antwort auf folgende drei Fragen: 1. ob er dem Kaiser zu gehorchen gewillt sei, 2. ob er bei der katholischen Religion verharren wolle, 3. ob er sich damit einverstanden erkläre, dass in Zukunft das Ratsstatut vom Jahre 1560 zur Richtschnur bei der Ratswahl gemacht werde <sup>49)</sup>. Infolge dieser Fragen erhob sich im Ratssaale ein Tumult. Die -Ratsherrn waren empört über ein derartiges Ansinnen und gaben dieser Empörung offenen Ausdruck. Erst als die Wogen der Erregung sich gelegt hatten, entschloss sich der Rat, auf die genannten Fragen folgende Antworten zu erteilen: 1. dass er dem Kaiser in allem gebührenden Gehorsam leisten wolle, 2. dass er in Religionssachen noch zur Zeit keine Neuerung einzuführen oder einführen zu lassen bedacht sei und 3. dass er es bei der Überkunft des Jahres 1574 verbleiben lasse <sup>50)</sup>.

So vor die Wahl gestellt, sich dem Kaiser willenlos zu unterwerfen und die Neuerungen seit dem Jahre 1560 rückgängig zu machen, oder aber eine entschieden oppositionelle Haltung einzunehmen, verharrete

---

<sup>49)</sup> Summarische deduction etc. Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 276.

<sup>50)</sup> Summarische deduction etc. St. A. A.

der Rat in seiner vorsichtigen, durch die Umstände gebotenen Politik<sup>51)</sup>. Denn sich den Kommissaren zu fügen, hätte für den Protestantismus bedeutet, sein eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Die Kommissare aber hatten den Protestanten in Aachen Waffen geliefert, die ihre Wirkung kaum versagen konnten. Sie hatten nämlich in der näheren Begründung ihres Auftrages die Reichsstädte insgesamt getroffen, indem sie erklärt hatten, dass der Religionsfriede sich nicht auf die Städte beziehen könne, da eine jede Stadt bei dem religiösen Bekenntnisse, das sie im Jahre 1555 gehabt habe, zu verharren hätte. Was also den anderen Reichsständen nach dem klaren Wortlaute des Religionsfriedens zustand, das wurde den Reichsstädten abgesprochen<sup>52)</sup>. Mit Recht konnten die Aachener darum hoffen, dass sie mit ihren Klagen bei den anderen Städten ein geneigtes Ohr finden würden. Bot sich diesen doch die günstige Gelegenheit, eine sie alle in gleicher Weise angehende Streitfrage vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen und sich eine ihnen günstige Antwort zu erzwingen<sup>53)</sup>.

Hiermit aber wurde die Aachener Religionsache zur Sache des Reiches; eine bloss lokale Angelegenheit wurde, indem sie prinzipielle Bedeutung annahm, in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt, von wo aus sie nun auf längere Zeit die Geister in Spannung halten sollte.

Schreiben auf Schreiben, Mandate auf Mandate, in denen es u. a. übel vermerkt wurde, dass die Aachener auswärtige Verbindungen anzuknüpfen suchten, trafen inzwischen von kaiserlicher Seite in Aachen ein<sup>54)</sup>. Der Rat ging nicht von seinem Standpunkte ab und erklärte einfach, dass er noch zur Zeit keine Neuerung in Religionsachen einzuführen gedenke. Am 13. Dezember hatte er sich heftig in einem Schreiben an den Kaiser über das Vorgehen der

---

<sup>51)</sup> Er erklärte nämlich, dass er eine Gesandtschaft an den Kaiser zur Aufklärung schicken werde, und liess sich einfach auf weitere Verhandlungen nicht mehr ein. Ebenda. Es nutzte selbstverständlich nichts, dass die Kommissare darauf hinwiesen, dass es sich nur um den Schein der Augsburger Konfession handle, unter dem „andere neue, verbotne und verdampte religionen“ sich verbürgen.

<sup>52)</sup> Häberlin a. a. O. Bd. XI, S. 354; Bd. XII, S. 420 ff.

<sup>53)</sup> P. a Beeck I. c. p. 277: cum vero sectarii tam acriter se premi viderent, tergiversando occasionem arripuerunt super istis (die von den Kommissaren vorgelegten Fragen) consilium ab aliis civitatibus captandi.

<sup>54)</sup> Schreiben des Kaisers an Aachen vom 3. und 11. Januar, 11. März, 4. April und 8. Mai 1581. St. A. A.

Kommission beschwert. Nach seiner Ansicht vertrug sich ihr Auftreten weder mit der Stellung Aachens als Reichsstadt noch mit seinen Privilegien und Freiheiten. Hierauf wies der Rat den Kaiser hin und bat ihn, solange von weiteren Kommissionen abzusehen, bis er durch eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof sich gerechtfertigt hätte <sup>55)</sup>. Dies schrieb der Rat auf Betreiben der protestantischen Elemente offenbar nur, um inzwischen Zeit zu gewinnen und sich der Beihilfe der Reichsstädte zu versichern.

Doch als am 17. und 19. März 1581 im Rate der Antrag gestellt wurde, die Reichsstädte von dem Stande der Dinge und insbesondere von den gegen die reichsstädtischen Rechte gerichteten Angriffen zu unterrichten, um ihres Beistandes in dem bevorstehenden Kampfe teilhaftig zu werden, da erhob sich hiergegen die heftigste Opposition der katholischen Ratsmitglieder <sup>56)</sup>. Sie hielten es nicht mit ihrem Standpunkte vereinbar, „wider ihrer maj. befelchen andere verdächtige, rätliche bedenken, auch hilf und beistand auszuwirken“; ebenso weigerte sich der katholische Bürgermeister Leonard von dem Hoff, das in seinem Besitze befindliche Stadtsiegel zur Besiegelung des genannten Schreibens herzugeben. Diese Politik der Katholiken war durch die Verhältnisse gegeben. Auch fortan beriefen sie sich, wenn ihnen die Protestanten ein Zugeständnis in irgend einer Form abzuringen suchten, auf des Kaisers Mandate. Infolgedessen wurden heftige Anklagen gegen die Katholiken erhoben, weil sie sich den Wünschen der Protestanten so wenig willfährig zeigten. Auch wurden sie für den Aufruhr, der etwa aus ihrem starren Verhalten entstehen könnte, verantwortlich gemacht. Auf der protestantischen Seite steht der kalvinische Bürgermeister Peter von Zewel, auf der katholischen Leonard von dem Hoff. Offen wird letzterer ein „Aufrührer und Zerstörer“ des Vaterlandes gescholten und derselbe Vorwurf gegen die ihm zur Seite stehenden Katholiken geschleudert.

Als am 25. April die Wahl der Werkmeister <sup>57)</sup> stattfand, wurden die beiden Protestanten Matthias Pelzer und Jost Beck gewählt. Die

---

<sup>55)</sup> Schreiben des Aachener Rates an den Kaiser vom 13. Dezember 1580. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 277. Häberlin a. a. O. Bd. XII, S. 355.

<sup>56)</sup> P. a Beeck I. c. p. 278.

<sup>57)</sup> ) Die Werkmeister waren die Vorsteher des Wollenambachtes, die jährlich aus dem Rate gewählt wurden. Ihre Tätigkeit bestand in der Beaufsichtigung über die Ausführung einer 1387 erlassenen Verordnung, die sich auf die Breite und

Katholiken beanstandeten mit Berufung auf die kaiserlichen Mandate diese Wahl, was wiederum zu unerquicklichen Streitigkeiten führte, bis schliesslich Leonard von dem Hoff den Ratssaal mit einer Anzahl Katholiken verliess <sup>58)</sup>.

Die vom Aachener Rat am 13. Dezember 1580 angekündigte Gesandtschaft war unterdessen noch immer nicht am kaiserlichen Hofe eingetroffen. Daher ernannte der Kaiser am 15. April eine neue Kommission, der die Katholiken wohl mit Vertrauen entgegensehen konnten <sup>59)</sup>. Bestand sie doch aus erprobten Katholiken, die mit allem Ernste darauf bedacht waren, den Katholizismus in Aachen wieder in seine volle Alleinherrschaft einzusetzen. An der Spitze stand der Herzog von Jülich und der eben zum Bischofe von Lüttich erwählte Herzog Ernst von Baiern, beide Aachen benachbart, beide von gleichem Interesse beseelt, die Ketzerei zu unterdrücken. Und diesen schlossen sich die Freiherren Philipp von Winnenberg und Philipp von Nassau an, die gleichfalls von Zugeständnissen an den Protestantismus nichts wissen wollten. Auch die burgundische Regierung sandte eine Abordnung nach Aachen, unter der der Kanzler Sestich hervorragte. Diese Kommissare sollten auf Grund der Ratsordnung vom Jahre 1560 vorgehen <sup>60)</sup>. Allein bereits hatten die Protestanten und unter diesen die Calvinisten die Oberhand gewonnen. Wo aber letztere, durchdrungen von starkem Gemeinsinn und durchglüht von der Idee

---

Güte der Tücher bezieht und die, wie es ausdrücklich in der Einleitung heisst, mit Übereinstimmung des Rates gegeben war, um die Bürger und Kaufleute vor früher gehabtem Schaden zu bewahren. Ausserdem hatten sie den Vorsitz in dem Werkmeistergericht, das über die die Weberzunft speziell betreffenden Streitigkeiten zu entscheiden hatte. Heinrich Hoeffler, Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung der Stadt Aachen bis zum Jahre 1450: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. XXIII, S. 185 ff. Die 1387 erlassene Verordnung ist abgedruckt bei Hugo Loersch, Aachener Rechtsdenkmäler aus dem 13., 14. und 15. Jahrhundert, Bonn 1871, S. 75.

<sup>58)</sup> Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 279. Hansen, Die Aachener Ratswahlen in den Jahren 1581 und 1582: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. X, S. 222 ff. Müller a. a. O. S. 264 ff. Häberlin a. a. O. Bd. XI, S. 355; Bd. XII, S. 420. Wiederum entfaltete der Dechant Franz Fuchs eine lebhaft agitatorische Tätigkeit.

<sup>59)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 577 ff.

<sup>60)</sup> Kurtze und wahre erzellung etc. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 279. Häberlin a. a. O. Bd. XI, S. 355. Die Darstellung des letztern ist an manchen Stellen unrichtig. Moser, Staats-Recht etc. S. 11 ff.



und dem Eifer einer keinen Gegner schonenden Propaganda, einmal festen Fuss gefasst hatten, da liessen sie sich nur schwer und auf jeden Fall nur mit den Mitteln der Gewalt von dem einmal eingeschlagenen Wege abdrängen. Neue Zuversicht verlieh ihnen der Umstand, dass sie bereits mit den Reichsstädten in deutschen Landen Fühlung genommen hatten, die sich ihrer voraussichtlich auf das tatkräftigste annehmen würden. Daher kann man es wohl verstehen, dass die Aachener Protestanten der kaiserlichen Kommission, die sie mit blossen Mandaten niederwerfen wollte, ruhig entgegensahen, fest entschlossen, ihren Standpunkt zu behaupten <sup>61)</sup>.

Als die kaiserliche Kommission am 23. Mai in Aachen eintraf, war die Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten vollendet. Am 17. Mai hatten achtzig Ratsmitglieder die Protestanten Johann Luntzen und Simon Engelbrecht gewählt, indes die übrigen Ratsmitglieder, achtundvierzig an der Zahl, die Katholiken Albrecht Schrick und Johann Fibis erkoren <sup>62)</sup>.

Die Versuche der Kommission, die protestantischen Ratsmitglieder, die in dem gewöhnlichen Ratssaale tagten, zu veranlassen, mit den Katholiken in einem dritten Saale zusammenzukommen, waren

---

<sup>61)</sup> P. a Beeck I. c. p. 281: curant praeterea quantocius scribi ad imperii civitates, ut sibi subsidio esse velint; et ne urbs extrema perpeti debeat, in delectione novi magistratus Catholicos iunctim secum ad regimen cooptandos, caeteroqui arma se iam semel induisse neque tamen temere ea posituros.

<sup>62)</sup> Die Stelle bei P. a Beeck I. c. p. 281: die praestituta electioni, non quidem divo Urbano sacra prout ab antiquo moris sed decimi septimi Maii scissa in diversa studia plebs, Calviniani sua fuligine conspersos viros Joannem Luntzen et Simonem Engelbret in consules nominarunt ... ist irreführend. Danach sollte man annehmen, dass die Bürgermeisterwahl gewohnheitsmässig am 25. Mai stattgefunden habe. Wie aus Noppius a. a. O. Buch I, S. 115 ff. indessen hervorgeht, fand die Wahl in den dem 25. Mai, dem Urbanustage, voraufgehenden vierzehn Tagen statt. Am Urbanustage selbst aber leisteten die bereits vorher erwählten Bürgermeister den Eid, wodurch sie in ihr Amt eingeführt wurden. Irrtümlicherweise lässt auch Ritter a. a. O. Bd. I, S. 577 ff. die Bürgermeister erst am 25. gewählt werden. Desgleichen kann von der dort angeführten Ergänzung des Rates durchaus nicht die Rede sein. Dieselbe fand erst einen Monat später am Vorabende des Johannistages statt. Vgl. Hansen, Aachener Ratswahlen etc. a. a. O. S. 224. Unter den 80 Ratsmitgliedern, die protestantisch wählten, befanden sich übrigens noch 15 Katholiken. Ebenda S. 229.

gescheitert <sup>63)</sup>. Daher sah sie sich gezwungen, die Verhandlungen getrennt zu führen. Die Sachlage war insofern schwierig, als sowohl Protestanten wie Katholiken behaupteten, den rechtmässigen Rat darzustellen, diese, gestützt auf des Kaisers wiederholte Mandate, dass nur Katholiken zu den städtischen Ämtern zugelassen werden dürften, jene auf ihre rechtmässige Wahl durch die Zünfte, die, in ihren Mitgliedern zum grössten Teile protestantisch, die Berechtigung dieser kaiserlichen Mandate nicht anerkannten. Entsprechend dem kaiserlichen Auftrage befahlen die Kommissare den protestantischen Ratsmitgliedern, ihr Amt niederzulegen. Zugleich erliessen sie am 27. Mai ein von allen Kanzeln der Stadt und des Aachener Reichs zu verlesendes Dekret, dass die katholischen Ratsmitglieder und die von diesen erwählten Bürgermeister für die allein massgebende Obrigkeit zu halten seien <sup>64)</sup>.

Beängstigende Schwüle lagerte über der gärenden Stadt, und eine Katastrophe schien unmittelbar bevorzustehen. Am folgenden Tage fanden in dem in der Jakobstrasse gelegenen Dominikanerkloster zwischen den Kommissaren und einigen Abgeordneten der protestantischen Ratsmitglieder Verhandlungen statt, in deren Verlauf Sestich, der Abgesandte des Königs von Spanien, den protestantischen Bürgermeister Johann Luntzen einen Verräter und Rebellen nannte. Dem andern Bürgermeister, Simon Engelbrecht, war bereits am Tage vorher die Drohung entgegengeschleudert worden, man werde ihm bald an die Haut kommen und überhaupt demnächst einige blutige Köpfe auf dem Markt liegen sehen <sup>65)</sup>. Nicht geringe Aufregung verursachte es ferner, dass ein Christoffel <sup>66)</sup> und die katholischen

---

<sup>63)</sup> Wo nicht anders vermerkt, liegt dem Folgenden zu Grunde: Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.

<sup>64)</sup> Wahre erzellung und anzeig etc. Aach. Stadtarch. Religionsunruhen, fasc. I. Kurtze und wahre erzellung etc. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 281. Die Kopie dieses Dekretes findet sich in den Städtetagsakten des Augsburger Stadtarchivs.

<sup>65)</sup> L. v. Ranke, Zur deutschen Geschichte vom Religionsfrieden bis zum dreissigjährigen Krieg, Leipzig 1874, Bd. VII, S. 121. Moser, Staats-Recht S. 14 ff.

<sup>66)</sup> Christoffel hiessen die Vorsteher der neun Grafschaften, in welche die Stadt eingeteilt war. Vgl. Schollen, Die rechtsgeschichtliche Bedeutung des Aachener Kurgerichts: Aus Aachens Vorzeit, Bd. XII, S. 51. In dem Besitze der Christoffel befanden sich die Schlüssel zu den Stadttoren. Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.

Bürgermeister die in ihrem Besitz befindlichen Schlüssel den Kommissaren ausgeliefert hatten, da sich die Kunde verbreitete, dass vier Fähnlein spanischen Kriegsvolkes heranrückten, die Stadt zu überrumpeln. Als vollends Philipp von Nassau am 29. Mai in herrischem Tone die Auslieferung der Stadtschlüssel vom protestantischen Ratsteile verlangte, der Stadt Aachen mit dem Hinweis auf die Rechte des Herzogs von Jülich den gleichen Rang mit den übrigen Reichsstädten absprach und für den Fall des weitem Ungehorsams der protestantischen Ratsmitglieder mit dem Vorgehen des Kaisers gegen sie als Majestätsverbrecher drohte<sup>67)</sup>, da erreichte die Gärung ihren Höhepunkt. Hinzu kam noch, dass auch Abgeordnete der Zünfte vergeblich erschienen waren, um gegen diese „hochbeschwerlichen, geschwinden und der stat ganz nachteiligen anmutungen“ der Kommissare zu protestieren<sup>68)</sup>. Als die Ratssitzung geschlossen war und die Kunde von diesen Vorgängen sich auf dem Markte verbreitete, da liefen die protestantischen Bürger in ihre Wohnungen, um sich dort mit ihren Waffen zu versehen. Die Sturmglocken werden gezogen und die Stadttore und Festungsmauern besetzt; das Zeughaus wird erbrochen und der Markt mit Kanonen bepflanzt. In der Nähe der Kreuzkirche trafen die Katholiken Verteidigungsanstalten. Hier begann man nach vergeblichen Unterhandlungen auf einander zu schiessen, wobei ein Katholik mit Namen Wilhelm Dhamens<sup>69)</sup> das Leben verlor. Schliesslich wurden auch die Mauern des Kreuzbrüderklosters, in dem man bewaffnete Katholiken vermutete, erstiegen, doch ohne dass es zu weiteren Tötlichkeiten gekommen wäre.

Man kann sich der Vermutung nicht entziehen, dass es sich bei diesem Tumulte nur um eine wahrscheinlich wohl vorbereitete Kraftprobe von seiten der Protestanten handelte, zu der das Auftreten Philipps von Nassau die unmittelbare Veranlassung bot<sup>70)</sup>. Für die

---

67) Instrumentum über der kais. und königlich commissarien zu Ach uf 29. mai a<sup>o</sup> (15)81 beschechnen fürbringens. St. A. A.

68) Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.

69) Aach. Stadtarch. Msc. 15.

70) Wahre erzellung und anzeig etc. Aach. Stadtarch. Religionsunruhen, fasc. I. In diesem, allerdings einseitigen Berichte, beschwerten sich die Katholiken darüber, dass die protestantischen Ratsmitglieder sich Ende April und anfangs Mai unter Ausschluss der katholischen für die allein rechtmässige Obrigkeit ausgegeben hätten, ja, dass sie sich unterstanden hätten, „sich

Protestanten hätte die Herausgabe der Schlüssel und die hiermit verbundene Niederlegung der Ämter eine politische Selbstvernichtung bedeutet, zu der sie sich um so weniger verstehen konnten, als sie sich der Hoffnung hingeben durften, dass der Kaiser, auf die Türkensteuer der Reichsstädte angewiesen, diesen gegenüber in nicht allzu ferner Zukunft andere Saiten aufziehen würde. Darum konnten wir bereits jetzt das Bestreben Philipps von Nassau bemerken, die Aachener Protestanten durch den Hinweis auf die Rechte des Herzogs von Jülich zu isolieren, indem er die Behauptung aufstellte, Aachen sei den anderen Reichsstädten keineswegs gleichzustellen.

Für den Augenblick hatten die Aachener Protestanten ihren Zweck erreicht, und die Kommission sah sich gezwungen, einzulenken. Die bewaffneten Bürger wollten nicht eher den Markt räumen, bis die Kommissare die Schlüssel, die ihnen katholischerseits übergeben worden waren, dem „ordentlichen“ Rate überliefert und die katholischen Ratsmitglieder sich wiederum mit diesem vereinigt hätten. Der protestantische Ratsteil liess diese Forderungen den Kommissaren durch eine Deputation übermitteln. Die Kommissare waren durch den Tumult eingeschüchtert und hatten die Schlüssel dem Christoffel und den katholischen Bürgermeistern wiederum eingehändigt. Hierauf wiesen sie hin und gingen in ihrer Nachgiebigkeit so weit, dass sie sich bereit erklärten, mit den getrennten Ratsmitgliedern behufs einer Wiedervereinigung in Unterhandlung zu treten. Hiermit nicht zufrieden, verlangte die bewaffnete Bürgerschaft nochmals, dass die Schlüssel dem „ordentlichen“ Rate übergeben würden, und sprach die Drohung aus, dass man sie andernfalls mit Gewalt holen werde. Auch blieb sie die folgende Nacht hindurch unter Waffen. Eine Abordnung des Rates begab sich daher am folgenden Morgen zu der Wohnung der katholischen Bürgermeister, allwo die Schlüssel erst in Güte, dann

---

daneben und über das alles mit ihrem samenpractisirten zustand hinc inde mit leib, gut und blut zu verknüpfen und dabei zu versprechen bei einander zu verdettigung und handhab ihres gefasten Vorhabens zu stehen und halten, da doch hingegen die catholischen anders niet begert, dan dweil sie eigentlich bericht worden, die kais. maj. new commissarii gnedigst zu hinlegung alles unwesens und irtumbs verordnet, deren ankunft friedlich zu erwarten und alle irsal und gebrechen bis daran bewenden zu laissen“. Vgl. auch v. Pürth a. a. O. Bd. II, Abt. II, S. 51 ff. und oben S. 44.

„etwas heftiger“ gefordert und schliesslich auch ausgeliefert wurden<sup>71)</sup>. Nach langwierigen Unterhandlungen liessen sich dann auch die katholischen Ratsmitglieder zu der Zusage bewegen, nachmittags um 4 Uhr im gewöhnlichen Ratssaale sich einfinden zu wollen. Hier verglich man sich dahin, dass die Katholiken sich wieder mit den Protestanten vereinigten und aller in jüngster Zeit zugefügten Unbilden nicht mehr gedacht werden sollte. Die auf dem Markte noch immer unter den Waffen harrende Bürgerschaft war hierüber so erfreut, dass manche zur Feier des Tages Freudenschüsse abgaben, worauf man den heimischen Herd aufsuchte.

Doch am 1. Juni sah sich die Kommission, der man am Tage vorher Mitteilung von dem getroffenen Vergleiche gemacht hatte, veranlasst, die kaiserlichen Forderungen nochmals hervorzuheben. Allein jetzt viel versöhnlicher gestimmt als noch vor wenigen Tagen, erbot sich Philipp von Nassau, alles dasjenige, „so zu freundlicher und friedlicher vergleichung dienen mechte, mit vürwenden und die einigkeit suchen zu helfen“<sup>72)</sup>. Am folgenden Tage ward ihm Bescheid. Nach dem

---

<sup>71)</sup> Der statt Ach defensionsschrift und schreiben an die kais. maj. der daselbst entstandenen commotion halben, den 25 julii a<sup>o</sup> (15)81 ussgeben. St. A. A. Die Katholiken betonen, dass die Schlüssel den katholischen Bürgermeistern unter Anwendung von Gewalt abgenommen worden seien, indes die Protestanten dies in Abrede stellen. Nur in der Verteidigungsschrift an den Kaiser geben sie zu, dass sie erst in Güte, dann „etwas heftiger“ den Versuch gemacht hätten, in den Besitz der Schlüssel zu gelangen. Wahre erzellung und anzeig. Aach. Stadtarch., Religionsunruhen, fasc. I, aber heisst es, die Protestanten seien in ihrer Keckheit soweit gegangen, . . . dem burgermeister seine burgermeister- und sunst gemeines der statt Ach insiegelsschlüssel mit gewalt abzuzwingen und zu nemen und sich dadurch desselben insiegels der zeit bis auf diese itzige stund (sc. 24. April 1582) dermaissen mechtig zu machen, das sie inmittels und annoch alles, was ihnen gefellig gewesen, under namen burgermeister, scheffen und rats der statt Ach geschrieben, verhandlet und allenthalben vor- und ausgeben lassen.

<sup>72)</sup> Instrumentum über der kais. den von Ach furgelesener commission und waz die herren commissarien dabei furgebracht uf 1. iuni a<sup>o</sup> (15)81. St. A. A. Wie aus diesem Instrumente hervorgeht, hatten die Kommissare den Rat sich eigens versammeln lassen, um den Nachweis zu erbringen, dass sie ihre Vollmachten nicht überschritten hätten: „haben also dasjenig, so sy ire commission genent, fast gross und weitleuffig beschriben und sub dato den 25. (?) aprilis jungst verliten aussgangen, des rats secretario offentlich zu verlesen behandel . . . Als nun solche commission alles ires Inhalts verlesen, hat der von Nassau weiter angezeigt, er hette die verrichtung derselben, bis die herrn wider in ein gemach zusammenkommen, beruen lassen, dann inen

Aufruhr, der die Macht der protestantischen Elemente in der Stadt gezeigt hatte, konnte der Rat die Erklärung abgeben, dass es nach Lage der Dinge unmöglich sei, den kaiserlichen Befehlen zu gehorchen. Andererseits versprach er, derartig die Verwaltung zu führen, dass Katholiken und Protestanten einträchtig neben einander leben könnten. Zugleich aber betonte er seine Berechtigung, den Protestanten die öffentliche Religionsübung zu gestatten. Wenn er nun auch einstweilen noch hiervon abzusehen vorgab, so lieferte er doch dadurch den ziemlich deutlichen Beweis, dass er eben nur auf einen günstigeren Zeitpunkt wartete <sup>73)</sup>.

Am 1. Juni lud der nunmehr vereinte Rat die Kommissare zu einem am folgenden Tage stattfindenden Festmahle ein. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Reden gehalten. Die Kommission gab die Versicherung ab, dass sie an dem Vergleiche grosses Gefallen trüge und nicht unterlassen würde, dem Kaiser, „wie sonst die sachen beschaffen, im pesten zu referieren“. Es ist selbstverständlich, dass man den unter diesen Umständen gemachten Äusserungen keine allzu grosse Bedeutung beilegen kann <sup>74)</sup>.

---

nicht geburt, aus demselben zu schreiten, und darauf begert, sich der kaiserlichen commission gemess zu halten. Da P. a Beeck I. c. p. 279 als Datum der Kommission den 15. April angibt und eine zu ihm jedenfalls in keiner Beziehung stehende Kopie der Kommission gleichfalls als Datum den 15. April trägt, so dürfte man in der Annahme nicht fehlgehen, dass das hier angegebene Datum auf einem Irrtum beruht.

<sup>73)</sup> Protokoll vom 2. Juni 1581. St. A. A. Der Rat gab den Bescheid, „daz, da begerter massen ein e. rat allhie mit catholischen personen alleinlich becleidet werden solle, solches derselben statt gelegenheit nach on merklichen ufstand und besorgter grosser gevar, auch des ganzen politischen regiments zertrennung und abnemen nit geschehen kondte; welle aber ein e. rat verhoffentlich uf solche Ordnung derwegen bedacht sein, daz bederseits religionsverwandten hinfurter fridlich bei und neben andern im regiment verbleiben und diser stat gelegenheit nach gemeine policey also reichlich administrieren werden und das dieselbe, item alle stend des heil. rom. reichs, auch die catholische gemeine in dieser statt, ein allergnedigst, gnedig und gunstig wolgefallen, auch daran ein gutes benugen haben sollen“. Dann wiederholte der Rat seine frühere Erklärung betreffs der Religionsänderung, dass er „unverletzt habender privilegien und freiheiten noch zur zeit in der religion keine enderung durch sich selbst inzufuren“ bedacht sei.

<sup>74)</sup> Anderer Ansicht ist Müller a. a. O. S. 266.

Die beiden zuletzt vorgenommenen Bürgermeisterwahlen wurden kassiert. Am 5. Juni nahm man eine Neuwahl vor, aus welcher der Calvinist Johann Luntzen und der Katholik Johann Fibis als Bürgermeister hervorgingen <sup>75)</sup>.

Ausgezeichnet hatten es die Protestanten in Aachen verstanden, bis hierhin ihr Ziel sicher zu verfolgen. Der Protestantismus hatte seine Stellung behauptet und die Nachgiebigkeit der Katholiken sowie auch der Kommissare erzwungen. Allein es war klar, dass die durch den Aufruhr geschaffene Lage nicht von Dauer sein konnte, wenigstens war vorauszusehen, dass die dem Aachener Protestantismus feindlichen Mächte jetzt erst recht alle Kraft zu seiner Unterdrückung zusammenraffen würden. Auf sich selber angewiesen, konnten die Neuerer in Aachen bei der Energie und Rücksichtslosigkeit insbesondere der burgundischen Regierung nicht daran denken, das Errungene zu verteidigen und die volle Gleichberechtigung mit den Katholiken zu erkämpfen. Sehnsüchtig richteten sie darum ihren Blick nach aussen, namentlich auf die Reichsstädte, zu denen sie bereits in Beziehung getreten waren und mit deren Unterstützung sie den Sieg über alle entgegenstehenden Hemmnisse davon zu tragen gedachten.

Allein Hindernisse ganz anderer Art wie bisher sollten ihnen noch in den Weg treten.

Zunächst erkannte die extrem katholische Partei den in der Stadt allerdings unter ihrer Mitwirkung geschlossenen Vergleich als durch den Aufruhr erzwungen nicht an. Schon von vornherein hatten die drei Schöffen Gregor, Wilhelm und Johann von Wilre, sowie der Stadtsekretär Johann von Thenen sich nicht an dem Vergleiche beteiligt und alsbald die Stadt verlassen. Einige Zeit später folgten ihnen hervorragende Ratsmitglieder. Andere blieben zwar in der Stadt, weigerten sich aber, an den Ratsverhandlungen weiter teilzunehmen <sup>76)</sup>. Die Ausgewichenen begaben sich an den Hof des

---

<sup>75)</sup> P. a Beeck I. c. p. 283: Nonis iunii turbones ac pacis publicae perturbatores veriti electionem consulum a se factam haud diu fore firmam, rescissa ista per novum delectum Joanni Luntzen et Joanni Fibis, isti sectario, huic catholico fasces consulares imponunt, ut sub hoc colore persuaderent Caesareae Majestati minus atrociter contra Catholicos actum.

<sup>76)</sup> Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A. Hansen, Aachener Ratswahlen a. a. O. S. 229 ff. Nach dem hier mitgeteilten Aktenstücke sollte man freilich

Herzogs von Jülich und entfalteteten hier eine lebhaftige Agitation. Als dem Kaiser der Bericht seiner Kommissare zugegangen war, erliess er am 21. Juni ein Mandat, in dem er seine alten Forderungen wiederholte. Er verlangte, dass die Aachener alles in den vorigen Stand setzten, d. h. nur Katholiken zu den Stadtämtern zuliessen, und dass sie die niederländischen Flüchtlinge mitsamt den protestantischen Predigern verjagten. Innerhalb sechs Wochen sollten sie ferner eine Gesandtschaft an seinen Hof abordnen mit der Nachricht, dass sie seinen Befehlen nachgekommen seien <sup>77)</sup>. Die Aachener fügten sich nicht, sondern beharrten in ihrem Schreiben vom 25. Juli fest auf ihrem Standpunkte, und dies um so mehr, als bald die Vertreter der deutschen Reichsstädte zn Speier sich versammeln sollten, um über die geeigneten Massregeln zum Schutze des Aachener Protestantismus gegen den Kaiser und die benachbarten Fürsten zu beraten. Denn der Kaiser, einstweilen weit entfernt, von seinem Standpunkte abzugehen, erneuerte am 17. August in noch schärferer Form seine alten Forderungen <sup>78)</sup>. Diese fortgesetzten Mandate waren im Grunde genommen die lebendigsten Beweise für die Schattengewalt eines Kaisers, der trotz aller hochtrabenden Ausdrücke eine klägliche Rolle spielte. Sie wären an sich bedeutungslos gewesen, hätten sie nicht den beiden benachbarten Fürsten, die bereits mit dem Schwerte rasselten, den Schein des Rechtes gegeben. Auf diese Mandate gestützt, konnten sie vorgeben, dass sie des Kaisers Befehlen Gehorsam verschaffen wollten, obschon sie in der Tat doch nur ihre eigenen Interessen zu verfolgen gedachten.

Um die im Osten und Westen der Stadt aufsteigenden Kriegsgewitter abzuwehren, wandten sich die Aachener auch an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, damit sie beim Kaiser im Interesse des Aachener Protestantismus Fürsprache einlegten. Denn auf jeden Fall mussten sie es beim Kaiser durchsetzen, dass er seine Mandate entweder aufhob oder wenigstens aufschob, um dem Herzoge von Jülich und der burgundischen Regierung den rechtlichen Grund zu ihren voraussichtlichen Gewaltmassregeln zu nehmen. Aber bei den genannten Fürsten stiessen die Aachener auf eine kühle Haltung. Der

---

glauben, dass alle, auch die drei genannten Schöffen, sich an dem Vergleiche beteiligt hätten.

<sup>77)</sup> Schreiben des Kaisers an Aachen. Prag, den 21. Juni 1581. St. A. A.

<sup>78)</sup> Müller a. a. O. S. 266. Häberlin a. a. O. Bd. XI, S. 306.



Kurfürst von Sachsen, dessen Politik sich der von Brandenburg anschloss <sup>79)</sup>, war so wie so den kalvinischen Neuerungen abgeneigt und befürchtete in deutschen Landen ähnliche Revolten wie in den benachbarten Niederlanden. Wie er aber den Städten im allgemeinen gegenüberstand, das sollte sich bald auf dem Reichstage zu Augsburg zeigen, auf dem er das Vorgehen der Reichsstädte ein „abscheuliches Exempel“ nannte <sup>80)</sup>.

### **III. Der Städtetag zu Speier.**

Nur auf die Unterstützung der Reichsstädte war Aachen für das erste angewiesen, nur von ihnen konnte es ein energisches Eintreten gegen die bevorstehenden Angriffe des Herzogs von Jülich und der burgundischen Regierung erwarten Und in der Tat rief die Kunde von den Aachener Vorgängen in den protestantischen Reichsstädten einen wahren Sturm der Entrüstung hervor. Frankfurt, an das sich die Aachener zunächst gewandt hatten, benachrichtigte alsbald die anderen ausschreibenden Städte von dem Auftreten der kaiserlichen Kommissionen. Waren die Frankfurter schon darüber aufgebracht, dass der Kaiser und die benachbarten Fürsten den Aachener Protestanten die rechtliche Anerkennung ihrer in der Stadt gemachten Errungenschaften verweigerten, so versetzte sie die Erklärung der kaiserlichen Kommission, „das die e. stett im religionsfriden wie andere stend nit begriffen, noch fehig sein oder zu geniessen haben sollen“, in eine ganz besondere Aufregung <sup>81)</sup>. Diese Behauptung war es, die in fast sämtlichen protestantischen Reichsstädten für die Aachener Sache ein so lebhaftes Interesse erzeugte. Handelte es sich doch um einen Fall, der alle betraf, da er die Befürchtung wachrief, dass der Kaiser und die katholischen Stände sich in gleicher Weise Eingriffe in ihre Freiheiten und Rechte erlauben würden, dass sie auch ihnen das Recht, die Religion zu ändern, bestreiten wollten.

---

<sup>79)</sup> H. Prutz, Preussische Geschichte, Bd. I, Stuttgart 1900, S. 242 und S. 251.

<sup>80)</sup> P. a Beeck I. c. p. 284. Die Politik des Kurfürsten von Sachsen, die auch die Entwickluug der Aachener Sache zu Ungunsten des Protestantismus beinflusste, siehe Droysen a. a. O. S. 111 ff. und S. 306 ff. Häberlin a. a. O. Bd. XI, S. 359.

<sup>81)</sup> Ulms Ausschreiben zum Speierer Städtetage vom 18. Juli 1581. Original auf Papier. St. A. A.

Eine ablehnende Haltung indessen nahm Cöln, nahmen in der ersten Zeit wenigstens auch die Hansastädte ein.

Zwar war der Rat von Cöln wenig davon erbaut, dass der Herzog von Jülich in einer derartigen Weise gegen die Stadt Aachen vorging. Er befürchtete, der Erzbischof, dem in Cöln aus uralter Zeit ebenfalls jurisdiktionelle Rechte zustanden, möchte eines Tages gleichfalls in Cölns Freiheiten eingreifen <sup>82)</sup>. Aber schliesslich überwog doch die Abneigung gegen die kalvinistischen Strömungen in Aachen, die er keineswegs zu unterstützen gewillt war. Bereits seit Jahren kämpfte er selber gegen den Calvinismus in Cöln, ohne dass es ihm freilich bisher gelungen war, seiner Herr zu werden. Keineswegs aber wollte er sich mit seiner eigenen Politik in Widerspruch setzen dadurch, dass er den Calvinisten in Aachen seine Hand bot. Am 9. August sagte darum der Cölner Rat den Besuch des Städtetages mit der formellen Begründung ab, dass ein Gesandter der Kriegsunruhen wegen sich allzu grosser Gefahr aussetzen würde <sup>83)</sup>.

Am 2. August hatte der Lübecker Rat sich an den Cölner um Vertretung auf dem Speierer Städtetag gewandt. Weit abgelegen an den Grenzen des Reiches pflegten die Hansastädte, soweit sie als Reichsstädte überhaupt in Betracht kamen, die Städtetage nicht durch eigene Boten zu beschicken. In dem Schreiben an Cöln geht Lübeck mit keinem Worte auf die Aachener Sache ein, trotzdem sie, dem Frankfurter Ausschreiben gemäss, auf dem zu eröffnenden Städtetage, in den Vordergrund treten musste, ein Beweis dafür, dass man hier im Norden, wenn nicht merkantile Interessen in Frage kamen, für die reichsstädtischen Bestrebungen nur wenig Verständnis besass. Ja, der Lübecker Rat beklagte sich ziemlich unverblümt über die fast jährliche Kontribution, die er neben der Reichsmatrikel zu Städtezwecken

---

<sup>82)</sup> Wie ängstlich der Cölner Rat auf seine Rechte bedacht war, geht hervor aus Ennen a. a. O. Bd. V, S. 404 ff.

<sup>83)</sup> Entschuldigungsschreiben Cölns wegen seines Fernbleibens vom Speierer Städtetage. 9. August 1581 (an Frankfurt). Als die Calvinisten in Frankfurt am 26. Juni 1580 ausgesperrt worden waren, traf Cöln energische Massregeln, um deren Eindringen in seine Mauern zu verhindern. Fr. Lau, Das Buch Weinsberg. Cölner Denkwürdigkeiten aus dein 16. Jahrhundert. Bd. III, Bonn 1897 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde Bd. XVI), S. 67. Über die Stellung des Calvinismus in Frankfurt vgl. Kirchner, Geschichte der Stadt Frankfurt, Teil II, Frankfurt a. M. 1810, S. 224, 270, 316 ff.

entrichten musste, obwohl die Bürger von Lübeck als „weit abgessene der erb. freyen stett entsatz wenig zu geniessen" hatten<sup>84)</sup>.

Auch von den anderen Städten waren manche nicht dazu bereit, bedingungslos für die Aachener Protestanten einzutreten. Hier lähmte der heillose Gegensatz zwischen Konkordisten und Calvinisten ein energisches Vorgehen<sup>85)</sup>. Um diesen bereits jetzt hemmend hervortretenden Gegensatz zu kennzeichnen, sei nur auf die in ihrer Haltung grundverschiedenen Städte Augsburg und Regensburg einerseits und Strassburg andererseits hingewiesen.

Als am 25. Juni 1580, dem fünfzigsten Jahrestage der Überreichung der Augsburger Konfession, mit grossem Jubel die Konkordienformel veröffentlicht worden war, da hatte sie Johann Häntzel, Bürgermeister von Augsburg, „das letzte Mirakel“ vor dem jüngsten Tag genannt<sup>86)</sup>. Kein Wunder daher, dass Augsburg dem Aachener Protestantismus gegenüber eine vorsichtige Haltung einnahm. Zu letzterer sah es sich aber um so mehr veranlasst, als in seinem aristokratischen Rate das katholische Element ziemlich stark vertreten war. Der Regensburger Rat sah vollends nicht ein, wie man sich der Aachener, wenn sie Calvinisten seien, anzunehmen „Fug und Recht“ habe<sup>87)</sup>.

Strassburg aber war weit entfernt von den Bedenken der Augsburger und Regensburger. Hatte der Rat doch bis zuletzt die Unterschrift unter die Konkordienformel verweigert<sup>88)</sup> und dadurch schon eine gewisse Hinneigung zum Calvinismus gezeigt. Zu allen auf diesem Städtetage gefassten Beschlüssen ist Strassburg die eigentliche Triebfeder. Diese Stadt entwickelt in der Aachener Angelegenheit eine geradezu erstaunliche Tätigkeit und übernimmt selbstlos die grössten Opfer. Da es galt, die städtischen Freiheiten und Rechte gegen das

---

<sup>84)</sup> Schreiben des Lübecker Rates an Cöln, ihn auf dem Speierer Städtetage vertreten zu wollen. 2. August 1581. St. A. A.

<sup>85)</sup> Über diesen Gegensatz vgl. Janssen a. a. O. Bd. IV, S. 497.

<sup>86)</sup> Ebenda S. 496.

<sup>87)</sup> Protokoll des Speierer Städtetages. St. A. A. Dieses ist auch dem Folgenden zu Grunde gelegt.

<sup>88)</sup> Janssen a. a. O. Bd. IV, S. 497.

Fürstentum und selbst den Kaiser zu vertreten, da stand Strassburg auf seinem Platze: in der ersten Reihe der Kämpfer <sup>89)</sup>.

Unter diesen Auspizien wurde am 24. August 1581, am Bartholomäustage, der Städtetag eröffnet. Von der rheinischen Bank waren Aachen, Strassburg, Worms, Frankfurt, Hagenau, Gosslar und Nordhausen erschienen, und von der oberländischen Bank Regensburg, Augsburg, Nürnberg, Ulm, Esslingen, Nördlingen, Rotenburg a. d. Tauber, Schwäbisch-Hall, Rotweil, Memmingen, Lindau, Wimpfen und Schweinfurt, indes sich eine grössere Anzahl kleinerer Städte namentlich Oberdeutschlands vertreten liess.

Alle diese Städte hatten sich zusammengefunden, um zu beraten, wie der bedrängten Schwesterstadt Aachen zu helfen sei. Doch diese Aufgabe war keineswegs so leicht zu lösen. Da war der Herzog von Jülich, dessen Fürstenstolz durch der Aachener keckes Auftreten bei Gelegenheit der kaiserlichen Kommission schwer gekränkt worden war, der zudem Rechte in Aachen besass, die tief in den Organismus der Stadtverwaltung und des religiösen Lebens einschnitten. Wäre er selber protestantisch geworden, wie es ja in den 60er Jahren des Jahrhunderts den Anschein hatte <sup>90)</sup>, so hätte sich die Sache leichter und vielleicht sogar ohne Widerspruch vergleichen lassen. So aber standen seine Rechte einer Protestantisierung der Stadt hemmend im Wege, und das *ius reformandi* einer Reichsstadt geriet in Konflikt mit den Kompetenzen eines Reichsfürsten.

Leichter durfte man hoffen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die von seiten des Bischofs von Lüttich, des *Ordinarius loci* über Aachen, drohten. Das Diözesanrecht eines Bischofs war nicht von der Bedeutung wie die Rechte des Herzogs von Jülich. Wenn nun einmal den Reichsstädten das Recht, die Religion zu wechseln, zustand, so war nicht abzusehen, wie die Sprengelsbefugnisse des Bischofs eine Reichsstadt hätten hindern können, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Trotzdem hatte der Bischof von Lüttich in gleicher Weise wie der Herzog von Jülich noch vor einigen Tagen der Stadt angedroht,

---

<sup>89)</sup> Vgl. A. Meister, Der Strassburger Kapitelstreit 1583 - 1592, Strassburg 1899, Einl. S. 1 ff.

<sup>90)</sup> Keller, Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein, Leipzig 1881, I. Teil, S. 5 ff.

dass, wenn sie den kaiserlichen Mandaten nicht bald Gehorsam leiste, er zu strengeren Massregeln übergehen werde <sup>91)</sup>.

Endlich galt es, den Kaiser mit den Ereignissen in Aachen, wie sie sich nun einmal entwickelt hatten, auszusöhnen. Das Ansehen des Kaisers war schwer kompromittiert, indem er wiederholt den politischen Fehler gemacht hatte zu befehlen, ohne die Macht zu besitzen, sich nötigenfalls Gehorsam zu erzwingen. Der Kaiser fühlte sich durch das Verhalten der Aachener, die seine „väterlichen Ermahnungen“ in den Wind schlugen, tief beleidigt. Rudolf II. waren alle eigenmächtigen Bestrebungen der einzelnen Städte sowohl wie auch ihrer Gesamtheit im tiefsten Grunde seiner Seele verhasst. Nur allzu sehr war er geneigt, die Beschlüsse des Städtetages als einen Eingriff in seine Machtsphäre zu betrachten, den er gebührend zurückzuweisen verpflichtet sei. Dieses autokratische Selbstgefühl war für die Städte eine gefährliche und schwer zu umschiffende Klippe, die trotzdem vermieden werden musste, wollte man den Aachener Protestanten wirksam zu Hülfe kommen. Die kaiserlichen Mandate waren es ja, auf welche die benachbarten Fürsten sich beriefen. Diese Waffe musste man ihnen in erster Linie zu entwenden suchen.

Freilich drohte noch ein vierter Gegner, rücksichtsloser als die bisher genannten, weil er über die entsprechenden Machtmittel verfügte und seinen Forderungen mit gewaffneter Hand den notwendigen Nachdruck zu geben imstande war. Doch dieser Feind, die burgundische Regierung nämlich, war ebenfalls nur gefährlich, wenn er im Bunde mit dem Kaiser sich befand. Denn wenn dieser den Aachener Ereignissen seine Zustimmung gab, fehlte der burgundischen Regierung der rechtliche Grund ebensowohl wie dem Herzoge von Jülich und dem Bischofe von Lüttich. Allerdings war es möglich, dass die spanische Regierung bei ihrer landkundigen Rücksichtslosigkeit auch im Gegensatze zum Kaiser vorzugehen sich erdreistete; aber dann war es Pflicht des gesamten Reiches, diesem Übergriff zu wehren.

Am 25. August traten die Städtegesandten an die Lösung dieser Fragen und Aufgaben heran, nicht ohne dass es vorher zu unerquicklichen Erörterungen über den Begriff und Umfang der Augsburger Konfession gekommen wäre. Denn nur unter der

---

<sup>91)</sup> Schreiben des Herzogs von Jülich an Aachen vom 8. und 11. August und des Bischofs von Lüttich vom 25. und 29. Juli. St. A. A.

Bedingung, dass die Aachener Protestanten nicht Calvinisten, sondern wirkliche Anhänger der Augsburger Konfession im Sinne der Konkordisten waren, erklärten sich manche zur Unterstützung bereit. Seit dem Naumburger Fürstentage 1561 hatte sich die Kluft im protestantischen Lager immer mehr erweitert, bis durch die Publikation der bergischen Formel der Riss sich vollendete <sup>92)</sup>. Seit jenen Tagen sahen sich die orthodoxen Lutheraner als alleinige Mitglieder der Augsburger Konfession an, indes sie die reformierten Gemeinden als kalvinistisch verketzerten und aus dem Religionsfrieden ausgeschlossen wissen wollten. Allein diese stützten sich darauf, dass Calvin die zwar veränderte, aber im Jahre 1556 anerkannte Konfession des Jahres 1540 mit unterschrieben hatte, und nannten sich ebenfalls Anhänger der Augsburger Konfession, obwohl sie als solche zur grössten Freude der Katholiken von den strengen Lutheranern nicht anerkannt wurden <sup>93)</sup>.

Nachdem der Vertreter Speiers die Proposition verlesen und die Aachener Gesandten im Anschlusse hieran der „ehrsamen Städteboten rätlich Bedenken“ erbeten hatten, knüpfte sich an diesen Zwiespalt unter den Protestanten eine ziemlich lebhaftete Debatte. Namentlich waren es die drei Städte Augsburg, Regensburg und Rotweil, die für den Fall, dass es sich in Aachen nicht um Anhänger der Augsburger Konfession in ihrem Sinne, sondern um Calvinisten handelte, energisch jede Hilfeleistung ablehnten und sogar die weitere Teilnahme an den Verhandlungen abzubrechen drohten. Auch wurden Stimmen laut, die bei dieser Gelegenheit die bei der lutherischen Orthodoxie herrschende Antipathie gegen den Calvinismus der Niederlande zum Ausdruck brachten. Die Beziehungen, in denen die niederländischen Flüchtlinge jahrzehntelang zu Aachen gestanden hatten, mochten eben nicht unbekannt sein. Sie waren es hauptsächlich, die den Aachener Protestanten den nicht unbegründeten Verdacht des Calvinismus zuzogen. Zwar gab es in Aachen eine kleine lutherische Gemeinde, aber diese kam neben den drei reformierten, nämlich der deutschen, flämischen und wallonischen kaum in Betracht. Kurz nachdem im Jahre 1580 die Gesuche der Calvinisten wie der Lutheraner um Zulassung der öffentlichen Religionsübung abschlägig

---

<sup>92)</sup> Droysen a. a. O. S. 58 ff. Ritter a. a. O. Bd. I, S. 211 ff. Janssen a. a. O. Bd. IV, S. 497 ff.

<sup>93)</sup> Hansen, Beiträge a. a. O. S. 38 ff. Droysen a. a. O. S. 60.

beschrieben worden waren, hatte man Vereinigungsversuche gemacht und zu diesem Zwecke vom 31. Juli bis zum 2. August eine Disputation abgehalten. Statt dass diese jedoch die erstrebte Einheit gefördert hätte, hatte sie nur zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen <sup>94)</sup>. Auch einer der Gesandten der Stadt Aachen zum Speierer Städtetage, der Licentiat Dietrich Hillensberg, hatte während der genannten Disputation auf Seiten der Calvinisten gestanden und das über sie abgefasste Protokoll als Calvinist unterzeichnet. Der andere Gesandte der Stadt, Peter von Zewel, den wir bereits kennen lernten, war gleichfalls ein Anhänger des Calvinismus, indes der dritte, Dietrich Vercken, wahrscheinlich Lutheraner war <sup>95)</sup>; der vierte Gesandte schliesslich, Bonifazius Kolyn, war Katholik.

Wenn die Aachener Gesandten ein Bild von den religiösen Zuständen in der Stadt entworfen hätten, wie es der Wirklichkeit entsprach, so wäre der Städtetag trotz der grossen Sympathien der Reichsstädte für Aachen in die grösste Gefahr geraten, einer vorzeitigen Auflösung zu verfallen. Diese Gefahr vermochten die Aachener Protestanten nur zu vermeiden, indem Hillensberg und Zewel ihren und ihrer Glaubensgenossen kalvinistischen Standpunkt in Abrede stellten. Gestützt auf die von Calvin im Jahre 1556 mit unterschriebene Konfession, erklärten sie also schlechtweg, dass sie Anhänger der Augsburger Konfession seien.

In dieser peinlichen Lage kam der Vertreter Frankfurts, das zwar auch die kalvinistischen Flüchtlinge verjagt, aber auch die Konkordienformel zu unterzeichnen sich geweigert hatte <sup>96)</sup>, den Aachener Gesandten zu Hülfe. Er wies darauf hin, dass der Frankfurter Rat auf etlicher Privatbürger Begehren einen Prädikanten der Augsburger Konfession vor etwa zwei Jahren nach Aachen geschickt hatte. Dieser hielt sich zu Neuhausen auf und konnte nach der

---

<sup>94)</sup> Wahre erzellung und anzeig etc. Aach. Stadtarch. Religionsunruhen, fasc. I. Das Protokoll dieser Disputation findet sich in den St. A. A. Über die Kopfzahl der lutherischen Gemeinde in Aachen siehe Hansen Beiträge a. a. O. S. 31 ff., über die Disputation S. 39 und über das Verhältnis der Lutheraner zu den Calvinisten in Aachen S. 41.

<sup>95)</sup> Fest steht freilich nur, dass sämtliche übrigen Mitglieder der Familie Vercken der lutherischen Gemeinde angehörten, indes Dietrich Vercken in den lutherischen Kirchenbüchern nicht vorkommt. Freundliche Mitteilung des Herrn Macco in Aachen.

<sup>96)</sup> Janssen a. a. O. Bd. IV, S. 497.

Meinung des Frankfurters bezeugen, dass in Aachen viele Anhänger der Augsburger Konfession seien. Noch kräftiger nahmen sich der Aachener Gesandten die Nürnberger an, die nicht einsahen, weshalb der Calvinismus ein Grund sein sollte, dem Aachener Protestantismus den Beistand zu versagen. Hierbei erinnerten sie an den verstorbenen Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, der trotz seines kalvinistischen Glaubens, von vielen wenigstens, der Augsburger Konfession zugezählt worden war <sup>97)</sup>.

Von Frankfurt und Nürnberg unterstützt, gelang es denn auch alsbald den Aachenern, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen und den Anschein zu erwecken, als handele es sich in Aachen wirklich nur um Anhänger der Augsburger Konfession <sup>98)</sup>. Nie und nimmer wären sie indessen durchgedrungen, wenn nicht andere, viel tiefer liegende Gründe ihnen zu Hülfe gekommen wären. Zunächst war man sich dessen wohl bewusst, dass, wenn es sich in Aachen auch wirklich nur um Anhänger der Augsburger Konfession gehandelt hätte, der Kaiser und die benachbarten Fürsten ihnen ebenso sehr wie den Calvinisten die Existenzberechtigung abgesprochen haben würden. Hatte doch eine kaiserliche Kommission die Erklärung abgegeben, dass der Religionsfrieden sich nur auf die paritätischen Städte beziehe, und daraus den Schluss gezogen, dass die nicht-paritätischen Städte auch nicht das Recht hätten, ihre Religion zu ändern. Die prinzipielle Streitfrage, ob die Reichsstädte auf religiösem Gebiete den fürstlichen Reichsständen gleichberechtigt seien, wurde wenig durch den Umstand berührt, dass die meisten Aachener dem Calvinismus huldigten. Rings von fürstlichen Gebieten umgeben, hatten sich ferner die Reichsstädte von den benachbarten Fürsten mehr oder weniger Eingriffe in ihre inneren Verhältnisse gefallen lassen müssen, ohne dass man imstande

---

<sup>97)</sup> Über die Stellung Nürnbergs im religiösen Kampfe siehe ebenda S. 497. Augsburg protestierte indessen gegen diese Auffassung der Augsburger Konfession.

<sup>98)</sup> Und so vollständig gelang ihnen dies, dass die Augsburger Gesandten bereits am folgenden Tage dem Stadtpfleger Rehlinger eine beruhigende Erklärung zukommen lassen konnten. Sie hätten anders nicht finden können, „dan das sie (d. h. die Aachener) der Augspurgischen confession gemess das ministerium publice anzustellen und solliches mit der oberkait bewilligen vortzusetzen begeren“. Schreiben der Gesandten Matthäus Stamler und Werner Seutcr an den Stadtpfleger Rehlinger. Speier, den 27. August 1581. Original auf Papier. St. A. A.



gewesen wäre, sich ihrer auch nur einigermaßen wirksam zu erwehren<sup>99)</sup>. Jetzt, wo der Herzog von Jülich gegen die Stadt Aachen eine bedrohliche Haltung einnahm und ihren Protestantisierungsbestrebungen hemmend in den Weg trat, jetzt hatte man Gelegenheit, gegen die Anmassungen der Fürsten Front zu machen und ihnen zu zeigen, dass die Städte in dem Bestreben, diesen endlich ein Ziel zu setzen, fest zusammenstünden. Diese allgemeine Zeitströmung, die volle Gleichberechtigung mit den fürstlichen Ständen zu erringen und deren Übergriffe abzuwehren, unterstützte das Scheinmanöver der Aachener auf das wirksamste und verhalf ihnen schliesslich zum Siege.

Über die vorhin erwähnten Bedenken aber war erhaben Strassburgs Gesandter Paul Hochfelder, der in einer energischen Rede die Ansprüche der Aachener Protestanten vertrat. Paul Hochfelder war ein Mann von eiserner Energie, fest entschlossen, alle Tatkraft einzusetzen und allen Gefahren mutig die Stirn zu bieten, um den Aachener Protestantismus zu fördern und das vom Kaiser den Städten bestrittene Recht der Religionsänderung durchzusetzen. Wir werden sehen, wie er mit dem ganzen Feuer seiner Seele in der unermüdlichen Tätigkeit für seine Idee kein Mittel unversucht lässt, um zu seinem Ziele zu gelangen. Dieses Ziel bestand augenscheinlich darin, zunächst Zeit zu gewinnen und für das erste die angedrohte Exekution des Kaisers zu verhindern. Hatte man doch bereits jetzt den Plan ins Auge gefasst, die Aachener Sache vor den Reichstag zu bringen. Es war uns nun freilich nicht möglich, die Urheberchaft dieses Planes direkt Hochfelder zuzuweisen; aber dass er ihn als den einzig richtigen sofort erfasst hat, steht ausser allem Zweifel. Mit einer bewundernswerten Konsequenz verfolgt er diesen für die reichsstädtische Politik allein gangbaren Weg, auf dem ihn kein Hindernis schreckt und kein Unglück entmutigt. Voraussetzung für einen Erfolg der Städtepolitik war freilich, dass es gelang, die höheren protestantischen Stände für diese zu gewinnen. Hierin aber lag grade der schwache Punkt der Politik Hochfelders. Der Calvinismus der Niederländer, der auch in Aachens Mauern Eingang gefunden hatte, wurde mancher Orts, z. B. in Sachsen, von der lutherischen Orthodoxie mehr verabscheut als der Katholizismus<sup>100)</sup>. Viele von den lutherischen Reichsständen konnten sich nicht zu einer wirksamen Unterstützung des Aachener Protestantismus entschliessen,

---

<sup>99)</sup> Boos a. a. O. Bd. IV, S. 377.

<sup>100)</sup> Droysen a. a. O. S. 144 ff.

weil eben dessen Sieg zugleich eine Stärkung des verhassten kalvinistischen Prinzips bedeutet hätte. An dieser Tatsache änderte auch die notdürftige, auf innerer Unwahrheit beruhende Einigung, die auf diesem Städtetage wenigstens unter den Reichsstädten zustande gekommen war, nur sehr wenig. Ihre Dauer vorausgesetzt, blieb die grosse Gefahr bestehen, dass dieser Zwiespalt des Protestantismus eine für den Erfolg der reichsstädtischen Bestrebungen unbedingt erforderliche Verständigung mit den höheren Ständen unmöglich machen würde, dass somit die ganze Städtepolitik an ihm als einer nur schwer zu umsegelnden Klippe Schiffbruch erleiden konnte.

Auf diesem Städtetage indessen erwies sich Hochfelder als ein würdiger Vertreter seiner Vaterstadt <sup>101)</sup>, als ein geschickter Leiter einer unter so schwierigen Verhältnissen tagenden Versammlung. Nachdem er in energischer, zielbewusster Rede die Reichsstandschaft Aachens historisch begründet hatte, protestierte er gegen des Kaisers gesetzwidrige Massregeln, die Aachen eines wichtigen reichsständischen Rechtes, des Rechtes nämlich, die Religion nach Gutdünken zu ändern, beraubten. Daran knüpfte er, von der Erfolglosigkeit eines blossen Schreibens überzeugt, den Vorschlag, an den Kaiser eine Gesandtschaft zu schicken, die Ansprüche des Herzogs von Jülich und des Bischofs von Lüttich aber für sich zu beraten.

Über die von Hochfelder gemachten Vorschläge traten die Städtegesandten alsbald in die Verhandlung ein. Nach ziemlich langen Debatten einigte man sich zu folgenden drei Beschlüssen: 1. an den Kaiser je nach dem Wunsche der Aachener zu schreiben oder eine Gesandtschaft zu schicken, 2. die Aachener schriftlich zu ermahnen, bei der getroffenen Pacifikation friedlich zu verharren und 3. sich bei dem Herzoge von Jülich und dem Bischofe von Lüttich gleichfalls schriftlich für die Aachener Protestanten zu verwenden.

Diese Beschlüsse waren das Resultat einer zweitägigen Verhandlung. Um zu dem Entschlusse zu gelangen, die Aachener Protestanten durch blosse Schreiben zu unterstützen, hätte man wahrlich nicht so viel Zeit nötig gehabt. Wenn Paul Hochfelder gemeint hatte, dass ein Schreiben an den Kaiser keinen Erfolg haben würde — daher hatte man die Gesandtschaft an den Kaiser wenigstens dem Wunsche der Aachener anheimgestellt — so war mehr als selbstverständlich, dass ein

---

<sup>101)</sup> Siehe oben S. 56 ff.

Schreiben an die beiden anderen genannten Fürsten gleichfalls keinen Eindruck machen würde. Da hätte doch eine Gesandtschaft offenbar mehr Erfolg versprochen, indem diese durch unmittelbare Verhandlung wirken und so eher zu einem für den Aachener Protestantismus günstigen Resultate gelangen konnte. Eine Gesandtschaft wäre indes mit Unkosten verbunden gewesen. Der Kostenpunkt aber spielte, zumal die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts unter dem Zeichen einer dauernden Geldkrise stand, durchaus keine nebensächliche Rolle. Bedurfte es doch so schon häufiger Mahnungen an die einzelnen Städte, ehe sie sich dazu verstanden, die aus der Interessenpolitik der Reichsstädte erwachsenden Unkosten zu begleichen. Wie Lübeck sich nur widerwillig dazu herbeiliess, beantworteten auch andere Städte diese Mahnungen mit lauten Klagen über ihre finanzielle Notlage. Sie zeugen von dem reissenden Niedergange, der besonders die Städte in seinen Strudel hineingezogen hatte <sup>102)</sup>.

Als daher die Aachener Gesandten am folgenden Tage, dem 27. August, Stellung zu den genannten Beschlüssen nahmen und den Wunsch um Gesandtschaften nicht nur an den Kaiser, sondern auch an die benachbarten Fürsten aussprachen, da erboten sie sich zu gleicher Zeit, sich dessen wohl bewusst, dass die Kostenfrage ihnen unüberwindliche Schwierigkeiten machen konnte, die Kosten für die Gesandtschaft an den Herzog von Jülich und den Bischof von Lüttich selber zu übernehmen. Auch erklärten sie ausdrücklich, dass sie die Reichsstädte gerne mit den Unkosten verschont hätten, welche die Gesandtschaft an den Kaiser erforderte.

Trotzdem hielten es die Städteboten für nötig, die Aachener Wünsche einem Ausschusse zu überweisen. In diesen Ausschuss wurden von der oberländischen Bank die Städte Regensburg, Augsburg, Nürnberg und Ulm und von der rheinischen Bank die Städte Strassburg, Worms, Frankfurt und Speier gewählt. Den Aachener Wünschen entsprechend wurde von ihm beschlossen:

1. eine Gesandtschaft an den Kaiser zu schicken, die unter dem Hinweis auf die Politik Maximilians II. den Kaiser bitten sollte, die Mandate gegen die Stadt entweder zurückzuziehen oder aber ihre Exekution bis zum nächsten Reichstage zu verschieben,

---

<sup>102)</sup> Boos a. a. o. Bd. IV, S. 374.

2. eine Gesandtschaft an den Herzog von Jülich und den Bischof von Lüttich abzuordnen. Letztere sollte beide Fürsten ermahnen, die Stadt Aachen, da sie ein Stand des Reiches und „des Religionsfriedens fähig“ sei, nicht weiter zu belästigen, und den Herzog von Jülich besonders darauf hinweisen, seine Interessen „via ordinaria“ zu verfolgen. Drittens wurde nochmals der Beschluss gefasst, die Aachener zu mahnen, bei der unter sich getroffenen Pacifikation zu verharren.

Man kann nicht annehmen, dass die Einsichtigeren unter den reichsstädtischen Abgeordneten durch diese Gesandtschaften eine Sinnesänderung bei den dem Protestantismus feindlichen Mächten erhofften. Zwischen den fürstlichen Territorien im ganzen deutschen Reiche verstreut, besaßen die Reichsstädte keine Bewegungsfreiheit. Auf sich selber angewiesen, vermochten sie infolgedessen nicht, ihren Bestrebungen den notwendigen Nachdruck zu geben. Man wollte durch diese Gesandtschaften erst Zeit gewinnen, um mit den fürstlichen Glaubensgenossen Fühlung zu nehmen. Erst dann durften die Reichsstädte daran denken, den Kaiser zu veranlassen, seine gegen die Stadt Aachen erlassenen Mandate zurückzuziehen. Wie wir bereits hörten, hatte man den Plan gefasst, die Aachener Religionsunruhen vor das Tribunal des Reichstages zu bringen. Hier konnte man in die Bahnen der kurpfälzischen Politik einlenken und dem Kaiser die Türkensteuer nur unter der Bedingung gewähren, dass er vorher den Beschwerden der Reichsstädte abhalf. Dass sie auf dem nächsten Reichstage der Unterstützung des Pfälzer Kurfürsten sicher waren, unterlag keinem Zweifel. Trotzdem hielten es die Ausschussmitglieder schon jetzt für nötig, ihn von ihren Absichten und Plänen zu unterrichten, auf dass er ihre einstweilige Politik der Verschleppung unterstütze. Deshalb beschlossen sie, noch von diesem Städtetage aus Deputierte der Städte Strassburg und Frankfurt nach dem nicht allzuweit von Speier entfernten Heidelberg abzuordnen. Zu dieser Gesandtschaft aber sahen sie sich um so mehr veranlasst, als Gerüchte drohenden Inhaltes, wie dass der Kaiser dem Prinzen von Parma die Exekution gegen Aachen bereits übertragen habe, sich zu verbreiten begannen.

Wiederum aber zeigte sich die der Städtepolitik mindestens gleichgültig gegenüberstehende Haltung Augsburgs. Denn als es sich darum handelte, die Reichsstädte zu bestimmen, welche die Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof übernehmen sollten, da suchten

die Augsburger sich dieser auf jede Weise zu entziehen <sup>103)</sup>. Von vornherein zeigt Augsburg nur wenig Interesse für den Aachener Protestantismus, sodass man sich bereits jetzt des Eindruckes nicht erwehren kann, als ob es eben nur der „vertreulichen correspondenz“ halber sich nicht direkt von der Städteversammlung abgeschlossen habe. Allein es war zu befürchten, dass Augsburg die Aachener sofort im Stiche lassen würde, sobald ein wirklich tatkräftiges Handeln in Betracht kam und nicht etwa bloss Gesandtschaften, an denen man sich nicht einmal beteiligen mochte.

Waren die Verhandlungen bis hierhin ziemlich glatt von statten gegangen, so entwickelte sich mit dem Auftreten des Gesandten des Herzogs von Jülich ein dramatischeres Leben. Der Gesandte des Herzogs, in dessen Begleitung sich der Dürener Sekretär Johann Holland befand, war der kaiserliche Kammergerichtsprokurator Dr. Laurentius Vomelius, ein Mann, der, wie sich aus dem folgenden ergeben wird, kein sonderliches Talent besass, die Aufträge seines Herrn mit Geschick auszuführen. Doch muss man bedenken, dass er vor einer ihm von vornherein mit Misstrauen entgegenkommenden Versammlung aufzutreten hatte, deren Leiter zudem gar nicht beabsichtigten, sich mit ihm in ernsthafte Verhandlungen einzulassen. Die zwischen der Stadt Aachen und dem Herzoge von Jülich schwebenden Streitigkeiten waren nämlich viel zu ernsthafter Natur, als dass man hätte hoffen dürfen, sie durch Verhandlungen mit einem Gesandten zu schlichten, zumal dieser nur mangelhafte Vollmachten besass. Denn der Herzog hatte nur deshalb eine Gesandtschaft nach Speier geschickt, um eine Verbindung der Reichstädte mit Aachen, die er immerhin fürchten mochte, zu verhindern. Dies geht hervor aus zwei zu Beginn der Verhandlungen verlesenen Schreiben des Herzogs, durch die er der Hoffnung Ausdruck gibt, dass die Städtegesandten sich nicht zu Beschlüssen würden hinreissen lassen, die dem ihm vom Kaiser gewordenen Kommissionsauftrage und seinen althergebrachten Rechten entgegengesetzt wären. Auch beklagte er sich heftig in diesen

---

<sup>103)</sup> Heisst es doch in dem bereits oben Seite 60, Anm. 3 citierten Schreiben der Augsburger Gesandten an den Stadtpfleger Rehlinger, nachdem vorher von den auf dem Städtetage gefassten Beschlüssen die Rede gewesen ist: „Wer nun darzu (sc. zu der Gesandtschaft an den Kaiser) von den e. stetten deputirt möchte werden, darvon haben wir noch zur zeit kein wissen; wir wollen aber mit unserm voto dahin laborirn, das man der stat Augspurg verschonen und andere darzu verordnen und erpetten möchte.“

Schreiben „über die grobe, unverschambte, landkundige und unwarhafte erzellung und deduction“ der Aachener, in der er sowohl wie die kaiserliche Majestät „etwas hart, schwächlich und unvernünftig“ angegriffen werde. Der Herzog gab sich sodann der Hoffnung hin, dass die Städtegesandten sich nicht dazu veranlasst sehen würden, in der Aachener Sache ihm oder dem Kaiser vorzugreifen <sup>104</sup>).

So hatte man sich auf die Kernfrage, wie nämlich die Rechte des Herzogs von Jülich mit der Protestantisierung der Stadt in Einklang zu bringen waren, nicht eingelassen, weil man eben ganz genau wusste, dass diese Frage auf Schwierigkeiten stossen würde, die für die Städte nun einmal nicht zu überwinden waren. Darum hatte man sich auf den Beschluss beschränkt, dem Herzoge die einfache Bitte durch eine Gesandtschaft vortragen zu lassen, die Aachener in dem Genusse des Religionsfriedens nicht zu stören und seine Rechte „via ordinaria“ zu suchen. Der Herzog von Jülich war eben nicht gewillt, sich von den in ihrer Mehrzahl protestantischen Reichsstädten bezüglich seiner Rechte Vorschriften gefallen zu lassen. Auch konnte er sich auf des Kaisers Mandate stützen. Daher waren die Aussichten zur friedlichen Beilegung des Zwistes von vornherein äusserst gering gewesen. Weitere Verhandlungen mit Vomelius aber hätten gleichfalls nicht dazu beigetragen, dem Streite der Stadt mit dem Herzoge ein Ende zu machen. Infolgedessen suchte Hochfelder ihnen möglichst auszuweichen.

Am Nachmittage des 28. August erschien Vomelius in der Versammlung der Städtedeputierten. Zunächst suchte er sie an ihrer schwachen Seite zu fassen, indem er auf die kalvinistischen Strömungen in der Stadt hinwies. Aber es war den Aachener Gesandten bereits zu gut gelungen, die Bedenken der Städtegesandten in diesem Punkte zu zerstreuen, als dass der Gesandte eines katholischen, den Städten feindlich gesinnten Fürsten Aussicht gehabt hätte, Bresche in die nunmehr hergestellte Einigkeit der protestantischen Reichsstädte zu legen. Im Prinzipie gestand er sodann den Aachenern das Recht zu,

---

<sup>104</sup>) Schreiben Wilhelms von Jülich an den Städtetag, Düsseldorf, den 8. August 1581, ein zweites, Leidenhausen, den 23. August. Letzteres wurde am 27. August durch Vomelius überreicht. St. A. A.

die Augsburger Konfession einzuführen; aber gegen dieses Recht glaubte er die von den Aachenern sowohl dem Herzoge von Jülich als auch der burgundischen Regierung gegebenen Versprechen, bei der katholischen Religion verharren zu wollen, ins Feld führen zu können. Es unterliegt indes kaum einem Zweifel, dass, wenn die Aachener an sich das Recht hatten, eine Änderung in dem Religionswesen vorzunehmen, diese unter ganz anderen Verhältnissen gemachten Versprechen sie nicht daran hindern konnten. Mit Berufung auf die Rechte seines Herrn und die ausdrücklichen Mandate des Kaisers, warnte Vomelius weiterhin die Reichsstädte, die Aachener Protestanten in ihrem Ungehorsam gegen die Massnahmen des Kaisers zu stärken, er verlangte vielmehr, dass sie des Kaisers endgültiges Urteil abwarteten. Zum Schlusse erbot er sich, fernerhin Rede und Antwort zu stehen, wenn ihm Abschrift von den Beschwerden der Aachener mitgeteilt würde; für den Fall aber, dass man ihm diese verweigerte, drohte er mit dem Vorgehen des Herzogs, der schon auf andere Mittel und Wege sinnen würde. Trotzdem der Schluss der Rede ziemlich drohend geklungen hatte, verfehlte er doch seine Wirkung. Da Hochfelder, die Seele der ganzen Versammlung, wohl einsah, dass die weiteren Verhandlungen mit dem Gesandten zwecklos sein würden, suchte er nur nach Gründen, sich seiner mit Anstand zu entledigen. Auch mochte es ihm, abgesehen von dem Hauptgrunde, gefährlich erscheinen, die Beschwerden der Aachener schriftlich zu übergeben, da eine derartige Beschwerdeschrift dem Herzog immerhin Angriffspunkte hätte bieten können, zumal Hochfelder ganz genau wusste, dass die von den Aachenern gegebene Darstellung einseitig war und keineswegs in allen Punkten den wirklichen Verhältnissen entsprach. Aber auch von den Städtegesandten hätten, wenn man sich in weitere Verhandlungen einliess, gar manche stutzig werden können, da sie ohnehin schon den religiösen Verhältnissen in Aachen misstrauisch genug gegenüberstanden. Auf jeden Fall aber war es für Hochfelder von Wichtigkeit, dafür zu sorgen, dass den Aachenern wenigstens das letzte Wort gewahrt blieb. Nach kurzer Beratung mit den übrigen Städtegesandten teilte er darum Vomelius mit, dass die Sache „etwas wichtig“ sei und infolgedessen „sonders ausführliche beratschlagung“ erfordere. Er stellte es daher seinem Ermessen anheim, ob er an den ferneren Verhandlungen noch weiter teilnehmen wolle, alsdann verlangte er aber, dass Vomelius seine Werbung zuerst schriftlich überreiche.

Trotz dieser ausweichenden Antwort, die deutlich Hochfelders Absicht erkennen lässt, beharrt Vomelius auf seinem Standpunkte und fordert zunächst die Beschwerdeschrift der Aachener.

Doch Hochfelder gibt nicht nach und erklärt, es sei der Städte Brauch und Herkommen, ihre Angelegenheiten geheim zu halten. Hiermit begründete er die Unmöglichkeit, dem Herzoge eine Abschrift der Aachener Beschwerden mitzuteilen. Zur Beruhigung des Jülichers fügte er indessen hinzu, dass die Städtegesandten es schon für ihre Pflicht gehalten hätten, dem Herzoge von Beleidigungen der Aachener Mitteilung zu machen, wenn solche überhaupt irgendwie vorlägen. Mit grösserem Nachdruck stellte er sodann nochmals an den Gesandten die Forderung, seinen Vortrag schriftlich zu übergeben, indem er für den Weigerungsfall alle weiteren Verhandlungen mit ihm ablehnte.

Nach langem Bedenken entschloss sich da Vomelius am 29. August zu der schriftlichen Übergabe seiner Werbung. Weil er indessen keine Instruction hierzu hatte, unterliess er es, sie mit seiner Namensunterschrift zu versehen. Auch hatte er gar nicht die Absicht, sich mit denen von Aachen in weitere Disputation einzulassen; sondern die Übergabe erfolgte nach seiner Auffassung lediglich, auf dass mit den übrigen Städtegesandten ein Einvernehmen hergestellt würde. Im wesentlichen enthielt dieser schriftliche Diskurs dieselben Angriffe, die Vomelius auch in seinem mündlichen Vortrage vorgebracht hatte, mit dem Unterschiede freilich, dass der vorhin ausdrücklich im Prinzip zugestandenen gesetzlichen Berechtigung der Aachener, die Augsburger Konfession einzuführen, nunmehr von ihm nicht gedacht wurde. Ganz besonders konzentrierte er seine Angriffe auf die Gesandten der Stadt: Peter von Zewel, Dietrich Vercken und Dietrich Hillensberg seien, wie sein Herr glaublich berichtet sei, alle drei „ex professo“ Calvinisten, Bonifazius Kolyn aber sei ein kalter Katholik. Sodann schildert er die Entwicklung der religiösen Verhältnisse in Aachen, um zu zeigen, wie allmählich die Neuerungen und insbesondere der Calvinismus in Aachen an Macht und Ausdehnung gewonnen hatten und wie die Calvinisten in den Rat und die Stadtämter eingedrungen waren. Daran knüpfte er, abermals unter dem Hinweis auf die Rechte seines Herrn, die Mahnung, den Aachenern kein Gehör zu schenken, viel weniger beim Kaiser oder sonstwo Vorschub zu leisten. Ja, er verlangte sogar, dass die Städtegesandten die Aachener anweisen sollten, den kaiserlichen Befehlen Gehorsam zu leisten und sich den benachbarten Fürsten nicht



zu widersetzen. Schliesslich gedachte er der Katholiken, die den Kampf gegen die Anhänger „dero im heiligen reich verdambter und unruwiger calvinischen religion“ aufgenommen, dabei aber das Feld hatten räumen müssen <sup>105)</sup>.

Immer wieder weist Vomelius auf den Calvinismus in Aachen hin, um den Standpunkt seines Herrn zu rechtfertigen. Aber diese Waffe war abgestumpft und konnte unter diesen Umständen mit Erfolg nicht mehr zur Anwendung gebracht werden. Wieder aber tritt das Bestreben Hochfelders in die Erscheinung, einer ernsten Debatte aus den soeben angeführten Gründen auszuweichen, indem den Aachener Gesandten nach kurzer Beratschlagung vom Städtetage der Auftrag erteilt wurde, in der Antwort der Hauptsache und der kaiserlichen Mandate keine Erwähnung zu tun, sondern sich auf das gegen ihre Person Vorgebrachte zu beschränken. Dementsprechend lehnten denn auch die Aachener Gesandten weitere Erörterungen mit dem Jülicher ab. Dies konnten sie um so leichter, als die eingereichte Werbung keine Unterschrift trug und zudem von dem mündlichen Vortrage in einem wichtigen Punkte abwich <sup>106)</sup>. Was aber den gegen ihre Person geschleuderten Vorwurf des Calvinismus betraf, wiederholten die Aachener Gesandten einfach ihre bereits früher abgegebene Erklärung.

Hiermit hatte das diplomatische Geschick Hochfelders den Sieg davongetragen. Vergeblich waren alle weiteren Proteste des herzoglichen Gesandten, vergeblich alle seine ferneren Hinweise auf die dem Herzoge und dem Kaiser gemachten Versprechungen. Ja, zum Schlusse sah er sich zu einem schmachvollen Rückzuge gezwungen, indem er seine früheren Behauptungen teilweise zurückzuziehen genötigt war<sup>107)</sup>. Von vornherein scheint er nämlich von der

---

<sup>105)</sup> Summarischer Inhalt oder discursus der Gilchischen abgesandten instruction und werbung an den e. frei- und reichsstett abgeordnete, jetzo zu Speir (am 29. August übergeben und verlesen). St. A. A.

<sup>106)</sup> Hatte doch Vomelius, wie bereits bemerkt, die mündliche Erklärung, „das die e. und freie reichsstett und in specie die statt Ach des heilsamen religionfridens glich andern stenden des reichs“ fähig seien, in seiner schriftlichen Darlegung unterdrückt, offenbar deshalb, weil ihm deren folgenschwerer Inhalt erst nachträglich zum Bewusstsein gekommen war.

<sup>107)</sup> Musste er doch die wenig ehrenvolle Erklärung abgeben: „und obwol nit on, daz sy (sc. er und sein Mitgesandter) mitlaufen lassen, das ire f. g. dern von Ach Privilegien oder ob sy stend des reichs und des religionsfridens fähig, nit bestreiten wollen, so sei doch solches von inen nit dispositive, sonder allein

Überzeugung ausgegangen zu sein, dass er die Reichsstädte am ehesten der Aachener Sache abspenstig machen würde, wenn er ihnen insgesamt und der Stadt Aachen im besonderen das Recht der Religionsänderung zugestand, aber nur soweit die Augsburger Konfession in Betracht kam. Er hatte dann gehofft, den Reichsstädten den Nachweis führen zu können, dass die Aachener Protestanten dem Calvinismus huldigten, als Calvinisten jedoch „des Religionsfriedens nicht fähig“ seien. Als diese Hoffnung sich nicht erfüllte, da musste er, wollte er sich nicht mit den Anschauungen des Kaisers und seines Herrn in Widerspruch setzen, das anfangs gemachte Zugeständnis der Religionsfreiheit auch für die Reichsstädte zurückziehen. Sein beim Beginn der Verhandlungen ziemlich selbstbewusstes Auftreten endigte so mit einer vollständigen Niederlage; das Solidaritätsgefühl der Reichsstädte hatte sich stärker erwiesen, als er und wahrscheinlich auch der Herzog gedacht hatte.

Nicht wenig wurden die Städteabgeordneten in ihrer Haltung durch die inzwischen von Heidelberg zurückgekehrten Gesandten bestärkt. Diese waren hier am 29. August eingetroffen und am folgenden Tage in der Kanzlei vom Kurfürsten empfangen worden. Sie hatten darauf hingewiesen, dass der Herzog von Jülich und der Prinz von Parma Schreiben voll des drohendsten Inhaltes nach Aachen geschickt hatten. Durch diese Drohungen war bei den Reichsstädten die Befürchtung wachgerufen worden, Aachen möchte unter dem Scheine, als wolle man den kaiserlichen Mandaten Gehorsam verschaffen, seiner Freiheit beraubt und dem Reiche entzogen werden. Daher baten die reichsstädtischen Abgesandten den Kurfürsten, er möge im Vereine mit seinen Mitkurfürsten den Kaiser angehen, Aachen die Wohltat des Religionsfriedens genießen zu lassen oder doch bis zu gemeiner Stände Erkenntnis, d. h. bis zum nächsten Reichstage, seine Mandate aufzuschieben. Weil aber Gefahr vorhanden war, dass in der Zwischenzeit bereits Aachen von den benachbarten Fürsten angegriffen wurde, ersuchten sie ihn ferner, er möge den Herzog von Jülich als den Obersten des westfälischen Kreises mahnen, nicht nur gegen Aachen

---

narrationsweis furbracht und geredt worden. Da sy nun aber waz mundlichs furbracht haben solten, so ire f. g. zu nachteil gedeyet oder angezogen werden mecht, wellen sy hiemit dar wider protestirt und daneben uf ire ubergebne schrift refferirt haben und es bei derselben bleiben lassen.“ Protokoll des Speierer Städtetages. St. A. A.

nicht tötlich vorzugehen, sondern die Verteidigung der Stadt nötigenfalls gegen den Prinzen von Parma zu übernehmen.

Ludwig von der Pfalz, weit entfernt von den engherzigen Anschauungen des Kurfürsten von Sachsen, hatte bereits auf privates Ansuchen einiger Aachener Bürger an den Kaiser geschrieben, sich auch schon mit den beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in Verbindung gesetzt, um sich mit diesen über ein gemeinsames Vorgehen am kaiserlichen Hofe zu einigen. Dies teilte er den reichsstädtischen Gesandten mit und fügte die freundliche Erklärung hinzu, er wolle sich so erweisen, dass man im Reich „sehen und spüren muge, daz ein stand dem andern die hand zu bieten gedenke“.

Am 31. August haben die zurückkehrenden Abgeordneten dem Städtetag Bericht über, das Resultat der Gesandtschaft an den Kurfürsten abgestattet. Nicht wenig über des Kurfürsten gnädigen Bescheid erfreut, beeilte man sich, die Verhandlungen zu beendigen. Allein zum Schlusse sollte noch ein schriller Misston die glänzende Harmonie der Städteversammlung stören. Denn als es sich darum handelte, die Instruktion für die Gesandten an den Hof des Kaisers und des Herzogs von Jülich festzustellen, da verlangten die Deputierten Regensburgs, dass zu den Worten „den beden im h. reich zugelassenen, der catholischen und Augspurgischen confession religion“ hinzugesetzt werde: „und uf form der formulae concordiae gemess“. Als ihrem Wunsche nicht entsprochen wurde, protestierten sie und verlangten, dass dieser Protest in das Protokoll aufgenommen werde. Zwar war dieser Widerspruch Regensburgs einstweilen noch ohne sonderliche Bedeutung, aber trotzdem ein böses Omen für die Zukunft, das uns den im Grunde genommen noch immer klaffenden Gegensatz zwischen Lutheranern und Calvinisten, der augenblicklich bloss von den anderen Interessen der protestantischen Städte bedeckt wurde, nur allzu deutlich zeigt.

#### **IV. Die Vorgeschichte des Heilbronner Städtetages.**

So war der erste Städtetag, der sich mit der Aachener Angelegenheit auf das eingehendste beschäftigt hatte, zu Ende gegangen. Die Beschlüsse, die hier gefasst worden waren, sollten lediglich dazu dienen, einen Aufschub der so oft angedrohten Exekution gegen Aachen zu bewirken. Denn es war unter keiner Bedingung daran zu denken, den Kaiser und den Herzog von Jülich zu der reichsstädtischen Auffassung des Religionsfriedens zu bekehren. Der Kaiser, erfüllt von

den absolutistischen Ideen einer in seiner Person verkörperten Staatsgewalt und durchdrungen von dem Wunsche einer allgemeinen katholischen Restauration, sah es als seine vornehmlichste Pflicht und Aufgabe an, kraft seiner kaiserlichen Autorität die alte Krönungs- und Kaiserstadt, den ersten Sitz des deutschen Reiches, der katholischen Religion zu erhalten. Seine autokratischen Anschauungen standen indessen im umgekehrten Verhältnisse zu seiner Macht. Gezwungen, auf die Stände und nicht in letzter Linie auf die Reichsstädte Rücksicht zu nehmen, da er mit ihren Steuerbeiträgen rechnen musste, durfte er nicht allzu schroff vorgehen, namentlich dann nicht, wenn es den Reichsstädten gelang, sich mit den höheren Ständen des Reiches ins Einvernehmen zu setzen. Anders verhielt es sich in dieser Beziehung mit dem Herzoge von Jülich und der burgundischen Regierung. Es war im höchsten Grade unwahrscheinlich, dass der Herzog von Jülich durch eine reichsstädtische Gesandtschaft sich von seinen beabsichtigten Massnahmen würde abhalten lassen, zumal die Reichsstädte seinen Gesandten soeben noch mit der grössten Geringschätzung behandelt hatten. Auch hielten sich die aus Aachen entwichenen Katholiken in seinem Herzogtume auf und entfalteten hier eine lebhafte Agitation zu Gunsten der katholischen Sache. Gar nicht war vollends daran zu denken, dass die Spanier, welche die Ohnmacht der deutschen Reichsstädte kannten, sich durch deren Parteinahme für Aachen würden davon abhalten lassen, gegen die Stadt feindlich vorzugehen. Gegen den Herzog von Jülich und vor allem gegen die Spanier bedurften die Reichsstädte erst recht des Beistandes ihrer fürstlichen Glaubensgenossen. Sie zu gewinnen, war indessen keineswegs so leicht, da zunächst die allgemeine Schlawheit der Zeit und ganz besonders der innere Zwiespalt des Protestantismus zu überwinden waren. Nunmehr war das Schicksal des Aachener Protestantismus abhängig von der Entscheidung der Doppelfrage, 1. ob es den Reichsstädten gelang, durch ihr diplomatisches Geschick die dem Aachener Protestantismus feindlichen Mächte hinzuhalten und 2. ob sie die protestantischen Fürsten in den Interessenkreis ihrer Politik hineinzuziehen vermochten.

Für den Augenblick war der Herzog von Jülich der gefährlichste Gegner der Aachener Protestanten. Daher machten sich die Deputierten der für die Gesandtschaft an den Herzog von Jülich bestimmten drei Städte Strassburg, Frankfurt und Ulm, mit hinreichender Instruktion versehen, alsbald auf den Weg. Schon am 15.

September trafen sie in Cöln ein, von wo sie den Herzog um sicheres Geleit bitten liessen <sup>108)</sup>. Als sie am 19. die Grenze überschritten, wurden sie von einer bewaffneten Mannschaft ins Geleit genommen und nach Düsseldorf geführt <sup>109)</sup>. Am 21. September wurde ihnen die erbetene Audienz bewilligt. In eindringlichen Worten entwickelten die Gesandten den Standpunkt der Reichsstädte. Wie vorauszusehen war, machten sie auf den Herzog nicht den geringsten Eindruck. Dieser berief sich auf die kaiserlichen Mandate, die zugleich seinen Interessen vollkommen entsprachen. Ja, er scheute sich nicht, der Abordnung fast sämtlicher Reichsstädte unverhohlen mit der sofortigen Exekution für den Fall des fernem Ungehorsams der Aachener zu drohen. Dass diese Drohung keine leere Phrase war, sollten die Abgeordneten bald erfahren. Diese feindliche Gesinnung des Herzogs setzten sie zum guten Teil auf die Rechnung der ausgewichenen Katholiken. Sie baten daher den Herzog um Geleite bis zur Stadt Aachen, da sie beabsichtigten, hauptsächlich zwischen diesen Katholiken und den Protestanten in der Stadt einen Vergleich zu versuchen, eine Absicht, die bei dem scharfen Gegensatz der Parteien wenig Aussicht auf Erfolg bot.

Der Herzog war nun zwar bereit, die Gesandten durch eine bewaffnete Mannschaft nach Aachen geleiten zu lassen, aber nicht bloss bis zur Grenze des herzoglichen Gebietes, sondern bis mitten in die Stadt. Da aber den reichsstädtischen Gesandten nicht unbekannt war, dass der Herzog mit Aachen auch wegen des Geleitsrechtes durch die Stadt und deren Gebiet in heftigem Streite lag, so lehnten sie die Geleitmannschaft unter der vom Herzoge gestellten Bedingung ab. Sie waren keineswegs gesonnen, dessen Ansprüche, wenn auch nur scheinbar, durch Annahme des Geleites anzuerkennen und brachen so ohne ein solches vom Hoflager des Jülichers auf <sup>110)</sup>.

---

<sup>108)</sup> Diesem und dem Folgenden liegt der Bericht Hochfelders über die Gesandtschaft an den Herzog von Jülich, die Stadt Aachen und den Kaiser zu Grunde. Protokoll des Heilbronner Städtetages. St. A. A.

<sup>109)</sup> Das Protokoll des Heilbronner Städtetages nennt ausdrücklich Düsseldorf, anders Hansen, der „Aachener Ratswahlen a. a. O. S. 233“ die Verhandlungen in Hambach stattfinden lässt.

<sup>110)</sup> Vgl. Pauls, Geleitsrechte des Herzogs von Jülich im Jülichischen und in Aachen: Aus Aachens Vorzeit Bd. XVII, S. 63 und S. 100.

An der Grenze des Aachener Gebietes angelangt, wurden sie von etlich hundert Hakenschützen in die Stadt geleitet, nicht ohne dass es vorher wiederum zu Streitigkeiten mit dem herzoglichen Vogt des Geleitsrechts wegen gekommen wäre. In der Stadt nun entfalteten die Gesandten alsbald eine rege Tätigkeit, um den Frieden wiederherzustellen. Sie suchten eben dadurch, dass sie die in erbitterter Feindschaft sich gegenüberstehenden Parteien versöhnten, die Grundlage für einen günstigen Verlauf der weiteren Verhandlungen zu gewinnen. Der Herzog von Jülich und der Kaiser, so mochten sie wohl denken, würden sich schon beruhigen, wenn die Aachener Katholiken selber in einem Vergleiche die Neuerungen in der Stadt anerkannt und ihre Agitation gegen sie eingestellt hätten. Auf Anregung der städtischen Deputierten schickte daher der Aachener Rat zu den Ausgewichenen und liess sie freundlich bitten, wieder in die Stadt zurückzukehren. Ja, der unermüdliche Paul Hochfelder, den wir auch hier wiederum an der Spitze sehen, unterzog sich am 23. September, als er kaum in der Stadt angelangt sein konnte, von Bonifazius Kolyn begleitet, der Mühe, persönlich die politischen und religiösen Gegner der Protestanten aufzusuchen, um sie mit dem ganzen Einfluss seiner Persönlichkeit zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Doch hartnäckig lehnten diese ab und liessen sich schliesslich nur zu dem Versprechen herbei, am folgenden Montag in dem nahe bei Aachen gelegenen Burtscheid sich einzufinden zu wollen. Nur widerwillig hatten die Ausgewichenen dieses Versprechen gegeben. Als daher die Städtedeputierten nicht pünktlich zu der bestimmten Zeit in Burtscheid sich einfanden, sondern zuvor die dorthin gekommenen Ausgewichenen durch eine Abordnung nochmals dazu einluden, die Stadt selber zu betreten, da verzichteten diese auf alle weiteren Unterhandlungen und reisten mit der Erklärung, dass sie keine Lust verspürten, mit Gefahr ihres Lebens in die Stadt zu kommen, wiederum ab. Der Rat liess durch seine beiden Mitglieder Bonifazius Kolyn und Dietrich Heusch seine Bitte wiederholen und die Ausgewichenen nochmals ersuchen, im Interesse des Friedens und um ihrer Weiber und Kinder willen wenigstens noch einmal in Burtscheid sich einzufinden. Vergeblich. Die Ausgewichenen hielten den beiden Abgesandten des Rates die Abschriften der scharfen kaiserlichen Mandate vor und setzten so nach Ansicht ihrer Gegner die Hoffnung

zur Unterdrückung ihres eigenen Vaterlandes auf die kaiserliche Majestät <sup>111)</sup>. Und hierin hatte man so Unrecht nicht. Die Katholiken vermieden ängstlich jeden Vergleich, da sie sich dessen wohl bewusst waren, dass sie selber von einem solchen wenig oder gar keinen Nutzen haben würden, während er für ihre Gegner eine Anerkennung ihrer in der Stadt gemachten Errungenschaften bedeutete. So waren die Unterhandlungen mit den Ausgewichenen resultatlos im Sande verlaufen. Und doch war eine Einigung sämtlicher Bürger in der Stadt eine der ersten Voraussetzungen für die sichere und gedeihliche Weiterentwicklung des Protestantismus in Aachen. Denn die ausgewichenen Katholiken richteten Beschwerde über Beschwerde an den Kaiser und den Herzog von Jülich, diese zu energischen Massregeln wider die widerspenstige Stadt auffordernd. Es nimmt daher kein Wunder, dass sie von ihren protestantischen Mitbürgern als Verräter an ihrem eigenen Vaterlande bezeichnet wurden, die gar mit dem Plane umgingen, dem Herzoge von Jülich die Stadt in die Hände zu spielen.

Nachdem also die Ausgleichsversuche mit den ausserhalb der Stadt befindlichen Katholiken zu keinem Resultate geführt hatten, suchten die reichsstädtischen Gesandten wenigstens eine Aussöhnung der innerhalb der Stadtmauern wohnenden Parteien zu erreichen. Durch ihre Bemühungen wurde am 4. Oktober das Pacificationsedikt erneuert, und dem Aachener Brauch entsprechend, mit der Schelle öffentlich verkündet. Zwischen Katholiken und Protestanten sollte in Zukunft Friede und Eintracht herrschen, die gegenseitig zugefügten Schmähungen sollten in das Buch der Vergessenheit geschrieben werden; allen Zuwiderhandelnden wurde angedroht, dass sie als „turbatores und zerstorer“ gemeinen Friedens unnachsichtlich bestraft werden würden <sup>112)</sup>.

Allen Bemühungen der reichsstädtischen Gesandten aber gewissermassen zum Hohne erliess an demselben Tage der Herzog von Jülich „aus sondern, hochbewegenden Ursachen zue handhabung“ seiner „gerechtigkeit und des heiligen reichs constitution und religionsfriedens“ gleichfalls ein Edikt, durch welches die

---

<sup>111)</sup> Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.

<sup>112)</sup> Wahre erzellung und anzeig etc. Aach. Stadtarch. Religionsunruhen. Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A. P. a Beeck I. c. p. 284. Hansen, Aachener Ratswahlen a. a. O. S. 233 ff. Schreiben der Städtedeputierten an den Herzog von Jülich, Cöln, den 14. Oktober 1581. St. A. A.

Gewaltmassregeln gegen die Stadt Aachen eröffnet wurden <sup>113</sup>). Alle zur Stadt führenden Pässe und Wege wurden besetzt, den Aachener Kaufleuten die Waren weggenommen und die für Aachen bestimmten Proviantwagen nach Jülich geführt. Zugleich wurden die Untertanen des Aachener Reichs, die in ihrer Mehrheit dem katholischen Glauben treu ergeben geblieben waren, nach Würselen, einem zum Aachener Gebiete gehörigen Dorfe, beschieden, allwo ihnen befohlen wurde, den Aachener Rat in Zukunft nicht mehr als Obrigkeit zu erkennen und ihm fürderhin die Abgaben zu verweigern, ein Befehl, dem, so widerrechtlich er war, alsbald Folge gegeben wurde. Die Renten, welche Aachener Bürger aus dem Gebiete des Herzogs bezogen, blieben diesen bis auf weiteres vorenthalten. Zugleich wurden die Untertanen im Aachener Reich vom Herzoge in Eid und Pflicht genommen. Seinem Vogt in der Stadt aber befahl er, die Administration der Justiz einzustellen, wodurch die inneren Verhältnisse in der Stadt in die grösste Unordnung gerieten, derart zwar, „das es bei den haiden und Türken kaum erhört“ war <sup>114</sup>). Dieses Vorgehen des Herzogs gegen Aachen war offenkundiger Landfriedensbruch, da es, ohne dass irgendwie ein rechtliches Erkenntnis gegen die Stadt ergangen wäre, erfolgte. Es war zudem ein Schlag, den der Herzog gegen die Reichstädte insgesamt führte, deren Proteste wirkungslos verhallten: wahrlich ein Beweis für die Desorganisation des deutschen Reiches und die beispiellose Ohnmacht der Städte.

---

<sup>113</sup>) Des f. Gilchischen widerruefung des edicts de dato den 11. martii a<sup>o</sup> (15)82. St. A. A. Vgl. ferner Lau, Buch Weinsberg Bd. III, S. 110. Interessant ist folgende Stelle: „Man sagt, er (der Herzog) freihete die stat zum gulcher lande, were nit umb der religion zu doin, dan umb das rich von Aich, dweil er die van Wesel, Duisburch, ander mehe stet, amter, dorfer mit der ander religion leis passeren und die nit angriffe.“ Der Herzog hatte überhaupt nicht die Kraft, den Protestantismus in seinen eigenen Landen auszurotten, Ritter a. a. O. Bd. I, S. 563. Keller a. a. O. Bd. I, S. 31 ff. und S. 36. Ob der Herzog in der Tat danach strebte, die Reichstadt Aachen und deren Gebiet seinem Lande einzuverleiben, ist eine Streitfrage, die sich nicht leicht entscheiden lässt. Jedenfalls aber ist es verfehlt, den Behauptungen seiner Gegner ohne weiteres Glauben beizumessen. Über das Edikt siehe Hansen, Kriegsdrangsale Aachens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. VII, S. 78. Müller a. a. O. S. 269. Häberlin a. a. O. Bd. XII, S. 534 irrt, wenn er das Edikt auf direkten kaiserlichen Befehl zurückführt.

<sup>114</sup>) Summarischer bericht, was seidt etc. St. A. A.



Dass die reichstädtischen Gesandten beim Herzoge keine Sinnesänderung bewirkt hatten, konnte kaum entmutigend auf sie wirken, da dies ja vorauszusehen gewesen war. Es war den Reichsstädten nur darauf angekommen, durch ihr Eintreten für Aachen Zeit zu gewinnen, um inzwischen eine Koalition mit den höheren protestantischen Ständen anzubahnen. Dass man aber herzoglicherseits ihre Politik durchschaut und ihnen durch die Eröffnung der Gewaltmassregeln gewissermassen einen Strich durch die Rechnung gemacht hatte, war die erste wirkliche diplomatische Niederlage, welche die Reichsstädte erlitten. Es war ihnen nicht gelungen, bis zum Beginn des Reichstages die Exekution aufzuschieben.

Alles dies geschah, als die reichsstädtischen Gesandten noch in Aachen weilten. Sie wandten sich noch einmal an den Herzog und baten um eine zweite Audienz. Doch da ihnen das Geleit verweigert wurde, traten sie — indes die Gewitterwolken über der bedrängten Stadt immer bedrohlicher sich zusammenzogen, indem auch die burgundische Regierung nur auf den Augenblick lauerte, ihre zügellosen Truppen gegen Aachen marschieren zu lassen — die Rückreise an und begaben sich wieder nach Cöln.

Auf dem Städtetage zu Speier war ihnen freilich der Auftrag erteilt worden, auch an den Hof des Bischofs von Lüttich, Ernst von Baiern, sich zu begeben. Aber sie sahen ein, dass sie bei diesem nicht mehr Erfolg haben würden, als beim Herzoge von Jülich. Sie beschränkten sich deshalb darauf, zumal der Bischof bei weitem nicht so gefährlich war wie der Herzog, diesem ein Schreiben zukommen zu lassen, durch das sie ihn im Namen der Reichsstädte aufforderten, gegen die Stadt Aachen nichts Feindliches zu unternehmen. Es drängte zudem die reichsstädtischen Abgeordneten, an den kaiserlichen Hof zu gelangen, um hier ein die Exekution des Herzogs aufhebendes Mandat zu erwirken. Zu diesem mochten sie sich um so mehr Hoffnung machen, als sie wussten, dass der Kurfürst Ludwig von der Pfalz in der Aachener Angelegenheit beim Kaiser bereits vorstellig geworden war und ihnen seine weitere Unterstützung in sichere Aussicht gestellt hatte.

Doch zuvor wollten sie noch ein näher liegendes Mittel versuchen. Da nämlich der Cölner Rat beim Herzoge von Jülich in sonderer Gunst stand, so baten sie ihn, sich bei diesem für die Aachener zu verwenden und ihn zu mahnen, sich der weiteren Tätlichkeiten bis zu des Kaisers

endgültigem Urteil zu enthalten. Allein der Cölner Rat lehnte es ab, diesem Wunsche zu entsprechen, offenbar deshalb, weil er selbst das mächtige Aufkeimen der reformierten Gemeinde innerhalb seiner eigenen Mauern mit allen Mitteln zu unterdrücken suchte. Auch gegen den Versuch der reichsstädtischen Gesandten, den Cölner Protestanten das „exercitium religionis“ zu verschaffen, nahm er eine ablehnende Haltung ein, da er nicht mit Unrecht befürchten mochte, die Aachener Vorgänge könnten sich in Cöln wiederholen <sup>115)</sup>.

Nachdem dieser Versuch der reichsstädtischen Abgeordneten, die bereits ins Werk gesetzte Exekution wieder rückgängig zu machen, fehlgeschlagen war, wandten sie sich am 14. Oktober selber noch einmal schriftlich an den Herzog. Wiederum schrieben sie die eigentliche Urheberchaft an den Gewaltmassregeln des Herzogs den ausgewichenen Katholiken zu, die nach ihrer Auffassung ihre Handlungsweise schwerlich vor Gott dem Allmächtigen rechtfertigen konnten. Geflissentlich hatten diese die Behauptung aufgestellt, dass der Kaiser den Rat in Aachen nicht mehr anerkenne. Für diese Behauptung bezogen sie sich auf das kaiserliche Mandat vom 17. August, das schlechtweg an die Stadt Aachen adressiert war und nicht mit der gewöhnlichen Anrede: „ehrsame, liebe, getreue“ begann. In ihrem Schreiben vom 14. Oktober nahmen die reichsstädtischen Abgeordneten zu diesen Ausstreuungen Stellung, indem sie mit dem Originale leicht beweisen zu können vorgaben, dass diese von den Katholiken aufgestellte Behauptung unwahr sei <sup>116)</sup>. In flehentlichen Worten baten sie dann den Herzog nochmals, doch um der gesamten Reichsstädte willen von der Exekution bis zu des Kaisers letztem Urteil abzustehen <sup>117)</sup>. Alles war vergeblich. Die Gewaltmassregeln des

---

<sup>115)</sup> Vgl. Lau, Buch Weinsberg Bd. III, S. 110 ff. Keussen a. a. O. S. 27 ff.

<sup>116)</sup> In zwei anscheinend von einander unabhängigen Kopien des genannten Mandates fehlt die übliche Anrede. Desgleichen in den kaiserlichen Schreiben vom 20. September und 4. November; zuletzt findet sie sich in dem Schreiben vom 21. Juni. Sämtliche Schreiben sind enthalten in den St. A. A. In einem Schreiben der Aachener Ausgewichenen an den Heilbronner Städtetag (28. März 1582) beklagen diese sich heftig, dass die Städtedeputierten „durch ein sonderbar schreiben“ sie „hochschmechlichen anzuzepfen und iniurirn sich vermeintlich gelusten lassen“. Nie und nimmer könnten sie glauben, dass den Städtedeputierten hierzu ein Auftrag gegeben worden sei. St. A. A.

<sup>117)</sup> Schreiben der Städtedeputierten an den Herzog von Jülich, Cöln, den 14. Oktober 1581. St. A. A.

Herzogs bedrängten die Stadt nach wie vor. Nachdem die Gesandten nun noch die Aachener schriftlich zur Geduld und Standhaftigkeit ermahnt hatten, nahmen sie ihren Weg nach Heidelberg, dem Kurfürsten Bericht zu erstatten. Auch an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg wandten sie sich schriftlich um Intercession am kaiserlichen Hofe. Denn nachgerade musste ihnen zum Bewusstsein gekommen sein, dass die Städte allein nie und nimmer etwas erreichen konnten.

Auf dem Städtetage zu Speier war die Gesandtschaft an den Kaiser den beiden Städten Strassburg und Regensburg übertragen worden. Da es aber „wenig ansehens“ hatte, wenn nur die Vertreter zweier Städte am kaiserlichen Hofe erschienen, so entschloss sich Hochfelder, auch noch Ulm und Frankfurt um Deputierte zu bitten. Ulm, das sich an der Gesandtschaft zum Hofe des Herzogs von Jülich und nach Aachen beteiligt hatte, lehnte diesmal ab, wahrscheinlich weil es nicht des Kaisers Ungnade auf sich ziehen wollte, wie ja auch Augsburg zur Teilnahme an der Gesandtschaft aus politischen Gründen sich nicht entschliessen konnte.

Als die reichsstädtischen Abgeordneten am 17. Dezember in Prag anlangten, hatte sich der Kaiser eben nach Wien begeben. Sie folgten ihm dorthin und brachten am 8. Januar ihre Werbung schriftlich und mündlich vor. Der Kaiser indessen entzog sich den Verhandlungen mit ihnen und begab sich am 12. Januar nach Pressburg. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dem Kaiser bei seinem verschlossenen Charakter eine Begegnung mit den reichsstädtischen Gesandten wenig angenehm war und er ihnen infolgedessen auszuweichen suchte <sup>118)</sup>. Er sah die Parteinahme der Reichsstädte für die „rebellische Stadt“ als einen Eingriff in seine Hoheitsrechte an und war keineswegs gewillt, sich in seinen politischen und religiösen Massnahmen von den Reichsstädten irgendwelche Vorschriften gefallen zu lassen. Nur im Vertrauen auf die Kombination der politischen Verhältnisse — der Reichstag stand bevor, und der Kaiser bedurfte der Türkensteuer — durften die reichsstädtischen Gesandten es überhaupt wagen, an ihn die untertänigste Bitte zu richten, gegen Aachen endlich mildere Saiten aufzuziehen und die Exekution seiner Mandate wenigstens bis zum

---

<sup>118)</sup> Vgl. hierzu die Charakteristik Rudolfs bei Ritter a. a. O. Bd. I, S. 582 ff. Droysen a. a. O. S. 298.

nächsten Reichstage aufzuschieben. Wie so häufig damals — eine Folge des religiösen Gegensatzes zwischen Katholiken und Protestanten — befand sich dieser Schattenkaiser in einem höchst unbequemen Dilemma. Empfing er die reichsstädtischen Gesandten und gab er ihren Forderungen nach, so verleugnete er seine eignen Prinzipien und musste zudem befürchten, seine kaiserliche Autorität vollends einzubüssen. Lehnte er aber die Forderungen fast sämtlicher Reichsstädte ab, dann geriet er in Gefahr, dass diese ihm die Türkensteuer auf dem bevorstehenden Reichstage verweigerten. Aus dieser trostlosen Lage wusste er anscheinend keinen anderen Ausweg, als zunächst einer Begegnung mit den Gesandten auszuweichen, um diese möglicherweise zu ermüden und zu veranlassen, den Heimweg anzutreten, ohne dass er gezwungen war, ihnen eine direkt ablehnende Antwort zu erteilen. Aber die Städtedeputierten hatten ein ebenso grosses Interesse daran, den Kaiser umzustimmen und eine für Aachen günstige Antwort zu erlangen, um den benachbarten Fürsten, die sich auf des Kaisers Mandate zu stützen vorgaben, auch den Schein eines rechtlichen Vorgehens zu benehmen. Geduldig folgten sie darum dem Kaiser nach Pressburg.

Auch die Aachener Protestanten hatten eine Deputation, bestehend aus den Ratsmitgliedern Bonifazius Kolyn, Peter Vercken und Dietrich Hillensberg an den kaiserlichen Hof abgeordnet, um die Bestrebungen der reichsstädtischen Gesandten zu unterstützen. Da aber die Katholiken fürchteten, der Kaiser könnte seinen bisherigen Standpunkt verlassen, so schickten sie gleichfalls eine Abordnung, nämlich den Dechanten Franz Fuchs, den im vorigen Jahre ihrerseits gewählten Bürgermeister Albrecht Schrick und den Sekretär Johann von Thenen <sup>119)</sup>.

Da die reichsstädtischen Gesandten trotz aller Bemühungen nicht zum Ziele kamen, verehrten sie dem Vizekanzler die für die damalige Zeit recht hübsche Summe von 200 Gulden, die wohl ihre Wirkung nicht verfehlt haben werden <sup>120)</sup>. Auch hatte inzwischen der Kurfürst Ludwig von der Pfalz ein energisches Wort im Interesse des Aachener Protestantismus gesprochen und dem Kaiser mit der Opposition der

---

<sup>119)</sup> Wahre erzellung und anzeig etc. Aach. Stadtarch. Religionsunruhen, fasc. I. P. a Beeck I. c. p. 285.

<sup>120)</sup> Ein gewisser Dr. Bailen erhielt von den reichsstädtischen Gesandten 100 Gulden. Protokoll des Heilbronner Städtetages. St. A. A.

protestantischen Stände auf dem bevorstehenden Reichstage gedroht. So wurde denn am 19. Januar den reichsstädtischen Gesandten ein kaiserliches Dekret zugestellt, durch welches ihnen der Kaiser zwar einige Zugeständnisse machte, im übrigen aber seinem Unwillen über der Städte Vorgehen ziemlich unverhohlenen Ausdruck gab. Namentlich wurde es übel vermerkt, dass die reichsstädtischen Gesandten in „ihrer Majestät und des Reiches Stadt“ gewesen waren und daselbst ihrer Majestät Anordnungen „in disputation zu ziehen und darwider die underthanen zue sterken“ sich angemasst hatten. Des Kaisers Unwillen zu besänftigen, sahen sich die Gesandten veranlasst, dem Vizekanzler eine Replik zu übergeben, nicht ohne freilich zu befürchten, hierdurch des Kaisers Zorn noch mehr zu reizen. Daher stellten sie es dem Belieben des Vizekanzlers anheim, sie zu übergeben oder nicht; und die reichsstädtischen Gesandten atmeten erleichtert auf, als sie vernahmen, dass des Kaisers Zorn sich „allergnädigst etwas“ gelegt hatte. Trotz seines Unwillens sah sich der Kaiser in dem Bestreben, dem oben kurz angedeuteten Dilemma zu entgehen, denn doch andererseits zu Konzessionen an die Reichsstädte genötigt. Unfähig, sich zu einem energischen Entschlusse aufzuraffen, suchte er nach einem Auswege und versprach, in nächster Zeit eine neue, mit hinreichenden Vollmachten ausgestattete Kommission nach Aachen zu entsenden. Daneben erklärte er sich in stark verklausulierten Worten bereit, die benachbarten Fürsten aufzufordern, von der Exekution abzustehen <sup>121)</sup>.

Das Programm der reichsstädtischen Politik aber war nunmehr zum Teil wenigstens verwirklicht. Zwar hatte der Herzog von Jülich sich nicht an die Vorstellung der reichsstädtischen Abgeordneten gestört,

---

<sup>121)</sup> Der kays. maj. decret der e. stett deputierten gesandten, den 19. januarii anno (15)82 gegeben. St. A. A. Häberlin a. a. O. Bd. XII, S. 408 ff. In dem Dekrete entschloss sich der Kaiser „in kurzem etlich ire ansehenliche commissarien von newen dahin (sc. nach Aachen) abzufertigen mit sollichem bevelch und gewalt, das ired Versehens ein und der ander teil zu gebur wol benuegig und zufrieden sein wird künden, daneben auch die benachpaurten, welche, wie geclagt, irer sondern ansprach wegen gegen denen von Ach allerlei furgenommen, als gleich schriftlich zu ersuchen, ungezweivelt, wavern sich allain die von Ach ir thails auch der gebur erzaigen, sy werden ir kais. maj. zu gehorsamen ehren gegen ihnen in ruche steen und ferner nichts beschwerlichs furnemen.“ Wie wir gleich sehen werden, hatten nunmehr auch der Bischof von Lüttich und der Prinz von Parma die Gewaltmassregeln gegen Aachen begonnen.

aber es war doch Hoffnung vorhanden, dass er auf Grund des kaiserlichen Erlasses vom 19. Januar seine Gewaltmassregeln einstellen würde. Bis die beabsichtigte Kommission, von der freilich für die Aachener Protestanten nicht viel zu erwarten war <sup>122)</sup>, zusammentrat, verging jedenfalls eine Reihe von Monaten. Inzwischen aber rückte der Termin des Reichstages immer näher. Gelang es bis dahin den Gesandten, die höheren protestantischen Stände für ihre Politik zu gewinnen, dann waren die besten Aussichten zu einer für die Protestanten günstigen Regelung der Aachener Verhältnisse vorhanden. Immer energischer drängte sich darum den reichsstädtischen Gesandten die Forderung auf, mit den protestantischen Fürsten ins Einvernehmen zu gelangen. Hatte man vor allem Sachsen und Brandenburg gewonnen, dann konnte man der übrigen Fürsten ziemlich sicher sein. Denn nur an der Politik dieser beiden, namentlich aber des sächsischen Kurfürsten, waren in den letzten Jahrzehnten die protestantischen Forderungen gescheitert. Zwar hatte der Kurfürst von Sachsen, der es überhaupt geliebt zu haben scheint, eine zweideutige Politik zu treiben <sup>123)</sup>, in der Aachener Angelegenheit einen Boten an den Kaiser gesandt, aber von einem besondern Eifer für die Aachener Protestanten und die reichsstädtischen Interessen war sehr wenig zu spüren <sup>124)</sup>. Trotzdem verzagten die reichsstädtischen Abgeordneten nicht. Da sie des Kurfürsten von der Pfalz sich versichert halten konnten, wandten sie sich abermals an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und baten sie, der

---

<sup>122)</sup> Dass der Kaiser in der Tat an wirkliche Zugeständnisse nicht dachte, sondern nur die im Reiche zu Gunsten der Aachener Protestanten sich bemerkbar machende Bewegung im Hinblick auf den bevorstehenden Reichstag beschwichtigen wollte, geht hervor aus der Antwort, die am gleichen Tage der Deputation der Katholiken erteilt wurde und die überaus gnädig lautete. In ihr wies er ausdrücklich auf seine vielfältigen Bemühungen hin, den Katholizismus zu restituieren, und er liess ziemlich unverhohlen durchblicken, dass nur die ungünstigen politischen Zeitströmungen seiner sofortigen Restitution im Wege ständen. St. A. A. Siehe auch Meyer a. a. O. S. 482.

<sup>123)</sup> Vgl. seine höchst zweideutige Stellung im Cölner Kriege. Droysen a. a. O. S. 324 ff.

<sup>124)</sup> Dies kann man daraus schliessen, dass das Protokoll des Heilbronner Städtetages von einem besonderen Eifer des Kurfürsten nichts meldet. Es ist dies freilich ein Schluss e silentio, aber er wird durch fast gleichzeitige Schreiben des Kurfürsten und seine spätere Haltung bestätigt.

bevorstehenden kaiserlichen Kommission einige Räte zuzuordnen<sup>125)</sup>. Vorerst konnten die reichsstädtischen Abgeordneten zufrieden sein, wenn sie diesen beiden ein grösseres Interesse für die Aachener Sache einflössten. Als die reichsstädtischen Gesandten auf ihrer Rückreise in Nürnberg anlangten, kam ihnen Kunde von den weiteren Vorgängen in Aachen, die geradezu niederschmetternd auf sie wirken musste. Der Herzog von Jülich, nicht zufrieden damit, der Stadt selber feindlich zuzusetzen, hatte auch noch den Abt von Kornelimünster, Nikolaus von Vorstheim<sup>126)</sup>, aufgefordert, den Aachenern die Zugänge abzusperren und der Stadt die Zufuhr abzuschneiden, eine Aufforderung, der dieser sofort nachkommen zu müssen glaubte. Gegen die von den Reichsstädten angestrebte Koalition der protestantischen Stände rief der Herzog die Spanier ins Land<sup>127)</sup>. Doch dessen hätte es gar nicht bedurft. Schon längst hatten diese darauf gewartet, ihren Forderungen, denen die Stadt bisher in keiner Weise entsprochen hatte, mit den Waffen den nötigen Nachdruck geben zu können. Anfang Dezember begannen sie ihre Massnahmen. Der Gubernator der in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegenen limburgischen Lande, Claudius von Wittem, Herr zu Reissbroik, liess seine raublustige Soldateska plündernd in das Aachener Gebiet einfallen. Diese streifte bis an die Stadttore und nahm den Aachener Bürgern unter unerhörten Gewalttätigkeiten ihre Habe fort. In dieser Not wandte sich der Aachener Rat in wiederholten Schreiben an den Prinzen von Parma, um von ihm einen die feindlichen Massnahmen des Limburger Gubernators aufhebenden Gegenbefehl zu erlangen. Gewissermassen als Antwort beruft Reissbroik die Landstände des Limburger Landes auf die nur wenige

---

<sup>125)</sup> Protokoll des Heilbronner Städtetages vom 9. April 1582. St. A. A. Wie aus dem Schreiben der Städtedeputierten an den Kurfürsten von Sachsen (Nürnberg, den 7. März 1582) hervorgeht, erfolgte das jetzige Schreiben am 14. Februar.

<sup>126)</sup> Über diesen vgl. Schorn, *Eiflia sacra* oder Geschichte der Klöster und geistlichen Stiftungen der Eifel, Bonn 1889, Bd. I, S. 407. R. Goecke, Aachener Prozesse am Reichskammergericht: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. X, S. 45. Die Namensform, Vorstheim oder Vossheim, steht nicht fest.

<sup>127)</sup> Müller a. a. O. S. 269. Auch der Bischof von Lüttich beteiligte sich an den Repressalien gegen Aachen. P. a Beeck I. c. p. 286: *ineunte iam anno 1582 auctoritate Caesarea Aquenses per regios milites ab Ernesto praesule Eburonum submissos obsidentur et infestantur*. Vgl. auch Lau, Buch Weinsberg Bd. III, S. 122.

Stunden von Aachen gelegene Feste Limburg und lässt ihnen ansagen, dass man nunmehr gegen Aachen Ernst machen werde. Diejenigen, die in der Stadt etwas zu verlieren hatten, wurden aufgefordert, ihre Habe von dort wegschaffen zu lassen. Die Stadt wurde nunmehr eingeschlossen, indem die in ihrer Umgebung liegenden festen Plätze und Schlösser mit Erlaubnis der Besitzer besetzt wurden. Wo letztere nicht zu erlangen war, da brauchte man einfach Gewalt. Am 29. und 30. Dezember ward die Einschliessung vollendet.

Da nun aber die Stadt trotz jener Massnahmen der burgundischen Regierung auf ihrem Standpunkte verharrte, wollte diese zum äussersten schreiten. Grobes Geschütz stand nicht allzu weit von Aachen entfernt in Maastricht und auf der Feste Limburg. Auf dieses wies der Gubernator am 10. Januar hin und drohte, es gegen die Stadt auffahren zu lassen <sup>128)</sup>. Wenn er trotzdem von der Verwirklichung dieser Drohung absah, so geschah dies nur deshalb, weil er die politischen Verwickelungen fürchten mochte, die sich aus einem derartigen Vorgehen ergaben. Auch kamen ihm oder vielmehr dem Prinzen von Parma bald von kaiserlicher Seite Schreiben abmahnenden Inhaltes zu.

Nichtsdestoweniger hatte Aachen unter den Gewalttaten der spanischen Truppen, die für Recht und Gerechtigkeit wenig Verständnis besaßen, ihrer Zügellosigkeit und Roheit wegen aber weit und breit verrufen waren, schrecklich zu leiden. Die der Stadt gehörigen Kupfermühlen wurden niedergebrannt, die Aachener Bürger, wo man ihrer habhaft werden konnte, gefangen genommen, die Frauen und Jungfrauen aus dem Aachener Reich in schamlosester Weise geschändet <sup>129)</sup>. Im Innern der Stadt stieg die Erbitterung gegen die ausserhalb befindlichen Katholiken auf das höchste, indem man diesen alle Schuld zuschob. Nur unter der Bedingung, dass sie sich dem

---

<sup>128)</sup> Summarischer bericht, was seitd etc. St. A. A. Aachen schrieb an Frankfurt am 14. und 31. Dezember 1581, an Nürnberg am 23. und 30. Januar, sowie am 5. und 11. Februar 1582, desgleichen, wie aus dem letztgenannten Schreiben hervorgeht, an Speier, Strassburg und den Kurfürsten Ludwig von der Pfalz. Die Schreiben vom 31. Dezember 1581 und vom 11. Februar 1582 finden sich in den St. A. A. Sie bilden neben dem Schreiben Aachens an den Städtetag zu Heilbronn vom 22. März 1582 (gleichfalls in den St. A. A.) eine wichtige Quelle für das Folgende. Lau, Buch Weinsberg Bd. III, S. 122.

<sup>129)</sup> Summarischer bericht, was seitd etc. St. A. A. Schreiben Aachens an Nürnberg vom 11. Februar 1582. Ebenda.



Rate unterwarfen, war es ihnen gestattet, die Stadt zu betreten. Den Torwächtern war der scharfe Befehl erteilt worden, keinen der auswärtigen Katholiken in die Stadt einzulassen, der sich nicht „gleich einem Übelthäter“ zwischen zwei Soldaten von der Stadt Tor bis auf das Rathaus führen liess, um hier festiglich und mit Handschlag zu versprechen, die Gewalthaber der Stadt als rechtmässige Obrigkeit anzuerkennen <sup>130)</sup>.

Keineswegs dachten die Aachener Protestanten an Unterwerfung, im Gegenteil, sie nahmen eine Anzahl welscher Söldner in die Stadt auf, unbekümmert um die harte Kontribution, die sie deswegen den Bürgern auflegen mussten. Denn man gab sich der Hoffnung hin, die Stadt wenigstens solange halten zu können, bis auswärtige Hülfe ankäme. Als diese indessen länger auf sich warten liess, als man gedacht hatte, und die äussere Bedrängnis immer unerträglicher wurde, da unternahmen die Aachener am 19. März einen Handstreich, stürmten das in der Nähe der Stadt gelegene Schloss Kalkofen und metzelten in ihrem Bürgerzorn die spanische Besatzung bis auf einen Mann nieder <sup>131)</sup>. Schon einige Tage früher hatte der Herzog von Jülich sein Edikt auf die Weisung des Kaisers hin zurückgenommen <sup>132)</sup>. Hierdurch war nun zwar die Lage der Stadt einigermassen erleichtert worden; aber der Herzog hatte gedroht, dass er für den Fall, dass die Aachener der bevorstehenden kaiserlichen Kommission nicht strikten Gehorsam leisteten, die Gewaltmassregeln sofort wieder beginnen würde. Auch der Gubernator zog nach der erlittenen Schlappe seine Truppen, die denn doch zu schwach waren, der erbitterten Bürgerschaft Aachens ernstlich standzuhalten, von den bei der Stadt gelegenen festen Plätzen zurück. Allein in einer Entfernung von bloss einer Meile von der Stadt liess er sie ein festes Lager beziehen und die Bürgerschaft nach wie vor beunruhigen. Ja, er entbot der Stadt, dass er

---

<sup>130)</sup> Hansen, Kriegsdrangsale Aachens a. a. O. S. 73 ff. Boos a. a. O. Bd. IV, S. 883. Wahre erzellung und anzeig etc. Aach. Stadtarch., Religionsunruhen, fasc. I. Kurtze und wahre erzellung etc. St. A. A. Der Aachener Ausgewichenen Schreiben an den Heilbronner Städtetag (ohne Ortsangabe) vom 28. März 1582. Ebenda.

<sup>131)</sup> Schreiben der Stadt Aachen an den Städtetag zu Heilbronn vom 22. März 1582. St. A. A. Irrtümlich setzt Müller a. a. O. S. 270, der Relatio historica des Mich. Eytzinger vom Jahre 1583 folgend, die Erstürmuug auf den Anfang des April. Lau, Buch Weinsberg Bd. III, S. 127. Weinsberg gibt den 20. März an.

<sup>132)</sup> Vgl. oben S. 76, Anm. 2.

sich ihrer binnen kurzem bemächtigen und dabei „des kinds an der mueter prust“ nicht schonen werde. Auch hatte er bereits einige Tausend kriegstüchtiger Limburger gemustert, willens, sie gegen die Stadt zu führen, wenn diese sich nicht auf ihre Privilegien, nach denen sie nicht ausser Landes verwandt werden durften, berufen und gegen Aachen zu marschieren geweigert hätten <sup>133)</sup>.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, hatte inzwischen der Kaiser seine Kommission ernannt. Diese war den Kurfürsten Gebhard von Cöln und Johann von Trier, sowie dem Freiherrn Philipp von Winnenburg und dem schon bekannten Philipp von Nassau übertragen worden. Günstig für die Aachener Protestanten war, dass der Gedanke, von der katholischen Kirche abzufallen, bei Gebhard schon feste Gestalt angenommen hatte, wenn die Kunde hiervon auch noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen war <sup>134)</sup>. Angesichts der Parteinahme der Reichsstädte und des Kurfürsten Ludwig von der Pfalz für Aachen hätte man erwarten sollen, dass der Kaiser auch den einen oder andern Vertreter der protestantischen Interessen zu der Kommission gewählt hätte. Dann hätte man vielleicht hoffen dürfen, dass die Protestanten mit dem Gedanken an eine Kommission sich befreundet hätten. Rudolf II. war sich dessen anscheinend nicht bewusst, dass der Protestantismus nun einmal zu einer Macht im Reiche geworden war, mit der er zu rechnen hatte. Nur insofern unterschied sich diese Kommission von den bisherigen, dass die Mitglieder nicht aus den an der Aachener Sache selbst beteiligten Fürsten genommen waren. Allein trotzdem kamen ihr die Aachener, kamen ihr auch die Reichsstädte von vornherein mit dem ausgesprochensten Misstrauen entgegen. In Aachen erzeugten die fortgesetzten kaiserlichen Kommissionen, die klarsten Beweise für die Ohnmacht Rudolfs II., sogar nur Spott und Hohn <sup>135)</sup>. Die zuletzt ernannte war gewissermassen ein Kompromiss, den Rudolf II. mit den Reichsstädten eingegangen war, und krankte

---

<sup>133)</sup> Schreiben Aachens an den Heilbronner Städtetag vom 22. März 1582. St. A. A.

<sup>134)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 570 ff.

<sup>135)</sup> Erlaubte sich doch ein Aachener Bürger, Stass von Segradt, als die zuletzt ernannte Kommission die Verhandlungen der in Aachen zu befürchtenden Unruhen wegen auf den 19. April nach Kornelimünster verlegt hatte, die höhnende Bemerkung: „Es ist do ein kommission angesetzt; wer solte ein katz darumb satteln?“ Aus ästhetischen Gründen mussten wir davon absehen, eine seiner weiteren Äusserungen über die Kommission anzuführen. Kurtze und wahre erzellung etc. St. A. A.

von vornherein an den Halbheiten eines solchen. Rudolf glaubte jedenfalls selber nicht daran, durch eine derartige Kommission Frieden zu stiften, jetzt, nachdem der Streit die schärfste Form angenommen hatte. Er war überhaupt gar nicht gewillt, den Protestanten in Aachen irgendwelche Zugeständnisse zu machen <sup>136)</sup>. Die Aachener wussten dies ganz genau und suchten darum unter jeder Bedingung der Kommission auszuweichen. Ihre ganze Hoffnung setzten sie auf den Reichstag, auf dem sie von einer energischen Opposition der protestantischen Stände die gesetzliche Anerkennung ihrer in der Stadt gemachten Errungenschaften erwarteten. Um so leichter aber konnten sie ausweichen, als sie sich in der Tat mit den protestantischen Ständen des Reiches in Verbindung gesetzt und namentlich bei den Reichsstädten bisher die eifrigste Unterstützung gefunden hatten. Ihre Sache war nunmehr die Sache der gesamten protestantischen Reichsstädte, sodass sie jetzt zu der Erklärung berechtigt waren, ohne deren Zustimmung keine bindenden Zusagen machen zu dürfen <sup>137)</sup>. Da aber ihre Schreiben voraussichtlich auf die zu Kommissaren ernannten Kurfürsten wenig Eindruck machen würden, wandten sie sich am 23. Februar an den Kurfürsten Ludwig von der Pfalz und baten ihn, bei diesen dahin zu wirken, dass sie die Teilnahme an der Kommission ablehnten <sup>138)</sup>. Denn jetzt, da man bis zu diesem Punkte der Opposition gelangt war, da die Unterstützung des gesamten protestantischen Deutschland in Aussicht stand, jetzt galt es auszuharren, um endlich zum Siege zu gelangen <sup>139)</sup>.

Denn der Himmel war zwar noch immer mit Wolken für sie bedeckt; aber sie hofften zuversichtlich, dass die Sonne der Religionsfreiheit bald diese Wolken durchdringen und auch ihnen leuchten würde. In

---

<sup>136)</sup> Vgl. oben S. 83, Anm. 1.

<sup>137)</sup> Schreiben der Aachener Protestanten an die beiden zu Kommissaren ernannten Kurfürsten vom 18. März 1582. St. A. A. Hier heisst es . . . „dieweil dieses werk nunmehr ein gemeine sach, dero sich etliche fürneme churfursten, fursten, und stände und stedt des heyligen reichs, dessen wir ein geringes mitglied, soweit ndernahmen, dass uns ahn zuthun und bey-wesen deren abgesandten und verordneten allein einzulassen keineswegs gepuren will.“ . . .

<sup>138)</sup> v. Bezold, Briefe des Pfalzgrafen Johann Kasimir mit verwandten Schriftstücken, Bd. I, 1576 - 1582, Mannheim 1882, Nr. 328.

<sup>139)</sup> Aachen schrieb an die Kurfürsten von Cöln und Trier am 11., 18. und 22. März, sowie am 5. April. Sämtliche Schreiben sind in den St. A. A. enthalten.

der Tat waren die Aussichten einstweilen wenigstens durchaus nicht ungünstig, da die Städtedeputierteu noch immer in ihrem Sinne eine rege Tätigkeit entfalteten <sup>140)</sup>. Diese waren noch in Nürnberg und verhandelten mit dem dortigen Rate, wie am besten der bedrängten Stadt zu helfen sei. Stets von dem Gefühle der reichsstädtischen Schwäche durchdrungen, hatten sie, durch wiederholte Schreiben von der unglücklichen Lage der Stadt in Kenntniss gesetzt, sich anfangs März abermals an die drei weltlichen Kurfürsten als die vornehmsten Vertreter der protestantischen Sache um Rat und Beistand gewandt. Eindringlich wiesen sie auf die Konsequenzen hin, die sich aus den Gewaltmassregeln der Aachen benachbarten Fürsten nicht nur für diese Stadt, sondern für das gesamte deutsche Reich ergaben <sup>141)</sup>. Hatten doch die Gegner des Protestantismus es gewagt, gegen eine deutsche Reichsstadt, freilich ohne dass sie sich in direktem Gegensatze zum Oberhaupte des Reiches befunden hätten, mitten im Frieden mit feindlichen Massnahmen vorzugehen. Ganz besonders erbittert musste man auf protestantischer Seite sein, dass die verhassten Spanier, damals die erklärten Vorkämpfer des katholischen Systems im nordwestlichen Deutschland, sich fortgesetzt in die inneren Verhältnisse des deutschen Reiches einmischten. Man hätte erwarten sollen, dass auch das protestantische Bewusstsein des Albertiners, des mächtigsten protestantischen Fürsten, sich gegen derartige Übergriffe der katholischen Spanier aufgelehnt hätte, ganz abgesehen davon, dass Spaniens Anmassung, in die deutschen Reichsangelegenheiten bestimmend einzugreifen, seinen patriotischen Zorn hätte entflammen müssen.

Doch den Gesandten ward aus Sachsen eine frostige Antwort zuteil. Wie August von Sachsen behauptete, hatte er zu den friedfertigen Versicherungen des Kaisers volles Vertrauen. Im übrigen verwies er auf die Reichsverfassung, die nach seiner Ansicht klar den Weg zur Gegenwehr zeigte <sup>142)</sup>. Da aber dieser Weg, wie wir gleich sehen werden, nicht gangbar war und man nicht wohl annehmen kann, dass dies dem

---

<sup>140)</sup> Bericht Hochfelders auf dem Städtetage zu Heilbronn. Protokoll des Heilbronner Städtetages. St. A. A.

<sup>141)</sup> Fürbittschreiben der Städtedeputierten für Aachen an den Kurfürsten von Sachsen. Nürnberg, 7. März 1582. St. A. A.

<sup>142)</sup> Antwort des Kurfürsten von Sachsen an die Städtedeputierten vom 18. März 1582. St. A. A.

politischen Scharfblick des Kurfürsten entgangen wäre, so ist wohl die Vermutung gerechtfertigt, dass er überhaupt nicht die Absicht hatte, im Interesse des Aachener Calvinismus zu energischen Massregeln zu schreiten.

Da war doch das Verhalten des Kurfürsten Ludwig von der Pfalz ein ganz anderes. Am 2. Januar war er vom Kaiser ersucht worden, auf dem nächsten Reichstage persönlich zu erscheinen. Bei dieser Gelegenheit hatte er energisch gegen das Vorgehen des Prinzen von Parma und des Herzogs von Jülich Front gemacht. Auch war er entrüstet darüber, dass die Aachener Protestanten am kaiserlichen Kammergericht ohne weitere Begründung abgewiesen worden waren<sup>143)</sup>. Auf das entschiedenste hatte er vom Kaiser verlangt, dass er den Aachen feindlich gesinnten Mächten ihr ungewöhnliches Vorgehen verbiete. Dagegen war er bereit gewesen, sein ferneres Handeln von dem Ausgange eines „ordentlichen“ Verfahrens gegen die Aachener abhängig zu machen. Für den Fall aber, dass der Kaiser nicht Gerechtigkeit walten lassen wollte, hatte er mit der Opposition der protestantischen Stände auf dem nahe bevorstehenden Reichstage gedroht, eine Drohung, die seinerseits wenigstens wahrlich keine leere Phrase war<sup>144)</sup>. Es ist nicht ausgeschlossen und sogar wahrscheinlich, dass das Dekret vom 19. Januar mehr auf diese energische Sprache des Pfälzer Kurfürsten, als auf das Bemühen der reichsstädtischen Gesandten zurückzuführen ist. Dabei war Ludwig von der Pfalz frei von den Bedenken eines Ludwig von Würternberg. Dieser nahm eine kühle Haltung ein und mahnte zur Vorsicht, wenn sich die Behauptung bestätigen sollte, dass es sich in Aachen um den „kalvinistischen Irrtum“ handelte<sup>145)</sup>. Aber nicht nur, dass der Pfälzer die protestantische Sache gegen den Kaiser mit Energie vertrat, er beschickte auch selbst den Prinzen von Parma, den Abt von Kornelimünster und den Bischof von Lüttich.

Desgleichen entfaltete sein kalvinistischer Bruder, der Pfalzgraf Johann Kasimir, in dieser Zeit der allgemeinen Erschlaffung eine

---

<sup>143)</sup> Da die Aachener Sache bereits am kaiserlichen Hofe anhängig war, so schwankte das Kammergericht, ob es auch die Kompetenz habe, dem Wunsche der Aachener Protestanten zu willfahren und die Übergriffe des Jülichers vor sein Forum zu ziehen. Lehmann a. a. O. S. 438.

<sup>144)</sup> v. Bezold a. a. O. Bd. I, Nr. 320; vgl. auch Nr. 306 ebenda.

<sup>145)</sup> Ebenda Nr. 321.

grosse Regsamkeit, er, der überhaupt stets dafür eintrat, die protestantische Sache mit dem Schwerte zu verteidigen. Der französischen und niederländischen Bewegung hatte er ja bereits seinen Arm geliehen. Ihm galt es in der Aachener Sache, „die spanische Tyrannei zu bekämpfen, die an der Ausrottung der evangelischen und deutschen Freiheit arbeite“<sup>146)</sup>. Am 19. Februar schrieb er, sich wohl bewusst, dass Verhandlungen und Drohungen wirkungslos bleiben würden, an Johann von Nassau, dass die angestellten Kreistage wohl kaum zeitig genug Hülfe bringen könnten. Er schlug darum eine eilende Hilfe vor, wobei er auf die Unterstützung des Grafen rechnete. Desgleichen sandte er Schreiben an Worms, Frankfurt und Nürnberg<sup>147)</sup>. Johann Kasimir war also der einzige unter den Fürsten Deutschlands, der den Mut hatte, gegebenenfalls auch ausserhalb des Bodens der bestehenden Reichsverfassung seinen Parteigenossen in Aachen Beistand angedeihen zu lassen. Ihm war es darum zu tun, an die Spitze einer Aktion zum Schutze des durch Spanien in Aachen bedrohten Protestantismus zu treten<sup>148)</sup>.

Aber wie ein Jahr später sich die meisten protestantischen Stände im Cölner Kriege zu keiner Tatkraft aufzuraffen vermochten<sup>149)</sup>, so auch jetzt nicht. Die Städte suchten sich auf die Fürsten zu stützen und diese auf die Städte, und beide verharrten in Tatenlosigkeit, zum Teil eine Folge des gewaltig zwischen Luthertum und Calvinismus klaffenden Gegensatzes, der, immer wieder zum Vorschein kommend, auch auf die Entwicklung der Aachener Sache durchaus zu Ungunsten des Protestantismus wirkte.

Diese zum Teil infolgedessen im protestantischen Deutschland herrschende Zurückhaltung kam denn auch auf den Kreistagen, die der Aachener Sache wegen abgehalten wurden, fortwährend zum

---

<sup>146)</sup> Droysen a. a. O. S. 332.

<sup>147)</sup> v. Bezold a. a. O. Bd. I, Nr. 327.

<sup>148)</sup> Janssen a. a. O. Bd. V, S. 21 ff. Auch im Cölner Kriege war er der einzige protestantische Fürst, der sich der Sache Gebhards mit ehrlichem Eifer annahm. Droysen a. a. O. S. 324. In gleicher Weise fanden einige Jahre später die protestantischen Domherren des Strassburger Kapitels an ihm eine starke Stütze gegen den Bischof und ihre katholischen Kollegen; vgl. A. Meister, Der Strassburger Kapitelstreit 1583 - 1592, Strassburg 1899, S. 141 ff., 315 ff., 872 ff., 398.

<sup>149)</sup> Ritter a. a. O. Bd. I, S. 596.

Ausdruck. Ein anderes Moment, das jede wirksame Hülfe vereitelte, gesellte sich hier hinzu: die zahlreich vertretenen katholischen Stände, die gegen etwaige Forderungen der Protestanten ein wirksames Gegengewicht bildeten. Diese konnten sich aus prinzipiellen Gründen nicht dazu entschliessen, ihre Hand zur Unterstützung des selbst von den Lutheranern gehassten Calvinismus zu bieten. Eine solche wäre aber unmittelbar mit dem Kampfe gegen die Spanier verbunden gewesen, indem im Falle eines Sieges der deutschen Waffen der Calvinismus nicht nur in Aachen, sondern am ganzen Niederrhein stolz sein Haupt erhoben hätte. Die katholischen Stände und der Kaiser, der freilich, zu der traurigen Rolle eines tatenlosen Zuschauers verurteilt, mit gebundenen Händen dem wüsten Parteigetriebe im deutschen Reiche zusehen musste, durften sich nun einmal nicht durch einen Kampf gegen Spanien mit ihren bisherigen politischen und religiösen Bestrebungen in Widerspruch setzen.

So beschränkte man sich auf dem zu Bonn am 16. Januar stattfindenden kurrheinischen Kreistage auf die Beschlüsse, an den Kaiser, den Prinzen von Parma und den Bischof von Lüttich Schreiben abmahnenden Inhaltes zu richten und nötigenfalls der Reichsordnung entsprechend vorzugehen. Doch war man weit davon entfernt, diesen Beschluss, der jedenfalls auf den Einfluss Ludwigs von der Pfalz zurückzuführen ist, zur Tat werden zu lassen. Denn als der Kaiser seine Kommission ernannt hatte, da hatten sich alsbald nach Ansicht des anfangs März nunmehr in Cöln zusammentretenden Kreistages die „termini“ verschoben, sodass eine wirkliche Kreishülfe jetzt nicht mehr statthaft war. Dabei lagerten die spanischen Truppen noch immer in nächster Nähe der Stadt, die infolge ihrer ungünstigen Lage sich nur schwer verteidigen liess und daher leicht überrumpelt werden konnte. Aber der Vorschlag des Kurfürsten Ludwig, Aachen in die besondere Schirmverwandtnis des kurrheinischen Kreises zu stellen und auf dessen Kosten mit Truppen und Proviant zu versehen, stiess auf den Widerspruch der übrigen Kurfürsten. Diese lehnten es sogar ab, den westfälischen Kreis wegen seiner Untätigkeit zu verwarnen und ihm zu drohen, dass man sich der Unkosten wegen bei ihm schadlos halten würde <sup>150)</sup>.

---

<sup>150)</sup> v. Bezold a. a. O. Bd. I, Nr. 821, Anm. und Nr. 330.

Nicht viel anders stand es am 15. März um die Aachener Sache auf dem Kreistage zu Ulm. Hier beschloss man, zunächst das Resultat der vom Kaiser verordneten Kommission abzuwarten. Nun war aber die Möglichkeit vorhanden, dass Aachen inzwischen oder später angegriffen würde. Für diesen Fall beschränkte man sich auf den sehr wenig den Zeitverhältnissen angepassten Beschluss, den Aachener Protestanten vermittels der Kreishülfe beizustehen, ein Beschluss, der den Anschein erweckte, als ob man wirklich für den Aachener Protestantismus einzutreten gewillt sei <sup>151)</sup>. In der Tat aber bot er eine bequeme Handhabe, sich jeder ernstern Hilfeleistung zu entziehen. Denn bevor man selber in Aktion zu treten brauchte, mussten zuvor der westfälische Kreis und die diesem benachbarten im Interesse des Protestantismus in Aachen ihre Truppen ins Feld stellen. Hieran war jedoch unter keiner Bedingung zu denken.

Was nutzte es unter diesen Umständen, dass die Städtedeputierten und ihnen voran Paul Hochfelder sich noch immer auf das eifrigste bemühten, für die Aachener Sache unter den protestantischen Ständen Propaganda zu machen? Noch in Nürnberg kamen sie in Gemeinschaft mit dem dortigen Rate überein, alsbald einen neuen Städtetag auszuschreiben, um über die geeigneten Massregeln zum Schutze des Aachener Protestantismus zu beraten <sup>152)</sup>. Doch schon am 24. Februar war von Strassburg, das sich in erster Linie berufen fühlte, die reichsstädtischen Freiheiten der Stadt Aachen gegen die Spanier zu vertreten und überhaupt der katholischen Reaktion einen Damm entgegenzusetzen, an die drei ausschreibenden Städte Nürnberg, Frankfurt und Ulm der Aufruf ergangen, die Reichsstädte zu einem Städtetage zu bescheiden. Strassburg wies darauf hin, dass die Intercession der Reichsstädte beim Kaiser und dem Herzoge von Jülich die Lage Aachens nicht erleichtert hatte. Im Gegenteil, es werde mehr wie zuvor bedrängt und bereits sei die Gefahr auf einen derartigen Höhepunkt gestiegen, dass stündlich die Kunde von seiner Einnahme zu erwarten sei <sup>153)</sup>.

Da nun die genannten ausschreibenden Städte zudem vom Aachener Rat bereits selbst von der verzweiflungsvollen Lage der Stadt in

---

<sup>151)</sup> Protokoll des Heilbronner Städtetages vom 9. April 1582. St. A. A.

<sup>152)</sup> Bericht Hochfelders auf dem Städtetage zu Heilbronn. Protokoll des Heilbronner Städtetages. St. A. A.

<sup>153)</sup> Schreiben Strassburgs an Ulm vom 24. Februar 1582. St. A. A.



Kenntnis gesetzt worden waren, zögerten sie um so weniger, dem Mahnrufe Strassburgs nachzukommen, und alsbald erfolgte an die „fursichtigen, ersamen und weisen“ Räte sämtlicher Reichsstädte in deutschen Landen die Einladung, am 5. April 1582 nach Heilbronn Vertreter zur Beratung über die Aachener Sache zu entsenden. Diese Einladung schilderte die Not Aachens in ziemlich grellen Farben und appellierte wiederum an die Interessen sämtlicher Reichsstädte in der Aachener Frage <sup>154)</sup>. Trotzdem war die Wirkung dieser Einladung doch nicht durchschlagend und ihre Aufnahme der Stimmung im Reiche entsprechend ziemlich kühl.

Die Strömung, die in dieser Zeit einem tatkräftigen Handeln entgegenwirkte, hatte sich auch der Reichsstädte bemächtigt, und das Barometer der anfänglich herrschenden Begeisterung war merklich gesunken. Die Stadt Strassburg tritt in den Hintergrund und die Führung der reichsstädtischen Politik übernimmt das vorsichtige, alle Massnahmen kühl abwägende Augsburg.

Die Politik Strassburgs ging nunmehr dahin, unabhängig von der Kreisverfassung, allein von Städtewegen die bedrängten Protestanten in Aachen, sei es durch Geld, sei es durch Truppen zu unterstützen <sup>155)</sup>. Strassburg sah ein, dass die Kreisverfassung nach Lage der Dinge versagen musste. Im westfälischen Kreise sassen die grimmigsten Feinde des Aachener Protestantismus, und von dem benachbarten kurrheinischen Kreise war gleichfalls eine tatkräftige Unterstützung nicht zu erhoffen. Desgleichen zeigte sich jetzt bereits, dass die Mehrzahl der protestantischen Fürsten sich nicht zu einem Anschluss an die Interessenpolitik der Reichsstädte bewegen liess. Was war also natürlicher, als dass Strassburg, fast die einzige Reichsstadt, die mit ehrlichem Eifer in den Kampf für den Aachener Protestantismus und die reichsstädtischen Prinzipien eingetreten war, nunmehr eine Schwenkung in seiner Politik vornahm, da der ursprüngliche Weg in dem Labyrinth der entgegnetretenden Hindernisse sich zu verlieren drohte! Jetzt, da Aachen von den verhassten Spaniern bedrängt wurde,

---

<sup>154)</sup> Ulms Ausschreiben zum Heilbronner Städtetage vom 11. März 1582. Originalurkunde auf Papier. St. A. A. Hier heisst es, dass „dieser im hayl. reich unerhörter process nit allein die statt Ach allein, sondern in gemein alle andere erbere frey- und reichsstett zuvorderst mitberuren und treffen“ wollte.

<sup>155)</sup> Protokoll des Heilbronner Städtetages. Dieses ist, wo nicht anders vermerkt, auch für die Folge massgebend.

sah es Strassburg als eine Ehrensache der Reichsstädte an, sich dieser Schwesterstadt anzunehmen. Auch die Aachener gaben sich der Hoffnung hin, dass die Reichsstädte zur Abwehr der spanischen Übergriffe sich zu einer ausserordentlichen Hülfe verstehen würden. Daher hatten sie Schreiben auf Schreiben an die Städte geschickt, daher hatten sie in eindringlichster Sprache auf die Konsequenzen hingewiesen, die sich aus diesen Übergriffen für die übrigen Reichsstädte, ja für den gesamten deutschen Protestantismus ergaben. Allein ihre Bemühungen scheiterten an der ängstlichen Zurückhaltung, der Ohnmacht und Schwäche der meisten Reichsstädte. Diese konnten und wollten sich nicht dazu verstehen, sich zu einer grösseren Tat aufzuraffen. Gebunden durch ängstliche Rücksichten, wie, dass man z. B. bei den höheren Ständen Anstoss erregen und der kaiserlichen Majestät zu nahe treten könnte, verharrte man in Ruhe und Tatenlosigkeit <sup>156)</sup>. Um nicht die Hand zu einer ernstlichen Hülfe bieten zu müssen, hatte das ängstliche Worms bereits am 26. Februar auf das erwähnte Schreiben Johann Kasimirs hin sich auf den Kreistag zu Cöln berufen, dem man nicht vorgreifen dürfe. Dieselbe Antwort war Johann Kasimir am 2. März von Frankfurt erteilt worden. Scheinbar etwas energischer hatte die Antwort Nürnbergs gelautet, indem es sich geneigt erklärte, falls ausser der Kreishülfe sämtliche Reichsstädte auf ihrer bevorstehenden Versammlung „eines andern zu rettung der statt Ach als ihres mittel“ sich vergleichen würden, das Seinige dabei zu tun <sup>157)</sup>, aber auch nur scheinbar, da klar zu Tage lag, dass sich die sämtlichen Städte zu einer ausserordentlichen Hülfe niemals würden bereit finden lassen. Der Rat von Augsburg aber war selbst dann entschlossen, sich von den Reichsstädten abzusondern <sup>158)</sup>.

Man kann es diesen Städten nicht verdenken, dass sie sich nicht in weitausschauende Unternehmen einlassen wollten. War es doch nur zu wahrscheinlich, dass sie unter den Folgen eines Krieges, der sich an der Aachener Sache sehr leicht entzünden konnte, am meisten zu leiden

---

<sup>156)</sup> In Augsburg meinte man, „der kais. maj. new verordnete commission werde vermittels göttlichen segens gemelter statt wider gute ruehe und sicherhait erlangen“. Instruktion des Augsburger Rates für seine Gesandten zum Heilbronner Städtetage, Ende März 1582 (das genaue Tagesdatum ist zerstört). Ähnlich heisst es in Schreiben Frankfurts und Nürnbergs. St. A. A.

<sup>157)</sup> v. Bezold a. a. O. Bd. I, Nr. 327.

<sup>158)</sup> Instruktion der Augsburger Gesandten zum Heilbronner Städtetage. St. A. A.

haben würden. Ganz abgesehen von den unmittelbaren Unkosten, die eine besondere Hülfe allein von Städtewegen erfordert hätte und die in dieser Zeit der allgemeinen Geldnot besonders lästig fallen musste, gehörte ein europäischer Krieg jedenfalls zu den Möglichkeiten, mit denen man zu rechnen hatte. Im Falle eines solchen aber war voraussehen, dass Deutschland durch seine geographische Lage und infolge der verschiedenen Parteiungen der Tummelplatz der Kriegsvölker Europas geworden wäre. Der reichsstädtische Handel hätte infolge eines Krieges die empfindlichste Einbusse erlitten und wäre vielleicht gar vollständig vernichtet worden. Unter diesen Voraussetzungen war es selbstverständlich nicht möglich, dass die Städte, auf sich allein angewiesen, zum Schwerte griffen, um die Spanier aus der Umgegend von Aachen zu vertreiben.

## **V. Der Heilbronner Städtetag.**

Die Auspizien, unter denen am 5. April 1582 die Versammlung der reichsstädtischen Abgeordneten zusammentrat, waren noch entschieden ungünstiger als vor einem halben Jahre, da man zu Speier getagt hatte. In dieser kurzen Zeit der reichsstädtischen Agitation zu Gunsten der Aachener Protestanten hatte die politische Situation sich vollständig geklärt und das Bild sich nicht wenig zu Ungunsten des Protestantismus verschoben. In Speier schauten die Reichsstädte noch hoffnungsfroh in die Zukunft. Allein sie hatten die Macht und Energie der katholischen Reaktion unterschätzt und den Eifer der protestantischen Fürsten für ihre Interessen überschätzt. Die katholischen Mächte schritten verächtlich über die Städteforderungen hinweg und begannen die Exekution; die protestantischen Fürsten aber hielten die reichsstädtischen Bestrebungen der Unterstützung nicht wert. Dagegen bedeutete es wenig, dass der Kaiser eine neue Kommission ernannt hatte. Die Spanier kümmerten sich nicht um seine Mahnungen, einstweilen von der Exekution abzustehen, weil sie ganz genau wussten, dass ihr Vorgehen, im Grunde genommen, doch nur seinen und der katholischen Mächte Intentionen entsprach. Somit war das Hauptziel der reichsstädtischen Politik, die Exekution wenigstens bis zum nächsten Reichstage zu verhindern und inzwischen mit den protestantischen Fürsten ins Einvernehmen zu gelangen, nicht erreicht worden. Sollte nicht ihre Politik den Eindruck der trost- und hilflosesten Ohnmacht machen, dann mussten die Reichsstädte, auch

wenn sie bisher nur Unglück gehabt hatten, doch zu irgend einem positiven Resultate zu gelangen suchen. Das war denn auch die aner kennenswerte Ansicht Strassburgs. Ihr trat Augsburg entgegen, einstweilen wenigstens unterstützt von der Mehrzahl der deutschen Reichsstädte. Gelingt es Strassburg noch im letzten Augenblicke eine Mehrheit zu finden und für eine ausserordentliche Hülfe von Städtewegen zu begeistern, das war die Frage, die auf diesem Städtetage zur Entscheidung stand. Insofern unterscheidet sich der Städtetag zu Heilbronn von dem zu Speier, dass wir die Kluft zwischen dem reinen, unverfälschten Luthertume und dem als Ketzerei verschrieenen Calvinismus nicht mehr, wenigstens nicht offen mehr, zu Tage treten sehen, weiter dadurch, dass die Katholiken, die zu Speier in dem Gesandten des Herzogs von Jülich einen Vertreter gehabt hatten, unmittelbar nicht mehr in den Verlauf der Unterhandlungen eingreifen.

Doch hatten die ausgewichenen Katholiken, die sich für die einzig berechtigten Repräsentanten der Stadt Aachen ausgaben, ein Schreiben an den Städtetag nach Heilbronn geschickt. In diesem nahmen sie Stellung zu den von ihren politischen und religiösen Gegnern gegen sie geschleuderten Angriffen. Sie konnten geltend machen, dass sie dem Kaiser und seinen Befehlen gehorsam gewesen waren, indes ihre Gegner, die meist dem Calvinismus huldigten, sich gegen die kaiserliche Majestät aufgelehnt hatten und der kaiserlichen Kommission mit bewaffneter Hand entgegengetreten waren. Auch jetzt waren sie wiederum bereit, der Kommission sich zu unterwerfen, während ihre Gegner sich hierzu keineswegs gesonnen zeigten. Wie wir bereits hörten, suchten diese nur die Sache auf die lange Bahn zu schieben und hatten darum der kaiserlichen Kommission den bereits angesetzten Termin wiederum abgesagt. Diese Tatsachen führten die Ausgewichenen zu ihrer Verteidigung an, ohne daran zu denken, dass sie auf die Städtegesandten nicht den mindesten Eindruck machen konnten. Geradezu naiv aber war die Bitte der Aachener Katholiken, die Städtegesandten möchten ihre „widerwertigen“ ermahnen, dem Kaiser und der kaiserlichen Kommission schuldigen Gehorsam zu leisten und von ihrem „unziemlichen Vornehmen“ abzustehen <sup>159)</sup>. Die

---

<sup>159)</sup> Schreiben der aus der Stadt Aachen ausgewichenen Bürgermeister, Schöffen und Ratsverwandten an den Städtetag zu Heilbronn (Ortsangabe fehlt im Datum) vom 28. März 1582. St. A. A.

Städteversammlung ging, nachdem dieses Schreiben verlesen war, einfach zur Tagesordnung über.

Cöln aber, die einzige grössere katholische Reichsstadt, die ihre Auktorität für die Sache der Katholiken auf die Wagschale hätte werfen können, hatte es wieder vorgezogen, vom Städtetage fernzubleiben. Zunächst stand der Cölner Rat der Aachener Bewegung durch und durch feindlich gegenüber. Sodann hatte er sich im Oktober des vorhergehenden Jahres gegen die reichsstädtischen Gesandten sehr wenig entgegenkommend gezeigt und ihre Forderung, den Cölner Protestanten die öffentliche Religionsübung zu gestatten, rund abgeschlagen <sup>160)</sup>. Der Cölner Rat sah wohl ein, dass ein Eintreten für die katholische Sache auf dem Städtetage doch nicht auf Erfolg rechnen durfte. Auch mochte er sich nicht ein Tadelsvotum wegen seines vorigjährigen Verhaltens zuziehen. Übrigens war es ziemlich klar, dass der Städtetag, wie die Dinge nun einmal lagen, doch nicht zu Beschlüssen kommen würde, die dem Calvinismus in Aachen zu wesentlichem Nutzen gereichten. Es war also gar keine Gefahr vorhanden, dass ein Erstarken des Aachener Calvinismus sich zu Gunsten des Cölner Protestantismus bemerkbar machen würde <sup>161)</sup>.

Ausser Cöln fehlte noch Schwäbisch-Gmünd, das es nicht ratsam fand, vor der in Aussicht gestellten Kommission etwas vorzunehmen, sowie Mühlhausen und Weissenburg, während eine Reihe kleinerer, namentlich oberdeutscher Städte, sich wie in Speier so auch hier vertreten liess.

Bis zum 8. April, einem Sonntage, nahmen die Verhandlungen einen äusserst schleppenden Verlauf. Denn bevor die „vorsichtigen“ Städtedeputierten an die Kernfrage herantraten, ob und wie Aachen zu helfen sei, wollte man die Ankunft des in Frankfurt auf dem dortigen Kreistage weilenden Paul Hochfelder abwarten, um nach den dort gefassten Beschlüssen sich richten zu können. Der Aachener Gesandte Dietrich Vercken war von Frankfurt indessen bereits vor Schluss des

---

<sup>160)</sup> Siehe oben S. 78.

<sup>161)</sup> Am 22. März schrieb der Cölner Rat an die ausschreibende Stadt Frankfurt, er hätte aus dem Einladungsschreiben nicht ersehen können, was für ein Grund vorliege, einen Städtetag auszuschreiben, da der Reichstag doch so nahe bevorstände. Man hätte darum besser getan, von einem Städtetage abzusehen; „solliches sollte den weit abgelegenen ungezweifelt anmutiger gewesen sein“. St. A. A.

Kreistages nach Heilbronn geeilt. Denn der Rat der Stadt Aachen hatte keinen Gesandten eigens nach Heilbronn geschickt, angeblich, weil er bei der verwickelten Lage der Stadt seine sachkundigen Hilfskräfte nicht entbehren konnte <sup>162)</sup>. Möglich ist aber auch, dass er den Reichsstädten die grosse Gefahr der Stadt, die sogar die Entsendung eines besonderen Abgeordneten verhinderte, nachdrücklich ad oculos demonstrieren wollte. Getragen von dem Bestreben, seiner Vaterstadt die Hülfe der Reichsstädte zuzuwenden, entwirft Dietrich Vercken wiederholt ein Bild von deren traurigen Verhältnissen. Da ihm jedenfalls nicht unbekannt war, dass man sich auf die bevorstehende kaiserliche Kommission berufen hatte, lief sein Bestreben darauf hinaus, es zum mindesten als zweifelhaft hinzustellen, dass die ernannten kaiserlichen Kommissare sich ihrem Auftrage unterziehen würden. Er wies auf den Umstand hin, dass der Aachener Rat sich schon wiederholt an die Kommissare gewandt hatte, ohne indessen einer Antwort gewürdigt worden zu sein. Traten aber die kaiserlichen Kommissare nicht zusammen, so blieb Aachen voraussichtlich den Angriffen der Spanier ausgesetzt. Daraus ergab sich dann gewissermassen für die Reichsstädte von selbst die Verpflichtung, sich ihrer Schwesterstadt tatkräftig anzunehmen.

Doch da stattete der Vertreter Augsburgs über den Kreistag zu Ulm Bericht ab und versetzte hierdurch schon den Bestrebungen der Aachener einen schwer erschütternden Stoss. Die Absicht Augsburgs war, die Ulmer Beschlüsse zur Grundlage der Verhandlungen auf dem Heilbronner Städtetage zu machen. Von allen Städten, welche die Aachener Sache nach Heilbronn geführt hatte, war Augsburg diejenige, die am wenigsten an eine ernsthafte Hülfeleistung für die bedrängte Stadt dachte. Zunächst gab man sich in Augsburg — so behauptete man dort wenigstens — der Hoffnung hin, die kaiserliche Kommission werde zu einem für beide Parteien annehmbaren Resultate gelangen. Nun war es aber nicht ausgeschlossen, dass die kaiserliche Kommission nicht zusammentrat oder doch nicht zum Ziele gelangte. Für diesen Fall verwiesen die Augsburger auf die Hilfe des westfälischen Kreises. Da auch die Doppel- und Trippelhülfe dieses Kreises voraussichtlich nicht genügte, gaben sie den Aachenern den billigen Rat, den Beistand des benachbarten Kreises in Anspruch zu nehmen. Von einer

---

<sup>162)</sup> Schreiben der Stadt Aachen an den Heilbronner Städtetag vom 22. März 1582. St. A. A.

„extraordinarii hülf an gelt oder volch“ aber wollte Augsburg unter keinen Umständen etwas wissen. Seine Gesandten hatten den strikten Befehl erhalten, von diesem Standpunkte keinen Schritt abzugehen. Falls die Städtmehrheit sich zu einer ausserordentlichen Hülfe bereit erklärte, war ihnen befohlen worden, an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilzunehmen und sich vom Städtetage zu verabschieden<sup>163)</sup>.

Vergegenwärtigt man sich diesen Standpunkt, so kann man sich der Annahme nicht entziehen, dass Augsburg gar nicht daran dachte, den Aachener Protestanten Beistand zu leisten. Die Kreisverfassung konnte gar nicht zum Schutze des Aachener Protestantismus in Tätigkeit treten. Dem westfälischen Kreise gehörten gerade seine erbittertsten Gegner an: der Herzog von Jülich und der Bischof von Lüttich, Ernst von Baiern. Welch ablehnende Haltung der benachbarte Kreis, der kurrheinische, einnahm, war gleichfalls bekannt. Nur der Kurfürst von der Pfalz war hier geneigt, energisch gegen die spanischen Übergriffe Front zu machen; allein er stand isoliert. Man kann nicht wohl voraussetzen, dass alles dies einem Augsburger Rate entgangen sein sollte. Es bleibt daher nur die Annahme, dass Augsburg in seiner Kaiserstreue der Aachener Sache durchaus fremd und gleichgültig gegenüberstand, eine Annahme, die ihre weitere Begründung darin findet, dass Rehlinger, der damals an der Spitze der Augsburger Politik stand, ein Anhänger der katholischen Kirche war und infolgedessen sich nicht geneigt zeigte, in einer Stadt wie Aachen den Protestantismus zu schützen, zumal es sich hier durchweg nicht um Anhänger der Augsburger Konfession, sondern zum grössten Teile um Calvinisten handelte<sup>164)</sup>.

Die Politik Augsburgs hatte, so wenig entgegenkommend sie für den Aachener Protestantismus auch sein mochte, von vornherein mehr Aussicht, sich der Stimmung am Städtetage zu bemächtigen, wie die des den Aachenern bei weitem freundlicher gesinnten Strassburg. Trotz der gewaltigen Anstrengungen, die Hochfelder gemacht hatte, um die

---

<sup>163)</sup> Instruktion der Augsburger Gesandten zum Heilbronner Städtetage. St. A. A.

<sup>164)</sup> Dass Augsburg auf dem einige Monate später stattfindenden Reichstage die Städtepolitik so energisch unterstützte, geschah weniger im Interesse der Aachener als im eigenen, da der Augsburger Rat die zwischen ihm und dem Erbkämmerer von Pappenheim schwebenden Streitigkeiten zu seinen Gunsten entschieden wissen wollte; vgl. Häberlin a. a. O. Bd. XII, S. 5 – 36.

Reichsstädte und die protestantischen Fürsten zu einem die protestantischen Interessen wirklich fördernden Entschlusse aufzurütteln, hatte er bisher wenig Entgegenkommen gefunden. Nur wenige Reichsstädte waren ernstlich bereit, seine Bestrebungen zu unterstützen. Augsburg aber konnte sich auf sämtliche oberdeutschen und die meisten rheinischen Städte stützen.

Und doch beruhte die einzige Hoffnung des Aachener Gesandten auf Hochfelder, der noch immer in Frankfurt weilte. Da erreichte der dortige Kreistag endlich sein Ende und der unermüdliche Strassburger eilte nach Heilbronn, dort eine Sache zu vertreten, die bereits verloren war. Über die Rolle, die Hochfelder auf dem Kreistage zu Frankfurt gespielt hat, sind wir nicht genauer unterrichtet; aber wir dürften kaum in der Annahme fehlgehen, dass die Frankfurter Versammlung wesentlich unter seinem Einflüsse gestanden hat. Aus dem hier gefassten Beschlusse weht uns nämlich ein etwas frischerer Luftzug entgegen, der in dieser Zeit der allgemeinen Erschlaffung angenehm berührt. Ganz dem Standpunkte entsprechend, den Hochfelder in seiner Rede auf dem Städtetage zu Speier eingenommen hatte <sup>165)</sup>, war in Frankfurt darauf hingewiesen worden, dass Aachen „ein ungemittelter stand des reichs von Carolo Magno an“ gewesen sei. Hieraus hatte man für die übrigen Reichsstände die Verpflichtung gefolgert, sich dieses Mitstandes in seinen gegenwärtigen Bedrängnissen anzunehmen. Da man aber klar erkannt hatte, dass die schwerfällige Kreisverfassung nicht zur Anwendung kommen konnte, hatte man hier beschlossen, zum Schutze der bedrohten Stadt durch die Reichsstädte, aber auf Kosten der gesamten Kreisstände, eine Anzahl Kriegsvolk anzunehmen.

Am Vormittage des erwähnten Sonntages nun versammelten sich die Städtedeputierten nach der Predigt, um über die Aachener Sache endgültig zu beschliessen. Nunmehr musste die Entscheidung fallen, ob und wie man den Aachenern beistehen würde. Um die Städtedeputierten zu einem energischen, die Schranken der in diesem Falle unbrauchbaren Reichsverfassung überschreitenden Beschlusse zu bewegen, trat Paul Hochfelder auf und hielt eine lange Rede. Der Hinweis auf seine vielfältigen Bemühungen, die alle nicht nur nicht gefruchtet, sondern eher die Lage der Aachener Protestanten verschlimmert hatten, war die einzige Waffe, die er zur Verfügung

---

<sup>165)</sup> Siehe oben S. 62.



hatte. Sie versagte ihre Wirkung. Er erreichte nichts weiter, als dass ein Ausschuss erwählt wurde: von der rheinischen Bank die Städte Strassburg, Worms, Speier, Frankfurt, Hagenau und Kolmar und von der oberländischen Bank die Städte Regensburg, Augsburg, Nürnberg, Ulm, Esslingen und Schwäbisch-Hall.

Noch immer war die Möglichkeit vorhanden, dass die kaiserliche Kommission ihren Fortgang nahm. Zwar war es den Aachenern gelungen, durchzusetzen, dass der bereits mehrmals angesetzt Termin der kaiserlichen Kommission immer wieder hinausgeschoben wurde. In diesen Bemühungen waren ihnen die Pläne Gebhards, der im Geheimen selber einen grossen Schlag gegen den Religionsfrieden vorbereitete, sehr gelegen gekommen, indem diese ihre Politik der Verschleppung und Verzögerung wesentlich unterstützten. Doch war ein neuer Termin auf den 19. April nach Kornelimünster angesetzt worden, jedenfalls deshalb, weil Verhandlungen in der Stadt leicht dieselben oder noch schlimmere Vorgänge wie im Mai des vorigen Jahres nach sich ziehen konnten. Für den Fall aber, dass die Kommission an diesem Tage wirklich in Tätigkeit trat, ergab sich für den Städteausschuss die Frage, wie alsdann den Aachenern „von gemeinen e. stett wegen ein beistand zu laisten“ sei.

Andererseits war es auch möglich, dass die kaiserlichen Kommissare, die sich von den Aachenern bereits wiederholt hatten bewegen lassen, den Kommissionstermin immer wieder hinauszuschieben, auch jetzt von ernstlichen Verhandlungen absehen würden. Dann aber galt es Mittel und Wege zu suchen, wie den Aachenern in der Not und Bedrängnis, in der sie sich noch immer befanden, geholfen werden könnte. Desgleichen war aber auch zu befürchten, dass, wenn die kaiserlichen Kommissare in der Tat sich ihrer Aufgabe unterzogen, sie sich auf den gleichen Standpunkt wie ihre Vorgänger stellen würden. Da offenbar vorauszusehen war, dass die Aachener Protestanten sich einem Ansinnen, das ihre politische und religiöse Existenz vernichtete, nicht fügen und infolgedessen die benachbarten Fürsten, insbesondere die burgundische Regierung, die Stadt mit ihren Gewaltmassregeln mehr wie zuvor bedrängen würden, musste der Ausschuss auch für diesen Fall auf entsprechende Gegenmittel bedacht sein und die Frage in Erwägung ziehen, „ob den e. stetten sich one der andern craisstend zuthun einer eilenden hilf zu

vergleichen und den höhern Ständen dis Orts fürzugreifen geburen welle“<sup>166)</sup>).

Ohne Schwierigkeit einigte man sich über den ersten Punkt. Für den Fall, dass die Kommission wirklich am 19. April in Tätigkeit treten sollte, fasste man den Entschluss, zwei Städte, die mit der Aachener Sache vertraut waren, zu vermögen, im Namen und im Auftrage der Reichsstädte an dieser Kommission teilzunehmen. Aller Augen lenkten sich hierbei auf die Vertreter Strassburgs und Frankfurts, die indessen beide Ausflüchte suchten und mit dem Hinweis darauf, dass sie nun schon über sechs Monate durch Gesandtschaften in Anspruch genommen worden waren, dieser im höchsten Grade undankbaren Aufgabe sich zu entziehen suchten. Hochfelder mochte wohl zu der Überzeugung gekommen sein, dass er in Kornelimünster, voraussichtlich zu der Rolle eines blossen Zuschauers verurteilt, sich wenig Lorbeeren holen konnte, da die Befürchtung nur allzusehr begründet war, dass die kaiserliche Kommission, anscheinend wiederum aus erklärten Anhängern der katholischen Reaktion bestehend, für Zugeständnisse an den Protestantismus kein Verständnis haben würde. Denn immer noch war, wie wir bereits hörten, das Vorhaben Gebhards nicht über die eingeweihten Kreise hinausgedrungen, indem er die Zeit noch nicht für geeignet erachtet hatte, den Schleier des bis dahin sorgsam gehüteten Geheimnisses zu lüften<sup>167)</sup>. Nichtsdestoweniger beschloss der Städteausschuss, sich an die beiden Städte Frankfurt und Strassburg schriftlich zu wenden, sie möchten aus ihrer Mitte einige Abgesandten der kaiserlichen Kommission zuordnen.

Nachdem dieser Punkt erledigt war, handelte es sich um die Kernfrage des ganzen Städtetages, um die Frage nämlich, in welcher Weise man Aachen Beistand zu leisten habe, wenn entweder die Kommissionsverhandlungen nicht stattfanden oder nicht zum Ziele führten. Dass die Reichsstädte sich in diesem Falle dazu entschliessen würden, unabhängig von den höheren Ständen des Reiches auf eigene Kosten ein Heer zum Schutze der Stadt auszurüsten, daran war nach dem, was wir oben hörten, unter keinen Umständen zu denken. Es blieb daher für die Städte nur der Ausweg, dass sie zwar, den

---

<sup>166)</sup> Abschied des Heilbronner Städtetages vom 9. April 1582. St. A. A.

<sup>167)</sup> Die ersten Gerüchte von seinem Plane begannen sich bekanntlich erst auf dem Reichstage zu Augsburg zu verbreiten; vgl. Ritter a. a. O. Bd. I, S. 589.

Beschlüssen des Frankfurter Kreistages entsprechend, von Städtewegen ein Heer gegen Spaniens Übergriffe ins Feld stellen, aber auf Kosten sämtlicher Kreisstände. Doch dieser Weg war ebenso wenig gangbar wie der erste. Ganz abgesehen von der Möglichkeit eines europäischen Krieges hätte der Schutz der Stadt an sich schon ziemlich viele Unkosten verursacht. Vernünftigerweise konnte man aber gar nicht darauf rechnen, dass alle Kreisstände sich dazu bereit erklären würden, die aus der Städtepolitik erwachsenden Unkosten für ihren Teil auf sich zu nehmen. War es doch sogar mehr wie zweifelhaft, ob sämtliche protestantischen Fürsten an den Kosten eines bewaffneten Einschreitens sich beteiligen würden, da sie bisher wenigstens noch keine bindenden Verpflichtungen auf sich genommen hatten. Hinzu kam, dass sich in den Kreisen eine grosse Anzahl katholischer Stände fand, die prinzipielle Gegner der reichsstädtischen Auslegung des Religionsfriedens waren. So wenig man hoffen durfte, dass diese ihre Truppen zu Gunsten des Aachener Protestantismus ins Feld stellten, ebenso wenig war daran zu denken, dass sie sich dazu verstehen würden, durch Geldopfer einer Sache zu dienen, die ihnen im tiefsten Grunde ihrer Seele verhasst war.

Die erdrückende Mehrheit in dem Städteausschuss sah denn auch wohl ein, dass dieser Weg nicht zum Ziele führen würde. Vergeblich wies Hochfelder auf die Beschlüsse des Frankfurter Kreistages hin: seine Politik, den Aachenern mit „etwas eilenderm, dann durch zuzug der craisen beschechen möge“, zu Hülfe zu kommen, konnte nicht auf die Unterstützung der Reichsstädte rechnen. Man schloss sich im Gegenteil den Ausführungen des Augsburger Gesandten in allen Punkten an. Da es den Reichsstädten nicht gelungen war, die höheren Stände in den Kreis ihrer Politik zu ziehen, liessen die meisten in dem Gefühle der Ohnmacht den Mut sinken. Ängstlich wie sie waren, schrakten sie vor den Konsequenzen eines selbständigen Vorgehens zurück. Sie fürchteten, des Kaisers Zorn auf sich zu laden und bei den höheren Ständen Anstoss zu erregen. Das Versprechen des Städteausschusses aber, der Reichsverfassung entsprechend, vermittels der Kreisordnung die Hülfeleistung erfolgen zu lassen, war eine leere, inhaltlose Phrase. Aachen blieb den Angriffen seiner feindlichen Nachbarn ausgesetzt, da die schwerfällige Maschine der deutschen Reichsverfassung bei der grossen Anzahl widerstrebender Räder sich nun einmal nicht in Bewegung setzen liess. Zwar fand Strassburg bei etlichen Städten der rheinischen Bank Unterstützung, aber diese waren

zu schwach, als dass sie hätten durchdringen können. Die Politik Strassburgs und insbesondere Hochfelders war damit an dem rauhen Felsen der wirklichen Verhältnisse gescheitert.

Am folgenden Tage fanden die Beschlüsse des Ausschusses, wie das ja auch nicht anders zu erwarten war, die Bestätigung des Plenums. Vergeblich führte Dietrich Vercken zum Schlusse noch einmal alle Geschütze auf, um die Städte zu einem energischen Vorgehen zu veranlassen. Der Hinweis auf Aachens Not und die durch Spaniens Anmassung dem gesamten Protestantismus drohende Gefahr blieb ohne jeden Eindruck. Die Reichsstädte konnten sich nun einmal zu einer eilenden Hülfe nicht verstehen und wiesen angesichts der Unmöglichkeit, unabhängig von den höheren Ständen und zum Teil gegen diese selbständige Städtepolitik zu treiben, auf die gestern im Ausschuss gefassten Beschlüsse hin. Da flehte Aachens Gesandter, die Städtedeputierten möchten sich dann wenigstens entschliessen, eine Besatzung in die bedrängte Stadt zu werfen, das feindliche Kriegsvolk bei einem Überfall abzuwehren. Selbst diese um Gottes willen vorgetragene Bitte ward abschlägig beschieden <sup>168</sup>).

## VI. Schluss.

Überschauen wir nunmehr die Resultate der bisherigen reichsstädtischen Politik und werfen wir zugleich einen flüchtigen Blick in die Zukunft. Als die Aachener Frage brennend wurde und prinzipielle Bedeutung für die gesamten Reichsstädte in deutschen Landen annahm, da erschienen diese fast alle auf dem Kampfplatze, um gegen die kaiserliche Auffassung des Religionsfriedens Stellung zu nehmen.

---

<sup>168</sup>) Dietrich Vercken schloss diesen Städtetag mit den bedeutungsvollen, die bisherige Entwicklung treffend charakterisierenden Worten, „daz sich seine herren und obern genzlich versehen hetten, die e. stette wurden inen dero zusag noch zu Ulm beschechen (vgl. oben S. 41), in anrichtung der Augsburger Confession und sonderlich anyetzo in dero hochsten nöten wurkliche hilf und beistand gelaistet haben, darüber sy doch alles, waz inen zugestanden, erlitten hetten. Dieweil aber die e. stett dismals nit für thunlich ermessen köndten, inen mit eilender hilf zu statten zu kommen, mussten sie es geschechen lassen und gott bevelchen, mit bitt, sy, die abgesandten, wellen es an ire herren bringen und dahin bearbeitet sein, damit Ach als ein mitglied des reichs an hilf nit verlassen wurde“. Protokoll des Heilbronner Städtetages. St. A. A.

Aber mit welchen Machtmitteln! Von vornherein bedurften sie der Bundesgenossenschaft der höheren protestantischen Stände, sollte nicht der Kampf ohne jede Aussicht auf Erfolg begonnen werden. Diese Bundesgenossenschaft zu erwerben, waren die Reichsstädte denn auch ständig bestrebt. Damit aber Aachen inzwischen nicht überrumpelt wurde, musste man zu gleicher Zeit die so häufig angedrohte Exekution zu vereiteln suchen. Unbekümmert um ihre Gesandtschaft und ihre Proteste eröffnete indessen der Herzog von Jülich den Angriff gegen Aachen und versetzte damit der reichsstädtischen Politik den ersten Stoss. Bald folgte ihm die burgundische Regierung mit ihren Gewaltmassregeln. Um auf diese Eindruck zu machen, hatten die Reichsstädte erst recht die fürstliche Bundesgenossenschaft vonnöten. Inzwischen hatten die Reichsstädte dank der kurpfälzischen Unterstützung doch einen wichtigen diplomatischen Erfolg zu verzeichnen: der Kaiser sah durch die Ernennung einer Kommission einstweilen von einer Ausführung seiner Mandate ab und gebot sogar, die Gewaltmassregeln gegen Aachen einzustellen. Dass die Spanier sich wenig um die kaiserlichen Befehle kümmerten, war insofern für die Reichsstädte nicht ohne Bedeutung, als deren vollständig unbefugte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches ein treffliches Agitationsmittel darstellte. Doch auch dieses versagte bei den meisten protestantischen Reichsständen seine Wirkung. Da fasste Strassburg den Plan, die Reichsstädte zu selbständigem Vorgehen in der Aachener Sache zu bewegen. Aber auch dieser Plan brach auf dem Heilbronner Städtetage zusammen.

Den Zwiespalt im Protestantismus und die Energielosigkeit der Zeit, die lieber verhandelte als handelte, hatten die Reichsstädte nicht zu überwinden vermocht. Seit dem Städtetage zu Speier hatte die reichsstädtische Politik sich fast stets auf absteigender Linie bewegt und schliesslich ein klägliches Ende genommen. Die Reichsstädte hatten es eben nicht verstanden, die Konstellation der in Betracht kommenden Faktoren in ihrer Wirklichkeit zu erfassen. Mit der Niederlage der besonders von Hochfelder verfolgten Politik war zugleich das Schicksal des Aachener Protestantismus besiegelt.

Wie anders, als Hochfelder gedacht hatte, kam nun nach einigen Monaten die Aachener Frage vor das Forum des Reiches! Zwar bestanden hier die Städte, die nicht imstande waren, ein Heer zum Schutze des Aachener Protestantismus und ihrer eigenen Prinzipien ins Feld zu stellen, fest und unerschütterlich auf ihren Forderungen, zwar

gelang es ihnen auch, den Kaiser in die äusserste Verlegenheit zu bringen; aber auf die Dauer erlahmte ihre Energie, indes die angeborene Zähigkeit des letztern, wenn auch erst nach einigen Jahren, den Sieg davon tragen sollte. Die Städte waren entschlossen, durch das an sich, zumal in dieser Zeit, nicht unwirksame Mittel der Steuerverweigerung des Kaisers Nachgiebigkeit zu erzwingen, aber es fehlte ihnen der Rückhalt ihrer fürstlichen Glaubensgenossen, die zum Teil sogar des Kaisers Partei ergriffen <sup>169)</sup>. Auf sich selber angewiesen, verzagten sie nach einiger Zeit des Widerstandes und liessen dem Kaiser freie Hand <sup>170)</sup>. Der einzige grössere Versuch der Reichsstädte während des 16. Jahrhunderts, neben den höheren Ständen eine selbständige politische Bedeutung zu gewinnen, hatte an ihrer Ohnmacht kläglichen Schiffbruch erlitten.

Der Cölner Krieg hielt für die nächsten Jahre die Geister in Spannung und drängte die Aachener Frage in den Hintergrund. Aber auch später erlangte sie nicht mehr die Bedeutung, die sie von vornherein gehabt zu haben schien. Ohne dass man auf protestantischer und insbesondere reichsstädtischer Seite zum Schutze der protestantischen Interessen und der reichsstädtischen Auffassung des Religionsfriedens auch nur einen Finger gerührt hätte, konnte der Kaiser am 27. August 1593 den Befehl ergehen lassen, dass der katholische Rat in seine Ämter wieder einzusetzen und alle Verhältnisse in den Zustand, wie er bis zum Jahre 1560 gewesen war, wiederherzustellen seien <sup>171)</sup>. Auch als dieser Befehl im Jahre 1598 endlich vollstreckt wurde, machte sich zu Gunsten des Aachener Protestantismus keine grössere oppositionelle Bewegung in Deutschland bemerkbar.

Bereits am 2. Januar 1582, als die Spanier Aachen bedrängten und eben zum äussersten zu schreiten drohten, hatte Ludwig von der Pfalz in Vorahnung der kommenden Ereignisse das Wort ausgesprochen, dass, wenn das Feuer einmal angehe, es sobald nicht erlöschen

---

<sup>169)</sup> Vgl. oben S. 53.

<sup>170)</sup> Müller a. a. O. S. 289 ff.

<sup>171)</sup> Die protestantischen Stände beschwerten sich zwar in einer am 16. Juni 1594 eingereichten Klageschrift über das Dekret vom 27. August 1593 und die fortgesetzten Gewaltmassregeln der Spanier, aber ohne den geringsten Erfolg. Lehmann a. a. O. S. 218 ff.

würde<sup>172)</sup>. In der Tat war die Luft, die in Deutschland wehte, äusserst schwül, und dunkle Wolken lagerten unheilverkündend über seinen Gauen. Hin und wieder zuckten unheimliche Blitze aus diesen Wolken und zeigten dem deutschen Volke drohend an, dass jene Zeit, in der das Feuer eines Religionskrieges Deutschland an den Rand des Verderbens bringen sollte, in nicht allzu ferner Zukunft mehr liegen konnte.

---

<sup>172)</sup> v. Bezold a. a. O. Bd. I, Nr. 320.